



GROSSHERZOGTUM LUXEMBURG
Botschaft in Deutschland

MONATLICHER PRESSESPIEGEL

DEZEMBER 2021

Inhalt:

- Staat und Politik
- Wirtschaft
- Finanzen
- Wissenschaft, Bildung und Kultur
- Tourismus und Gastronomie
- Verschiedenes

Folgen Sie uns auf [Twitter](#) und [Facebook](#)

Botschaft von Luxemburg
Presseabteilung
Klingelhöferstraße 7
D-10785 Berlin

Tel. +49 30 263 957 0
Fax +49 30 263 957 27

berlin.amb@mae.etat.lu
berlin.mae.lu





GROSSHERZOGTUM LUXEMBURG
Botschaft in Deutschland

STAAT UND POLITIK

Luxemburgs Finanzminister nimmt den Hut

kjo – Er zählt zu den dienstältesten Finanzministern Europas und hat nicht zuletzt deshalb in der Eurogruppe in den vergangenen Jahren eine bedeutsame Rolle gespielt: Pierre Gramegna. Der liberale Politiker hat am Dienstag überraschend seinen Rücktritt als Minister für Finanzen und Haushalt angekündigt. Die Demokratesch Partei, deren Mitglied Gramegna ist, teilte mit, der Schritt geschehe „aus persönlichen Gründen“.

Start im Außenministerium

Der 63 Jahre alte studierte Jurist und Ökonom startete seine berufliche Laufbahn im luxemburgischen Außenministerium. Seine politische Karriere führte ihn über Paris und San Francisco auf Botschafterposten in Japan und Südkorea. Nach seiner Rückkehr in das Großherzogtum wechselte Gramegna aus dem diplomatischen Dienst in die luxemburgische Handelskammer und wurde deren Generaldirektor. In dieser Funktion war er in zahlreichen Verwaltungsräten aktiv – von der Frachtfluggesellschaft Cargolux über die luxemburgische Börse bis hin zur BGL, die zur Konzerngruppe BNP Paribas gehört.

2013 trat Gramegna in die Regierung ein. Premier Xavier Bettel berief ihn zum Finanzminister. Dieses Amt wird Gramegna nun Ende des Jahres aufgeben. „Die Demokratische Partei

wird so bald wie möglich ihren Vorstand einberufen, um über die Nachfolge von Pierre Gramegna zu entscheiden“, erklärte die Partei in ihrer Verlautbarung. Als Kandidaten für seine Nachfolge werden Claude Meisch und Alain Kirsch gehandelt. Kirsch war bis Frühjahr 2020 Managing Partner bei EY in Luxemburg. Seit acht Jahren wird Luxemburg von einer Koalition aus liberaler DP sowie sozialdemokratischer Lëtzebuerger Sozialistes Aarbechterpartei (LSAP) und Dei Greng (Grüne) geführt – also einer Gelb-rot-grünen Koalition.

Gramegna stammt aus der zweitgrößten Stadt Luxemburgs, dem im Süden des Großherzogtums gelegenen Esch/Alzette. In seinem Heimatland genießt der Musikliebhaber, der in seiner Freizeit auch gerne fotografiert, ebenso wie bei seinen europäischen Ministerkollegen einen sehr guten Ruf.

Als auch für das Budget zuständiger Minister ist eine seiner Hauptaufgaben in den vergangenen Jahren die Konsolidierung des luxemburgischen Haushalts gewesen. Der langjährige Diplomat versteht sich auch im Amt des Finanzministers als Botschafter – namentlich des Finanzplatzes. So macht sich Gramegna ausdrücklich für eine engere Kooperation der europäischen Finanzplätze, insbesondere Frankfurt und Luxemburg, stark.

Sein besonderes Augenmerk gilt

nachhaltigen Finanzierungen, also Sustainable Finance. Gemeinsam mit Umweltministerin Carole Dieschbourg initiierte Gramegna mehrere Vorhaben, um Green und Sustainable Finance in Luxemburg zu fördern. Er zählt zudem zu den aktiven Unterstützern des kostenlosen öffentlichen Personalverkehrs. Seit Frühjahr 2020 können in Luxemburg Busse und Straßenbahnen kostenlos genutzt werden.

Die Ankündigung des Rückzugs von Gramegna ist nicht die einzige aktuelle Personalie in der luxemburgischen Regierung. Dort findet derzeit vielmehr ein großes Stühlerücken statt.

Zwei weitere Minister gehen

Erst tags zuvor war bekannt geworden, dass Landwirtschaftsminister Romain Schneider ebenso wie Arbeitsminister und Vizepremier Dan Kersch aus dem Kabinett ausscheiden. Beide sind Politiker der sozialdemokratischen Partei. Sie sollen durch Georges Engel, ehemaliger Bürgermeister von Sassenheim, und Claude Haagen, Bürgermeister von Diekirch, ersetzt werden. Für die Rolle des Vizepremiers wird die bereits amtierende Gesundheitsministerin Paulette Lenert gehandelt. Dem Unternehmen nach sollen die Nachfolger genug Zeit erhalten, sich vor den nächsten Wahlen 2023 zu etablieren.

(Börsen-Zeitung, 1.12.2021)



Pierre Gramegna



Romain Schneider



Dan Kersch

Großes Stühlerücken

Nach Kersch und Schneider (beide LSAP) hört auch Gramegna (DP) als Minister auf

Luxemburg. Pierre Gramegna scheint seine Partei mit seinem Rücktritt kalt erwisch zu haben. In den kommenden Tagen will die DP nun einen Nachfolger für den Budget- und Finanzminister finden; im Gespräch sind unter anderem Alain Kirsch sowie Claude Meisch. Gramegna wird zumindest bis zur Debatte und Abstimmung über den Haushaltsentwurf für 2022 im Amt bleiben.

Auch bei der LSAP wird das Personalkarussell drehen. Während

sich Noch-Minister Romain Schneider ganz aus der Politik zurückzieht, wechselt Regierungskollege Dan Kersch in die Chamber. Zu Ministerehren kommen werden Georges Engel und Claude Haagen, die die Ressorts ihrer Vorgänger übernehmen; Yves Cruchten wird derweil den Parteivorsitz abgeben und die Fraktionspitze übernehmen. Anfang 2022 wird dann eine paritätisch besetzte Parteipitze gewählt.

mas



Gramegna: Der neunte ist sein letzter Etatentwurf. Foto: Steve Eastwood

Wer beerbt Pierre Gramegna?

Finanzminister Pierre Gramegna (DP) tritt zurück – aus persönlichen Gründen und auf eigenen Wunsch, teilte gestern die Parteileitung in einem Presseschreiben mit. Gramegna soll bis nach der Abstimmung über den Staatshaushalt im Dezember im Amt bleiben. Die DP will nun schnellstmöglich über die Nachfolge beraten. Als erster möglicher Nachfolger wird Informationen des „Luxemburger Wort“ zufolge Alain Kirsch gehandelt. Kirsch war bis Ende Juni 2020 Country Managing Partner von EY Luxemburg und ist seit Februar 2015 Mitglied im Staatsrat (Vizepräsident). Kirsch war 2013 bei den Koalitionsverhandlungen dabei und schon damals als Finanzminister im Gespräch. Sollte er in die Regierung wechseln, steht ein Wechsel im Staatsrat an, da bei-

de Mandate unvereinbar sind. Als zweiter möglicher Nachfolger wird Bildungsminister Claude Meisch gehandelt. Im Falle eines Ressortwechsels müsste die DP einen neuen Bildungsminister bestimmen, was wiederum zu einem Wechsel im Parlament führen könnte. Erst am Montag war bekannt geworden, dass die LSAP-Minister Dan Kersch und Romain Schneider aus der Regierung ausscheiden. Gramegnas Rücktritt kam für die DP überraschend. Wie es scheint, hat der Finanzminister sehr kurzfristig entschieden, auf den Zug aufzuspringen und seinen Rücktritt im Zuge des Personalwechsels im LSAP-Lager bekanntzugeben.

Der 1958 geborene Gramegna ist seit 2013 Mitglied der Dreierkoalition. Der damalige Generaldirektor der Handelskammer war nach den Wahlen 2013 als Quereinsteiger in die Regierung berufen wor-

den. 2018 nahm Gramegna erstmals an Parlamentswahlen teil und wurde auf der DP-Liste im Süden mit 18 383 Stimmen Erstgewählter.

Gramegna ist der dienstälteste Finanzminister innerhalb der Eurogruppe, für deren Vorsitz er zweimal erfolglos kandidierte, und Vize-Präsident der OECD. Der Berufsdiplomat war von 1996 bis 2002 Botschafter in Japan, anschließend ein Jahr lang für die internationalen Wirtschaftsbeziehungen im Außenministerium zuständig, ehe er zur Handelskammer wechselte.

Bevor er der Regierung beitrug, war Pierre Gramegna Mitglied in diversen Verwaltungsräten, darunter Cargolux (als Vorsitzender von 2004 bis 2008), die Luxemburger Börse (Luxembourg Stock Exchange), LuxExpo und BGL BNP Paribas Luxembourg. TJ/mig



Pierre Gramegna Foto: S. Eastwood

Der Herr des Finanzplatzes

PORTRÄT Finanzminister Pierre Gramegna kündigt Rücktritt an

Christian Muller

Luxemburgs Finanzminister Pierre Gramegna (DP) hat am Dienstag seinen Rücktritt erklärt – aus persönlichen Gründen. Lesen Sie hier ein Porträt des Politikers aus dem vergangenen Jahr. Damals strebte Gramegna das Amt des Vorsitzenden der Eurogruppe an.

Bei OpenLux stand er wegen des Finanzplatzes im Vordergrund: Pierre Gramegna, geboren am 22. April 1958 in Esch/Alzette – wo er auch heute noch lebt –, ist seit Dezember 2013 Finanzminister Luxemburgs. Nach dem Besuch der Sekundarschule (klassische Mathematiksektion) studierte er Jura und Wirtschaftswissenschaften an der Universität Panthéon-Assas. Sein Postgraduiertenstudium schloss er mit einem DEA (Forschungsdiplom im Anschluss an die „Maîtrise“) in Europarecht ab.

Der Karrierediplomat wurde 1983 im Außenministerium eingestellt. 1988 wurde er Berater in politischen und Wirtschaftsfragen in der Botschaft des Großherzogtums Luxemburg in Paris. Dieses Amt übte er vier Jahre lang aus, bis er zum Generalkonsul und Direktor des Board of Economic Development in San Francisco ernannt wurde. Von 1996 bis 2002 war Pierre Gramegna Luxemburger Botschafter in Japan und Südkorea. Anschließend war er ein Jahr lang für die Direktion für internationale Wirtschaftsbeziehungen im

Außenministerium zuständig.

Im Jahr 2003 wechselte Gramegna in die Luxemburger Handelskammer, wo er das Amt des Generaldirektors übernahm. Er sprach nun im Namen der Wirtschaft mit der Regierung. Er war Mitglied in Verwaltungsräten, darunter Cargolux, die Luxemburger Börse, Luxexpo und BGL BNP Paribas Luxembourg. Trotzdem war es eine große Überraschung, als er im Dezember 2013 erstmals zum Finanzminister ernannt wurde. Auf den Wahllisten hatte er nicht gestanden.

Als Finanzminister hatte er zuerst die Nachwehen der Finanz- und Schuldenkrise zu bewältigen. Er stieß Reformen an, um den Staatshaushalt wieder mehr ins Gleichgewicht zu bringen. Am Finanzplatz galt es, den Weg in Richtung mehr Transparenz zu gehen. Mit seinem professionellen Auftreten weiß der wort- und weltgewandte Pierre Gramegna zu beeindrucken, Skandale oder Affären hat er vermeiden können.

Bei den Parlamentswahlen von Oktober 2018 erhielt er im Süden das beste Resultat seiner Partei (DP). Als Politiker erscheint er immer als Mann der Kompromisse. Er hat einfach im Hintergrund die Finanzen verwaltet. Er vertritt seine Meinungen, lässt dann aber ganz diplomatisch mit sich reden. Luxemburg ist nach wie vor ein finanztechnisch starkes Land. Dennoch ist unter seiner Amtsführung der Schuldenstand

des Landes gestiegen. Er hat einen – lange gewünschten – Luxemburger Staatsfonds zugunsten künftiger Generationen ins Leben gerufen, jedoch mit nur wenig Kapital.

Im Ausland legt er besonderen Wert auf Luxemburgs Rolle im multilateralen Entwicklungsbankwesen, schreibt die Regierung. 2014 wurde Luxemburg Mitglied der Afrikanischen Entwicklungsbank und 2015 war Luxemburg das erste nicht-asiatische Land, das von der Asiatischen Infrastruktur-Investmentbank (Asian Infrastructure Investment Bank, AIIB) als Mitglied aufgenommen wurde. Im Mai 2016 wurde Pierre Gramegna mit einem einjährigen Mandat zum Vorsitzenden des Gouverneursrates der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung gewählt. Derzeit sitzt er im Rat der Gouverneure der Europäischen Investitionsbank und dem des Europäischen Stabilitätsmechanismus. Er ist Luxemburgs Gouverneur im Internationalen Währungsfonds, der Weltbank und der Asiatischen Entwicklungsbank.

Mit dem Posten als Eurogruppenchef hatte Pierre Gramegna bereits seit längerer Zeit geliebäugelt. Kompromissfähigkeit und Erfahrung waren wohl zwei der wichtigsten Eigenschaften für den Job. Mehrmals versuchte er sein Glück.

Aber auch sein letzter Versuch im Jahr 2020 gelang nicht. Am Ende unterlag er dem irischen Politiker Paschal Donohoe.

Der Finanz-Diplomat

POLITIK Was Pierre Gramegna in acht Jahren an der Spitze des Finanzministeriums erreicht hat

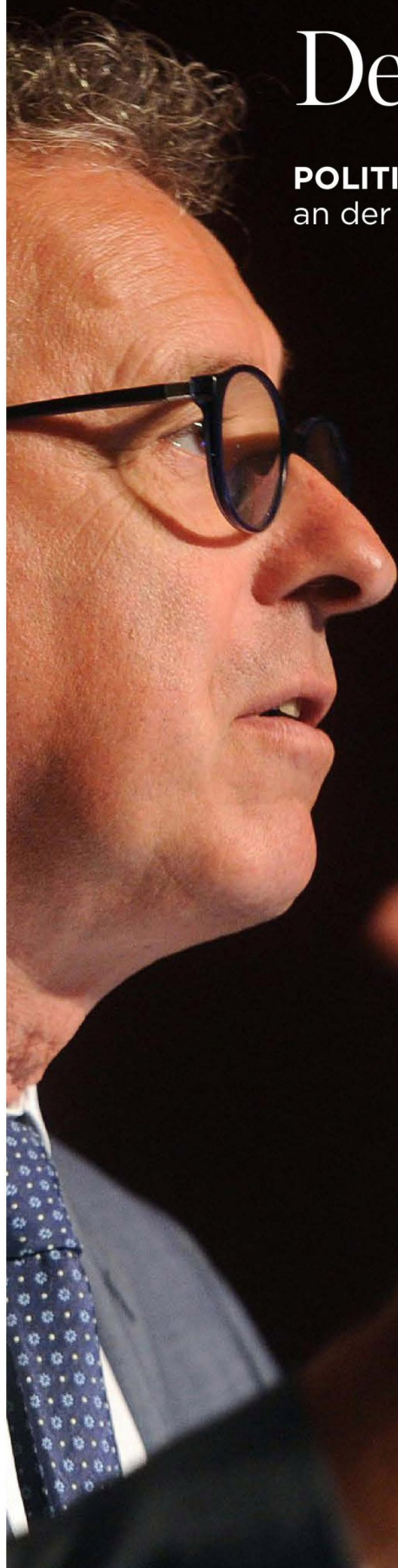


Foto: Editpress-Archiv/Hervé Montaigu

Finanzminister Pierre Gramegna will nicht mehr: Nach acht Jahren hat er angekündigt, sein Mandat abzugeben. In seiner Amtszeit haben sich Ministerium und Finanzplatz grundlegend verändert. Vieles ist transparenter geworden. Doch er konnte nicht alle seine Versprechen umsetzen: Die Verschuldung des Staates ist während seiner Amtszeit weiter gestiegen und von der Steuerreform fehlt bisher jede Spur.

HINTERGRUND

S. 4, 5

Der Diplomat im Finanzministerium

BILANZ Rückblick auf die Amtszeit von Pierre Gramegna

Christian Muller

Nach acht Jahren an der Spitze des luxemburger Finanzministeriums hat Pierre Gramegna angekündigt, sein Mandat abzugeben. In seiner Amtszeit haben sich Ministerium, Steuerpolitik und Finanzplatz grundlegend verändert. Alles ist transparenter geworden. Die Verschuldung des Staates ist während seiner Amtszeit jedoch weiter gestiegen.

Als Pierre Gramegna Ende 2013 sein Amt als Finanzminister antrat, war die Welt noch eine andere. US-Präsident Obama startete in seine zweite Amtszeit. Der Whistleblower Edward Snowden klärte die Welt über die Überwachungspraktiken des US-Geheimdienstes auf. Europa kämpfte mit den Nachwehen von Finanz- und Schuldenkrise.

In Luxemburg war, nach „Bommeleeër“- und Geheimdienst-Affäre, neu gewählt worden. Am 4. Dezember übernahm eine Koalitionsregierung aus Liberalen, Grünen und LSAP das Ruder. Völlig überraschend wurde Pierre Gramegna, damals Direktor der luxemburger Handelskammer, zum Finanzminister ernannt. Auf den Wahllisten hatte er nicht gestanden.

Gramegna erhielt eine Schlüsselposition in der neuen Regierung: Es galt zu zeigen, dass die Koalition die Staatsfinanzen besser und nachhaltiger verwalten kann als die Vorgänger. Es galt, mittels Steuerpolitik, mehr Gerechtigkeit in die luxemburger Gesellschaft zu bringen. Es galt, die Projekte der neuen Regierung zu finanzieren. Es galt, dem Finanzplatz eine Zukunft zu sichern.

Der frisch gebackene Politiker stand vor gewaltigen Herausforderungen: Der für die Staatsfinanzen überaus wichtige Finanzplatz war in Verfall geraten. Er stand, mit dem Bankgeheimnis, im Visier der internationalen Gemeinschaft.

National waren die Finanzen vom Zentralstaat derweil seit Jahren tief in den roten Zahlen. Die Verschuldung des Landes hatte sich seit 2007 praktisch verdreifacht. Zudem war bekannt, dass Luxemburg mit der Mehrwertsteuer auf E-Commerce bald eine milliarden schwere Einnahmequelle verlieren würde, doch das Thema war bis dahin weitgehend ignoriert worden.

In seinem Ministerium musste sich der neue Politiker derweil gegen Politik, Strukturen, die sein Vorgänger aufgebaut hatte, und gegen andere Widerstände wehren. Bis Ende April 2014 wurde das Finanzministerium neu organisiert, drei Spitzenbeamte verließen die Behörde. „Damit kehrt die Organisation des Finanzministeriums der politischen Ausrichtung aus den vergangenen beiden Jahren den Rücken und führt wie davor wieder klar strukturierte Direktionsabteilungen ein“, so das *Tageblatt* damals.

Ein Ruf als Steuerparadies

Am erfolgreichsten, was die zwei Haupt-Herausforderungen (Finanzplatz und Staatsfinanzen), die ihm als Finanzminister unterstanden, anbelangt, war Gramegna bei der Positionierung des Finanzplatzes. Als ehemaliger Direktor der Handelskammer kannte er den Sektor – und als ehemaliger Diplomat kannte er sich auf der Weltbühne aus. Bereits im Februar 2013, mehrere Monate bevor er Minister wurde, hatte er seine Analyse der Situation mit dem *Tageblatt* geteilt: „Luxemburg ist im Ausland entweder gar nicht bekannt oder hat als Steuerparadies einen schlechten Ruf“, sagte er damals. „Wir brauchen diese Vorurteile gar nicht erst abzustreifen.“ Jetzt schlage das

Pendel allerdings zurück und man müsse reagieren. Eine Lösung hatte er bereits parat: Steuernischen durch Kompetenznischen ersetzen.

Seine erste Rede als Finanzminister hielt er bei der Jahrestagung des luxemburger Verbandes der Versicherer, ACA. Erst beruhigte er die Anwesenden. „Es wird sehr viel Kontinuität geben“, sagte er, und hob die Wichtigkeit des Kreditwürdigkeitsrankings AAA hervor. Dann unterstrich er die Schlüsselrolle, die der Finanzsektor für Luxemburg habe, unterstrich aber gleichzeitig, dass man „gute Argumente“ benötigen werde, um den Finanzplatz gegen Angriffe von außen zu verteidigen. „Wir müssen unsere Zukunft selber gestalten“, schwor er die Anwesenden auf den kommenden Wandel ein.

Raus aus der Schmuddelecke

Trotz vieler Schwierigkeiten – und immer wieder aufplatzenden Skandalen aus der Vergangenheit – schaffte er es, den Sektor aus der „Schmuddelecke“ in die Transparenz zu führen. Ende März 2014 hatte er das FATCA-Abkommen, das den Datenaustausch zwischen den Steuerbehörden aus Luxemburg und den USA ermöglicht, unterzeichnet. Das Bankgeheimnis für Ausländer war nunmehr Teil der Geschichte. Es folgten Regelungen zum automatischen Informationsaustausch innerhalb Europas. Seit 2015 steht das Großherzogtum auf keiner schwarzen Liste mehr.

Dabei hat er die „Interessen Luxemburgs“ nicht einfach aufgegeben. Er stimmte dem jeweiligen „mehr an Transparenz“, wenn möglich, immer erst dann zu, wenn gesichert war, dass es ein „level playing field“ geben würde – also eine Garantie, dass kein

anderes (europäisches) Land die alten Regelungen behalten würde, und der Wettbewerb zwischen den Finanzzentren gleich bleibe.

Lernprozess in Sachen Enthüllungsskandale

Nach und nach machte sich der geübte Diplomat diese Taktik zur Spezialität. In den späteren Jahren seiner Amtszeit zählte Luxemburg zu den Ländern, die bereits früh ihre Zustimmung für neue (Transparenz-)Regelungen gaben. Etwa bei der Debatte um eine globale Mindeststeuer für Unternehmen: Gramegna unterstützte die Initiative. Von internationalen Organisationen gab es Lob für Luxemburg. Gebremst wurden die Projekte dann von anderen Ländern.

Auch im Bereich der internationalen Skandale, in die Luxemburg verstrickt ist/war, hat er über die Jahre gelernt, wie es zu reagieren gilt. Bei den ersten Skandalen (LuxLeaks 2014; Panama Papers 2016) kam Luxemburg nicht gut weg. Der Minister wartete meist das Ende der Enthüllungen ab, und erklärte dann, dass alles legal war. Gleichzeitig gelobte er, es in Zukunft trotzdem besser zu machen.

Bei den jüngsten Skandalen war die Welt bereits eine andere. Der Minister wartete nicht mehr zitternd ab, was nun veröffentlicht werden würde. Das Finanzministerium handelte proaktiv, wie auch bei den Initiativen zur internationalen Besteuerung.

Besonders deutlich wurde das im Falle „OpenLux“. Nur wenige Minuten nach Anbruch des Tages, an dem „OpenLux“ angekündigt war, veröffentlichte die Regierung bereits eine ausgefeilte Pressemeldung. „Luxemburg erfüllt alle EU- und internationalen Vorschriften und Transparenzstandards und wendet ausnahmslos das gesamte Arsenal der EU- und internationalen Maßnahmen zum Informationsaustausch in Steuerangelegenheiten und zur Bekämpfung von Steuermisbrauch und Steuervermeidung an“, schreibt das Ministerium, noch ehe die Berichte der beteiligten

Medien zu lesen waren. „Weder die EU noch die OECD haben schädliche Steuerregelungen oder -praktiken in Luxemburg festgestellt.“ Es wurde sogar daran gedacht, sich den Domain-Namen www.open.lux.lu zuzulegen.

In die Hände gespielt hat dem Minister bei seinem Einsatz für den Finanzplatz der Bereich der „grünen Finanzen“. Das Thema ermöglichte ihm, den Finanzplatz, den Klimawandel und die nachhaltige Zukunft der Menschheit in einem Satz zu erwähnen. Es erlaubte ihm, für die Dienste des Finanzplatzes zu werben, ohne sich angreifbar zu machen. Auch legte er viel Wert auf Luxemburgs Rolle im multilateralen Entwicklungsbankwesen, etwa bei der Afrikanischen Entwicklungsbank, der Asiatischen Infrastruktur-Investmentbank (AIIB), der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD) oder der Weltbank.

Bei anderen, politisch schwierigen Themen, wie etwa dem Brexit, hielt er sich zurück. Von ihm kam keine Schadenfreude und auch keine aktive Jagd nach abfallenden Krümeln. Er bedauerte die Lage, setzte sich trotz aller Schwierigkeiten für Kommunikation und Partnerschaft ein.

„Immer offen für Diskussionen“

Unter seiner Amtszeit hat sich der Finanzplatz derweil nicht nur verändert, er ist auch weitergewachsen. Zwar ist die Zahl der Banken von 147 auf 124 gefallen, doch hat er dem Bereich FinTech eine stabile Grundlage gegeben, und das von den Investmentfonds verwaltete Vermögen hat sich von 2.615 auf 5.719 Milliarden Euro mehr als verdoppelt. Auch die offizielle Zahl der chinesischen Banken in Luxemburg ist während seiner Amtszeit von sechs auf 15 gewachsen.

„Pierre Gramegna hat sich mit Energie, Engagement und Verständnis für den Finanzsektor eingesetzt“, wird er von Guy Hoffmann, Präsident der Bankenver-

einigung ABBL, gelobt. „Er war immer offen für Diskussionen und bemühte sich sehr, die Anliegen der ABBL anzuhören und dafür zu sorgen, dass sie berücksichtigt wurden.“ Und „er stand an der Spitze eines Paradigmenwechsels bei der Einführung einer transparenten Besteuerung und trug dazu bei, den Ruf Luxemburgs als internationalen Finanzplatz von höchstem Niveau zu verbessern.“

Wie nachhaltig transparenter die neuen gesetzlichen Strukturen und Verbesserungen schlussendlich geworden sind, wird sich in den nächsten Jahren zeigen. Die prüfende Mission durch die Financial Action Task Force (Gafi) wurde verschoben und wird wohl erst Ende kommenden Jahres stattfinden.

Doch der Finanzplatz war wohl der einfachere Teil des Jobs. Als Diplomat, der Kompromisse anstrebt, hat er die Staatsfinanzen nicht so saniert, wie er das in den Monaten/Jahren zuvor, als Handelskammer-Direktor, selbst gefordert hatte.

Als nationaler Finanzminister stieß er zu Beginn seiner Amtszeit Sparmaßnahmen („Zukunftspak“) an, um den Haushalt wieder ins Gleichgewicht zu bringen. Es gelang ihm auch, das Defizit beim Zentralstaat zu verringern. Die wegfallenden Einnahmen aus dem E-Commerce ersetzte er durch eine Erhöhung der nationalen Mehrwertsteuer um zwei Prozentpunkte im Jahr 2015. In den Jahren 2018 und 2019 erwirtschaftete der Zentralstaat schlussendlich sogar ein Plus. Die Verschuldungsquote war derweil auf gleicher Höhe (22 Prozent) wie zu seinem Amtsbeginn. Mitgeholfen, dies zu erreichen, hatte ein wieder anziehendes Wirtschaftswachstum.

Von den Wählern wurde er für seine Arbeit belohnt. Bei den Parlamentswahlen von Oktober 2018 erhielt er im Süden das beste Resultat seiner Partei (DP).

In seiner zweiten Amtszeit lief dann jedoch vieles anders als erwartet. 2020 schlug die Corona-Krise zu. Der Zentralstaat erwirtschaftete das höchste Defizit seiner Geschichte. Die Verschuldung des Staates steigt wieder. Auf aktuell 17,9 Milliar-

den Euro – ein neuer Rekord. Selbst als Prozent der Wirtschaftsleistung liegt die Quote aktuell leicht höher als bei seinem Amtsantritt.

Dennoch ist unbestritten, dass er richtig auf die Krise reagiert hat. Hätte er nicht das staatliche Füllhorn ausgeschüttet, wäre das Land in eine Wirtschaftskrise gerutscht. Aktuell durchlebt das Land, unter anderem dank dieser Politik, einen echten Wirtschaftsboom. In den Jahren zuvor hatte der Minister die Finanzen gut auf eine Krise vorbereitet. Das begehrte „Triple-A“-Rating der Kreditwürdigkeit ist dem Land erhalten geblieben.

In den kommenden Jahren jedoch sind weitere Defizite beim Zentralstaat eingeplant. Auch die Verschuldung soll weiter steigen. Während Ende 2019 geplant wurde, Ende 2023 eine Staatsschuld von 13,3 Milliarden Euro (oder 17,5 Prozent des BIP) zu haben, liegt die Schätzung für 2023 heute bei 20,3 Milliarden Euro (oder 27 Prozent des BIP). Der Unterschied ist gewaltig, es handelt sich um sieben Milliarden Euro Schulden mehr als vorgesehen. Für eine nächste Krise ist Luxemburg somit leicht weniger gut vorbereitet als vor zwei Jahren, oder als vor acht Jahren.

Auch wurden einige ange-dachte Projekte nicht, oder nur sehr zögerlich, umgesetzt. So etwa die Einrichtung eines milliarden schweren Staatsfonds (als Notgroschen für eine ungewisse Zukunft), oder die groß angekündigte Steuerreform, die das Land gerechter – und die Wirtschaft grüner – machen sollte. Nicht geklappt hatte auch ein persönliches Projekt. Gleich zweimal hatte er mit dem Posten des Eurogruppenchefs geliebäugelt, jedoch ohne Erfolg. Trotz Kompromissfähigkeit und Erfahrung.

Ein Mann der Kompromisse

Bleiben wird die Erinnerung an einen diplomatischen Finanzminister. Immer versuchte er, Kompromisse zu schmieden, im Sinne von Europa und im Sinne von Luxemburg. Er war kein Dogmatiker, sondern ein Pragmatiker. Streit versuchte er zu vermeiden. Polarisierenden Themen, wie einer etwaigen Rentenreform, ging er diplomatisch aus dem Weg. Skandale oder Affären gab es nicht. Mit seinem Auftreten hat der wort- und weltgewandte

Minister überzeugt. Nicht immer sehr nahbar, aber immer professionell. Gut und würdig hat er Luxemburg im Ausland vertreten, sei es in Polen oder in den Vereinigten Arabischen Emiraten. Er sei in den Diskussionen auf EU-Ebene nicht nur ein guter Vertreter für sein Land, sondern ebenfalls für die europäische Idee gewesen, so EU-Kommissarin Mairead McGuinness vor wenigen Tagen. „Wenn Sie reden, dann hören die Vertreter der anderen Länder auch zu. (...) Ich wollte, dass Sie das wissen.“

Für den frühen Rücktritt gab Gramegna „persönliche Gründe“ an. Er wolle bei den kommenden Wahlen nicht mehr antreten, sagte er gegenüber RTL. „Ich bin jetzt 63 Jahre alt, bei den nächsten Wahlen wäre ich über 65 – ich habe die Priorität immer auf mein Land gesetzt und die Familie kam immer erst danach. Ich werde jetzt nächste Woche Großvater und ich würde meiner Familie gerne mehr Zeit schenken und ich hoffe, dass die Leute das verstehen.“

Auf den Diplomaten im Finanzministerium wird nun, mit Yuriko Backes, eine Diplomatin folgen.

Lebenslauf

Pierre Gramegna, geboren am 22. April 1958 in Esch/Alzette, wo er auch heute noch lebt, war seit Dezember 2013 Finanzminister Luxemburgs. Nach dem Besuch der Sekundarschule (klassische Mathematiksektion) studierte er Jura und Wirtschaftswissenschaften an der Universität Panthéon-Assas. Sein Postgraduiertenstudium schloss er mit einem DEA (Forschungsdiplom im Anschluss an die „Maîtrise“) in Europarecht ab.

Der Karrierediplomat wurde 1983 im Außenministerium eingestellt. 1988 wurde er Berater in politischen und Wirtschaftsfragen in der Botschaft des Großherzogtums

Luxemburg in Paris. Dieses Amt übte er vier Jahre lang aus, bis er zum Generalkonsul und Direktor des Board of Economic Development in San Francisco ernannt wurde.

Von 1996 bis 2002 war Pierre Gramegna Luxemburger Botschafter in Japan und Südkorea. Anschließend war er ein Jahr lang für die Direktion für internationale Wirtschaftsbeziehungen im Außenministerium zuständig.

Im Jahr 2003 wechselte Gramegna in die Luxemburger Handelskammer, wo er das Amt des Generaldirektors übernahm. Er war Mitglied in Verwaltungsräten, darunter Cargolux, die Luxemburger Börse, Luxexpo und BGL BNP Paribas Luxembourg.

„Das perfekte Profil“

Yuriko Backes soll Pierre Gramegna als Finanzminister beerben

Von Marc Schlammes

„Voilà.“ So stellt sich Yuriko Backes gestern der Presse vor. Und dankt sogleich den Parteigremien der Demokratischen Partei für das ihr entgegen gebrachte Vertrauen.

Diese Gremien, allen voran das Comité directeur, haben entschieden, dass Yuriko Backes, 50 Jahre alt und noch Hofmarschallin, die Nachfolge von Pierre Gramegna als Budget- und Finanzminister antreten soll. Sie sei „genau die richtige Person“ und verfüge über das „perfekte Profil“ erklärt DP-Parteipräsidentin Corinne Cahen die Personalentscheidung.

Eine Personalentscheidung, die nötig wurde, weil Noch-Amts-inhaber Pierre Gramegna Anfang der Woche mitteilte, dass er nach der Verabschiedung des Etatentwurfs für das kommende Jahr einen Schlussstrich unter seine politische Laufbahn ziehen werde. Sowohl Corinne Cahen als auch Premierminister Xavier Bettel betonten gestern, dass sie diesen Schritt bedauern und dass es ihnen nicht gelungen sei, Gramegna vom Rücktritt vom Rücktritt zu überzeugen. Letztlich unterstreichen beide aber auch, dass sie den Rücktritt respektierten: „Du hast das Maximum von dem gegeben, was man von einem Finanzminister erwarten kann“, würdigt Bettel den scheidenden Minister, der später selbst in seiner Rede die

Stabilisierung der öffentlichen Finanzen und die Transparenz in der Steuerpolitik als die beiden wesentlichen Merkmale seiner Amtszeit hervorhebt.

Nun also Yuriko Backes. Wie bei Pierre Gramegna 2013 fällt die Wahl bei der Besetzung des Schatzmeisters von Blau-Rot-Grün auch diesmal auf einen externen Kandidaten. Backes erklärt denn auch, dass sie in dieser Woche ihre Mitgliedskarte bei der DP erworben habe und dass sie sich mit den Werten und Visionen der Liberalen identifiziere, beispielsweise „eine aktive Standort- und Wirtschaftspolitik“ und „das europäische Engagement“. Sie lässt ferner durchblicken, dass zu ihrem neuen Engagement dazu gehöre, im Herbst 2023 auf der Zentrumsliste der Demokratischen Partei zu kandidieren.

Corinne Cahen unterstreicht, dass die Entscheidung zugunsten von Yuriko Backes einstimmig ausgefallen sei; sie ließ offen, inwieweit es konkrete Gedanken hinsichtlich einer internen beziehungsweise anderweitiger externer Lösungen gegeben habe. Xavier Bettel erläutert die Wahl mit den Wesenszügen, die er seiner neuen Ministerin zuspricht: Yuriko Backes handle stets „rational“ und „pragmatisch“, außerdem verstehe sie es blendend, komplexe Zusammenhänge verständlich darzulegen. Ihren neuen Job beschreibt er als „keinen Spazier-

gang“ und gibt Backes auch gleich eine Aufgabe mit auf den Weg: In der Europäischen Union gelte es, das luxemburgische Steak auf dem EU-Teller zu verteidigen.

Das europäische Geschäft ist Yuriko Backes nicht fremd; als diplomatische Beraterin im Staatsministerium diente sie sowohl Jean-Claude Juncker als auch Xavier Bettel bei der Vorbereitung der europäischen Dossiers. Und zwischen September 2016 und Mai 2020 leitete Backes, die an der London School of Economics internationale Beziehungen und an der London School of Oriental and African Studies Japanologie studierte und das renommierte Collège d'Europe in Bruges mit einem Master in „Etudes politiques et administratives européennes“ abschloss, die Vertretung der Europäischen Kommission in Luxemburg.

Eine weitere Gemeinsamkeit mit ihrem Vorgänger Gramegna ist, dass Yuriko Backes aus der Diplomatie kommt. Das diplomatische Gespür wird gestern gleich mehrmals als gute Eigenschaft für die Stelle des Finanzministers genannt – müsse dieser doch stets die budgetären Begehrlichkeiten seiner Ministerkollegen miteinander in Einklang bringen.

Yuriko Backes wird die erste Frau sein, die das Finanzministerium leitet. So wie sie auch die erste Frau war, die den Posten als Hofmarschallin übernahm. Das

war im Juni 2020. Unter ihrer Regie wurden die Empfehlungen aus dem Waringo-Bericht umgesetzt, unter anderem die Schaffung einer Maison du Grand-Duc, die dem großherzoglichen Hof eine zeitgemäße Struktur verleiht.

Bettel und seine Regierung stehen nun vor der Aufgabe, mit Großherzog Henri einen Nachfolger für Yuriko Backes zu finden. Parallel dazu muss die Regierungs-umbildung in die Wege geleitet werden; ohne ein exaktes Datum nennen zu können, spricht der Premierminister von Anfang 2022. Und stellt in Aussicht, dass die drei scheidenden Minister gemeinsam verabschiedet und die drei neuen Regierungsmitglieder gemeinsam vereidigt werden.

Ehe Pierre Gramegna am Dienstag mit seinem Rückzug überraschte, hatten die beiden LSAP-Minister Dan Kersch und Romain Schneider bereits ihr Ausscheiden aus der Regierung verkündet. Sie werden durch Georges Engel, der die Kersch-Ressorts Arbeit und Sport übernimmt, und Claude Haagen, der Sozial- und Landwirtschaftsminister werden soll, ersetzt.

● *Ich bin mir der Aufgabe bewusst und werde mich ihr mit voller Energie und Entschlossenheit stellen.*

Yuriko Backes

Smarter Move

REGIERUNG Yuriko Backes leitet als erste Frau das einflussreiche Finanzministerium

Foto: Cour grand-ducale / Sophie Marque

Rettung in letzter Minute, könnte man da fast sagen: Nach Wochen der Negativschlagzeilen gelingt der Regierung ein cleverer Schachzug - die Diplomatin und Hofmarschallin Yuriko Backes beerbt Pierre Gramegna im Finanzministerium. Sie ist die erste Frau, die das einflussreiche Amt in Luxemburg bekleidet. Ein Porträt.

HINTERGRUND

S. 3, 4

Von Diplomat zu Diplomatin

REGIERUNG Yuriko Backes übernimmt das Finanzministerium von Pierre Gramegna

Yves Greis

Yuriko Backes wird die neue Finanzministerin. Das hat DP-Präsidentin Corinne Cahen bei einer Pressekonferenz am Freitag verkündet. Backes habe das passende Profil für den Job. Der scheidende Finanzminister Pierre Gramegna nutzte die Gelegenheit für eine sehr persönliche Abschiedsrede.

Yuriko Backes wird Luxemburgs neue Finanzministerin. Das gab die Demokratische Partei (DP) am Freitagnachmittag bekannt. Die Pressekonferenz im Restaurant „L'Annexe“ gleich neben der Zentrale der DP-Fraktion war kurzfristig einberufen worden, nachdem Backes einstimmig vom „Comité directeur“ der Partei angenommen worden war. Der Großherzog und die Koalitionspartner wurden auch informiert.

Backes machte Karriere als Diplomatin. Zuletzt überblickte sie als Hofmarschallin die Reform am großherzoglichen Hof. Als Diplomatin und Hofmarschallin hatte Backes es nicht angebracht gefunden, Mitglied einer Partei zu sein. So hatte sie sowohl Jean-Claude Juncker (CSV) und Xavier Bettel (DP) beratend zur Seite stehen und dem Großherzog als Hofmarschallin dienen können. Seit dieser Woche ist sie nun Mitglied der DP. Diplomatie sei kein Job, sondern eine Attitüde, sagte Pierre Gramegna. Er muss es wissen, denn auch er war lange Zeit als Diplomat tätig, unter anderem als Botschafter in Japan und Südkorea. Auch er hatte es vorgezogen, keine Parteikarte zu haben, bis er in die Regierung berufen worden war.

Zu finanzpolitischen Themen wollte sich Backes noch nicht äußern. Dieses Feld überlässt sie vorerst Pierre Gramegna, der noch bis zum Anfang des nächsten Jahres

im Amt ist. Backes sagte allerdings, dass sie hinter den Visionen und den Werten der DP stehe. Welche sind das? Backes zählt auf: sozial, liberal und europäisch. Dass man sich nicht zwischen Wirtschaft und Umwelt oder Beruf und Familie entscheiden muss. Und der Teamgeist ist ihr wichtig.

Dass Menschen Minister werden, die nicht gewählt sind bzw. gar nicht an Wahlen teilgenommen haben, ist in Luxemburg nicht ungewöhnlich. Etienne Schneider (LSAP) und Pierre Gramegna (DP) sind nur zwei Beispiele für diese Praxis. Usus ist aber, dass diese sich bei der nächsten Wahl den Wählern stellen. Für Yuriko Backes steht bereits fest, dass sie das 2023 tun wird.

Cahen: „Richtiges Profil“

Ob nach einer internen Lösung gesucht wurde? Parteipräsidentin Corinne Cahen ließ sich nicht auf solche Diskussionen mit Journalisten ein. Backes habe genau das richtige Profil. Sie habe die notwendigen Fähigkeiten und das Wissen, um Luxemburg gut zu vertreten. Cahen hoffe, dass das Land sie bei ihrer Aufgabe unterstützen werde.

Backes selbst sagte, dass sie keinen Finanzhintergrund habe, sie würde die Aufgabe aber mit der nötigen Ruhe und Entschlossenheit angehen. „Du bist nicht alleine“, sagte Gramegna und sprach von einer „phänomenaler Ekippe“, die der Ministerin zur Seite steht.

Die DP hatte am Dienstagvormittag bereits den Rücktritt des derzeitigen Finanz- und Haushaltsministers Pierre Gramegna angekündigt. Der Rückzug des 63-Jährigen beruhe „auf persönlichen Gründen“. Das genaue Datum für die Amtsübergabe ist noch nicht bekannt. Die Fest-

setzung eines Datums obliegt dem Großherzog. Bettel sagte allerdings, dass es Anfang nächsten Jahres sein wird und dass die drei neuen Minister gleichzeitig vereidigt werden sollen. Neben Gramegna hatten auch Dan Kersch (LSAP) und Romain Schneider (LSAP) ihre Rücktritte angekündigt. Sie werden durch Georges Engel und Claude Haagen ersetzt.

Abschied von Gramegna

Der Premierminister erinnerte daran, dass mit Backes zum ersten Mal eine Frau das Finanzministerium übernimmt. Das kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Luxemburger Regierung weit entfernt von einer Parität ist. Mit Backes sind lediglich sechs der 17 Regierungsmitglieder Frauen.

Sowohl Cahen wie auch Bettel drückten ihr Bedauern über den Weggang von Pierre Gramegna aus. Es sei aber eine Entscheidung, die sie zu respektieren hätten. Gramegna habe bereits angekündigt, das „Comité directeur“ der Partei zu besuchen, zu dem er als ehemaliges Regierungsmitglied Zugang hat.

Gramegna bedankte sich bei zahlreichen Weggefährten, darunter Mitarbeitern und dem Großherzog, der ihn bei der Promotion des Landes unterstützt habe. Gramegna nutzte die Gelegenheit, um sich abschließend bei seiner Frau Sylvie zu bedanken. Er lobte ebenfalls seine Mutter: „Si ass déi mënschlechst, generéist Persoun, déi ech op der Welt kennen“, sagte Gramegna. Im Namen seines Großvaters Egidio, der vor rund hundert Jahren aus Italien nach Luxemburg immigriert war, bedankte er sich beim Land Luxemburg.

Die Senkrechtstarterin

PORTRÄT Luxemburgs neue Finanzministerin Yuriko Backes

Yuriko Backes wird das Amt des Finanzministers von Pierre Gramegna übernehmen. Das hat die Parteiführung der DP am Freitagmittag mitgeteilt. Vorher bekleidete die 50-Jährige ein anderes wichtiges Amt: das der Hofmarschallin. Ein Porträt der ersten Frau auf diesem Luxemburger Schlüsselposten.

Erst seit dem 1. Juni 2020 bekleidete Yuriko Backes das höchste Amt am großherzoglichen Hof: das der Hofmarschallin. Damit war sie in Luxemburg die erste Frau auf dem Posten. Seit 2016 hatte die Diplomatin die EU-Kommission in Luxemburg vertreten und um Aufmerksamkeit für die Arbeit der Unionsexekutive geworben. „Ihre persönlichen Qualitäten und ihre berufliche Laufbahn“ würden sie zur idealen Persönlichkeit machen, um die Geschicke des Hofes zu leiten, ließ der Palast verlautbaren. Und ihre berufliche Laufbahn hat es in sich.

Backes wurde am 22. Dezember 1970 in Japan geboren. Ihre Kindheit und Jugend verbrachte sie in Deutschland und dem Land der aufgehenden Sonne, wo sie ihren Schulabschluss an einer internationalen Schule erwarb. Danach zog es sie in die alte Welt – nach London und Brügge, wo sie internationale Beziehungen und Japanologie studierte und auch ein Masterstudium in europäischen Studien abschloss.

1994 verschlug es die junge Senkrechtstarterin dann mit zwei Masterabschlüssen in der Tasche nach New York, wo sie an der ständigen Vertretung Luxemburgs bei der UNO ihre diplomatische Karriere begann. Nach einem Zwischenstopp 1999 in Tokio zog es sie 2006 wieder nach Japan – diesmal als zweite Diplo-

matin des luxemburgischen Korps. Zu ihrem Geburtsland pflegt sie nach eigenen Angaben eine besondere Beziehung. Und auch die Erfahrungen, die sie am Hof des japanischen Kaisers sammeln konnte, dürften ihr auf ihrem neuen Posten zugutekommen.

Backes wurde 2010 vom damaligen Premierminister Jean-Claude Juncker als Beraterin ins Staatsministerium berufen. Nach der Wahl Niederlage der Christsozialen 2013 bat der neue Regierungschef Xavier Bettel sie, zu bleiben. Sie übte ihre beratende Funktion mit dem gleichen Professionalismus weiter aus. Was auffiel: dass sie selbst im Beisein der Presse nicht zögerte, dem Premierminister unbequeme Wahrheiten zu sagen – mit viel diplomatischem Geschick und einer Prise Humor. Eine Qualität, die ihr als künftige Finanzministerin zugutekommen könnte: So meinte Pierre Gramegna jüngst, dass er als Ex-Diplomat oft um Konsens zwischen den Parteien der Dreierkoalitionen gerungen hätte. 2016 wechselte die Diplomatin auf die europäische Ebene und übernahm die Vertretung der EU-Kommission in Luxemburg, zunächst noch unter ihrem ehemaligen Dienstherrn Jean-Claude Juncker, ab dem 1. Dezember 2019 unter dessen Nachfolgerin Ursula von der Leyen.

Als Frau war Backes auf dem Parkett der internationalen Diplomatie eine immer noch eher seltene Erscheinung und hat laut eigener Aussage anfangs einige unangenehme Erfahrungen sammeln müssen. Inzwischen sieht sie ihre Arbeit auch darin, jene Frauen zu unterstützen, die zwar über Talente verfügen, denen es aber am nötigen Selbstvertrauen mangelt, ihren Weg zu beschreiten. Ob sie diese Qualität am Hof aus-

leben konnte, ist wegen der kurzen Zeitspanne unklar – es ist allerdings nicht die schlechteste Einstellung, dass die gerechte Behandlung von Mitarbeitern zum Aufgabenbereich gezählt hat.

Familientradition auf japanisch

Der Vorname Yuriko ist japanisch und bedeutet „kleine Lilie“. Auch der zweite Sohn von Backes, der während ihrer Zeit an der luxemburgischen Botschaft in Tokio geboren wurde, trägt einen japanischen Vornamen – man könnte demnach fast von einer Familientradition sprechen. Die im vergangenen Jahr geschaffene Verwaltungseinheit der „Maison du Grand-Duc“ gab Backes als Hofmarschallin nicht nur mehr Verantwortung, sondern auch ein höheres Gehalt. Laut *Reporter.lu* handelt es sich um ein Brutto-Grundgehalt von 13.000 Euro pro Monat. Backes sollte in ihrem Amt für die gesamte Verwaltung zuständig sein und mit dem Generalsekretär des Regierungsrats einem Koordinationskomitee vorsitzen. Dieses Gremium soll als Vermittlungsorgan zwischen Monarchie und Regierung fungieren und jegliche Neueinstellungen absegnen.

(hat/sab.)

Der Wechsel als Konstante

Blau-Rot-Grün lässt seit acht Jahren das Personalkarussell drehen – eine Analyse

Von Marc Schlammes

Wäre das blau-rot-grüne Regierungsteam eine Fußballmannschaft, dann wäre das Wechselkontingent jetzt mit dem bevorstehenden Dreifachtausch ausgeschöpft – und das knapp zwei Jahre vor Ende der Legislaturperiode. Wenn es eine Konstante in der mittlerweile rund achtjährigen liberal-sozialistisch-grünen Regierungssära gibt, dann sind es die Personalwechsel. Personalwechsel, die zudem ein ums andere Mal mit Portfolio-Anpassungen einhergingen. Ein Blick in den Rückspiegel.

André Bauler macht den Anfang

Im März 2014 zieht sich André Bauler (DP) als Staatssekretär im Bildungsministerium aus gesundheitlichen Gründen aus der Regierung zurück und wechselt auf die Abgeordnetenbank. Damit beginnt der politische Aufstieg von Marc Hansen vom nicht gewählten DP-Kandidaten zum Staatssekretär an der Seite von Claude Meisch (DP).

Ein Jahr später wird Hansen auch zum Staatssekretär im Wohnungsbauministerium befördert; zusammen mit der bis dahin glücklich agierenden Ministerin Maggy Nagel (DP) soll er die Mammutaufgabe Logement bewältigen. Letztlich ist diese Rochade der Anfang vom Ende der Ministerlaufbahn von Nagel. Nach knapp neunmonatiger Galgenfrist muss sie im Dezember 2015 ihren Ministerstuhl räumen.

Maggy Nagel geht in die Wüste

Während die Ex-Ministerin kurze Zeit später im wahrsten Sinne des Wortes in die Wüste geschickt wird und den luxemburgischen Pavillon bei der Weltausstellung in Dubai als Expo-Kommissarin betreuen soll, passen die Liberalen den Zuschnitt der ihnen zugeteilten Ministerien an. Premierminister Xavier Bettel übernimmt das Kulturministerium zusammen mit Guy Arendt (DP) als Staatssekretär; Marc Hansen kommt derweil zu Ministerehren im Logement.

Der letzte Wechsel der vergangenen Legislaturperiode ist einem tragischen Umstand geschuldet: Am 16. Mai 2018 stirbt Camille Gira; der Staatssekretär der Grünen erleidet im Parlament, wo zu dem

Zeitpunkt das neue Naturschutzgesetz debattiert wird, einen Herzinfarkt. Seine Nachfolge tritt im Juni Claude Turmes (Déi Gréng) als Staatssekretär an, der nach 19 Jahren Mitgliedschaft im Europaparlament auf die nationalpolitische Bühne wechselt.

Wechselfreudige Sozialisten

In der noch laufenden Legislaturperiode zeigen sich (bis dato) die Sozialisten, die zwischen 2013 und 2018 mit ihren Ministern „durchgespielt“ haben, am wechselfreudigsten. Nachdem Etienne Schneider stets dafür plädierte, dass ein Politiker nicht länger als zehn Jahre Minister sein sollte und daraus 2015 sogar eine – erfolglose – Referendumsfrage machte, zieht er sich Anfang Februar 2020 als Minister und Vize-Premier zurück; nach rund acht Jahren verabschiedet sich Schneider aus der Politik, unter anderem mit der Begründung „Ich will mein Leben zurück“. Sein frühzeitiger Ausstieg wird zum Aufstieg für Franz Fayot, der vom LSAP-Parteichef zum Minister für Wirtschaft und Entwicklungshilfe avanciert.

Zu dem Zeitpunkt ahnt niemand, dass die mit dem Fayot-Schneider-Wechsel einhergehende Neuverteilung der Ressorts dem rasanten Aufstieg von Paulette Lenert den Weg ebnet: Sie gibt die Entwicklungshilfe ab, behält aber den Konsumentenschutz und übernimmt die Santé sowie als delegierte Ministerin die Sozialversicherung. Die neue Gesundheitsministerin muss sich schon einen Monat später als Krisenmanagerin bewähren, als das Corona-Virus auch Luxemburg erreicht. In der Folge steigt sie zur populärsten Politikerin des Landes auf.

Ein geplatzter Traum

Dabei sieht es Anfang Februar 2020 noch so aus, als ob Dan Kersch der neue starke Mann der Sozialisten ist, übernimmt er doch von Schneider die Stelle des Vize-Premierministers – und darf von der Spitzenkandidatur 2023 träumen.

Nur anderthalb Jahre später ist dieser Traum längst geplatzt und die Pole-Position darf Paulette Lenert beanspruchen, die von Kersch

2018 als Ministerin durchgesetzt wurde. Kersch kündigt im September 2021 an, einer künftigen Regierung nicht mehr angehören zu wollen. Ende November schließlich teilt er ebenso wie Romain Schneider, der nach Jean Asselborn der dienstälteste LSAP-Minister ist, mit, dass auch er schon aus der jetzigen Regierung ausscheiden will. Beide geben dabei gesundheitliche Gründe für diesen Schritt an. Ihre Ressorts erben Georges Engel (Arbeit und Sport) und Claude Haagen (Soziales und Landwirtschaft). Von einer Ressortverschiebung wie nach dem Aus von Etienne Schneider sehen die Sozialisten diesmal ab.

Eine verpasste Chance

Dabei hätte eine neue Aufteilung unter dem Blickwinkel der Kohärenz durchaus Sinn ergeben. Beispielsweise eine Zusammenlegung von Santé und Sozialem bei Paulette Lenert sowie von Landwirtschaft und Verbraucherschutz bei Claude Haagen – in beiden Fällen gibt es genügend Schnittmengen. Vorstellbar gewesen wäre auch ein Sportminister Haagen, war der Noch-Député-Maire von Diekirch doch aktiver Handballer und Vorsitzender des Leichtathletikverbandes. Eine weitere Option wäre gewesen, dass Taina Bofferding Dan Kersch im Arbeitsministerium ablöst. Zum einen wäre ein typisches LSAP-Ressort mit einer der Hoffnungsträgerinnen der Partei besetzt worden; zum anderen hätten sich auch hier Synergien zwischen Arbeit und Chancengleichheit, einem der beiden jetzigen Ministerien von Bofferding, gefunden. Und Georges Engel wäre als früherer Bürgermeister einer großen Gemeinde (Sassenheim) geradezu prädestiniert gewesen für das Intérieur und die beiden großen Baustellen, die Reform des Gemeindegesetzes und die Reform der Grundsteuer ...

Eine erneute Tragödie

Im Sommer/Herbst 2019 bleibt den Grünen keine andere Wahl, als die Portfolios ihrer Minister zu reorganisieren: Das tragische Schicksal von Justizminister Félix Braz, der im August eine Herzattacke erleidet, und das politische Unver-

mögen von Roberto Traversini und dessen „Gaardenhaischen“-Affäre treffen die Partei ins Mark.

Erst übernimmt Sam Tanson als ausgewiesene Fachfrau das Justizressort vorübergehend, um dann Ende September endgültig die Amtsgeschäfte als Justizministerin zu übernehmen. Gleichzeitig rückt Henri Kox als Wohnungsbauminister in die Regierung nach – nachdem er als Erstgewählter 2013 noch Carole Dieschbourg im Osten den Vortritt lassen musste. Kox wird außerdem delegierter Minister für die innere Sicherheit. Im Juli 2020 übernimmt er dieses Ressort schließlich von François Bausch – der ab Herbst 2019 den Posten des Vize-Premiers anstelle von Félix Braz bekleidet.

Der vorerst letzte Wechsel geht auf das Konto der DP. Yuriko Backes ersetzt Pierre Gramegna. Der scheidende Budget- und Finanzminister will sich stärker seiner Familie widmen. Dabei ist er noch im Juli 2020 voller politischem Tatendrang und kandidiert ein zweites Mal (nach 2017) für den Vorsitz der Eurogruppe. Erfolgrlos.

Neue Fraktionsspitzen

Schafften es die Fraktionen von Blau, Rot und Grün zwischen 2013 und 2018 ohne Wechsel ihrer jeweiligen Vorsitzenden – Viviane Loschetter (Déi Gréng), Alex Bodry (LSAP), Eugène Berger (DP) – über die Runden zu kommen, steht in dieser Legislaturperiode bereits der dritte Wechsel an: Durch die Beförderung von Georges Engel zum Minister wird Noch-Parteichef Yves Cruchten im kommenden Jahr den Fraktionsvorsitz bei den Sozialisten übernehmen. Engel führte die LSAP-Fraktion seit Januar 2020 und dem Wechsel von Alex Bodry in den Staatsrat. Tragische Umstände zwangen die DP zur Neubesetzung: Am 21. Januar 2020 musste der damals stellvertretende Parlamentspräsident Mars Di Bartolomeo (LSAP) während einer Sitzung die traurige Nachricht vom Tod von Eugène Berger verkünden, der Tage zuvor ins Krankenhaus eingeliefert worden war. Gilles Baum übernahm den Posten des Fraktionsvorsitzenden. Bei den Grünen leitet Josée Lorsché seit Beginn der Legislaturperiode die Fraktion. *mas*

Von Zorn geleitet

Demonstration gegen Corona-Maßnahmen eskaliert in der Hauptstadt

Luxemburg. Am Samstag packte die Demonstranten die Wut. Bei einer Kundgebung gegen die geplante Verschärfung der Covid-Auflagen kam es zu Ausschreitungen. Zwei Weihnachtsmärkte wurden gestürmt, ein Teil der Teilnehmer zog bis vor das Haus des Premierministers. Es kam zu Sachbeschädigungen, verletzt wurde aber niemand. Polizeiminister Henri Kox (Déi Gréng) verurteilte die Eskalationen

scharf. „Es ist eine Grenze überschritten worden und das können wir nicht tolerieren“, so der Minister. Weitere Ermittlungen wurden eingeleitet.

Die Kundgebung war nicht offiziell angemeldet worden. Die Initiatoren hatten online zur Teilnahme an der Demo aufgerufen, gaben aber ihre Identität nicht preis. Bei der Kundgebung taten sich aber einige der mutmaßlichen Initiatoren hervor. *m.r.*

● *Es ist eine Grenze überschritten worden und das können wir nicht tolerieren.*

Polizeiminister Henri Kox

Kommentar

Radikalisierung mit Ansage

Von Roland Arens

Die Bilder von den Ausschreitungen vom Samstag am Rande des Weihnachtsmarktes in der Hauptstadt sind schockierend. Überraschend kommen sie dennoch nicht. Die Entwicklung hat sich lange abgezeichnet, erkennbar an zunehmend wüsten Kommentaren in den „sozialen“ Medien, an der provokativen Missachtung von Vorschriften zum Tragen von Masken bei den „Marchés blanches“ oder an Protestversammlungen vor dem Haus von Premier Xavier Bettel.

Dass die Polizei auf Deeskalation setzt, ist taktisch wohl richtig und angemessen. Dennoch zeigen die Vorfälle am Weihnachtsmarkt vor der „Gëlle Fra“ am Samstag, dass bei manchen Impfgegnern ein wachsendes Gewaltpotenzial vorhanden ist, das ab sofort konsequent kontrolliert und eingedämmt werden muss, um friedliche Menschen zu schützen. Mit Absperrgittern zu werfen, ist kein Kavaliärsdelikt. Zu klären ist auch die Frage, inwiefern Protestierer aus dem Ausland eine Rolle spielen. Bei der Demonstration am Samstag gab es auffallend viele Parolen und Plakate auf Französisch, von den „Liberté, Liberté!“-Rufen bis hin zu Schlagworten wie „Vaccinocide“, also angeblichen Tötungen durch Impfungen.

Völlig inakzeptabel sind die unsäglich geschmacklosen und geschichtsvergessenen Vergleiche mit dem Holocaust, die nicht erst seit diesem Samstag bei den Corona-Protesten zu beobachten sind. Wer sich als Impfgegner den gelben „Judenstern“ anheftet, um gegen eine scheinbare Unterdrückung zu protestieren, der verharmlost auf schändlichste Weise die Judenverfolgung durch das Nazi-Regime. Wer sich derart in eine Opferrolle hineinstilisiert, der verhöhnt die Opfer des Rassenwahns. Wer die Pandemie-Bekämpfung in einer Demokratie, in der Meinungsfreiheit für alle garantiert ist, mit systematischer Unterdrückung, Verfolgung und Völkermord unter einer Diktatur auf eine Stufe setzt, der hat aus der Geschichte nichts gelernt.

Die immer radikalere Rhetorik und die jetzt erstmals offen zur Schau gestellte Bereitschaft zur militanten Radikalität zeigt, dass sich die Coronaverharmloser und Impfgegner völlig vergaloppiert haben. Es ist höchste Zeit, dass sich die Verantwortungsbewussten unter ihnen in klaren Worten und Taten von den Randalierern distanzieren. Wenn sie diese Eskalation stillschweigend akzeptieren, machen sie sich zu Mitläufern und, im schlimmsten Fall, zu Mittätern.

Pandemie der Wut

Polizei ermittelt nach Ausschreitungen
bei Corona-Demo

Von Maximilian Richard

Luxemburg. Auf der Place de la Constitution kam es am Samstag wohl zur ersten Eskalation. Demonstranten warfen Absperriegitter um, setzten sich über die CovidCheck-Regeln hinweg und stürmten den Weihnachtsmarkt bei der Gëlle Fra, auf dem am Nachmittag viele Familien mit Kindern anzutreffen waren.

Bei jenem Mahnmal, das eigentlich an die Kriegsoffer der vergangenen Weltkriege und damit auch die Zeit des Nationalsozialismus erinnert, enthüllten verummte Demonstranten ein Banner. Der CovidCheck wird darauf mit dem Judenster gleichgestellt, der menschenverachtenden Zwangskennzeichnung aus der Zeit des Dritten Reichs. Es waren nicht die einzigen geschichtsrevisionistischen Aussagen, die an diesem Tag zu hören oder auf Plakaten zu lesen waren. Und es blieb auch nicht die letzte Eskalation. Verletzte gab es nicht.

Laut der Polizei versammelten sich am Samstagnachmittag in der Innenstadt rund 2 000 Demonstranten, um ihren Unmut über die am Montag angekündigten Covid-Maßnahmen auszudrücken. Die Menge verteilte sich im Laufe des Nachmittags in der Innenstadt. Auch der Weihnachtsmarkt auf der Place d'Armes wurde gestürmt, nachdem verummte Personen die Absperungen weggerissen hatten. Die Polizei musste aus Sicherheitsgründen die Eingänge der Chamber versperren, weil sich die Lage dort zu spitzte.

Ein Teil der Demonstranten zog sogar vor die Privatwohnung von Premier Xavier Bettel (DP) und forderte dort lautstark dessen Rücktritt. Dabei kam es auch zu Sachbeschädigungen. Demonstranten zerkratzten einen Wagen und warfen offenbar mit Eiern gegen die Hausfassade.

Der Premier befand sich zu diesem Zeitpunkt nicht zu Hause. Es bestanden offenbar Befürchtungen, dass die Demonstranten ebenfalls

das Wohnhaus von Familienministerin Corinne Cahen (DP) aufsuchen würden. Laut Polizeiminister Henri Kox (Déi Gréng) wurde die Ministerin im Vorfeld aus Sicherheitsgründen aufgefordert, ihr Haus zu verlassen. Bereits am Dienstag hatten Bettel und Cahen ungebeten Besuch von einer kleineren Gruppe von Impfgegnern erhalten.

Initiatoren zeigen ihr Gesicht

Die Veranstaltung war nicht im Vorfeld angemeldet. In den sozialen Medien waren indes Aufrufe zu einem Treffen am Samstagnachmittag auf dem Glacis zirkuliert. Die Ankündigungen gingen stets mit dem Hinweis einher, dass die Organisatoren unbekannt seien. Am Samstagabend am Ende der Veranstaltung deuteten allerdings zwei Rednerinnen an, mutmaßlich Teil der Initiatoren zu sein.

Beide Frauen entstammen einer Gruppe von Aktivisten, die sich für das Durchführen eines Verfassungsreferendums einsetzt. Während die 53-jährige Chantal R. Teil des Comité d'initiative ist, das eine Unterschriftenaktion in den Gemeinden für das Referendum erwirkt hat, gilt die 26-jährige Jessica P. als aktive Unterstützerin der Kampagne. Auf sozialen Medien engagiert sie sich mit Videos und Aufrufen für das Referendum.

Am Ende der Demonstration betonte etwa Chantal R., dass die Aktion nicht „organisiert“ gewesen sei. Man habe einen Post in den sozialen Medien erstellt und sei über den großen Andrang überrascht gewesen. Die Demonstrationen sollen wiederholt werden, man wolle „versuchen“, dass die Aktionen zukünftig friedlich bleiben.

Beide Frauen äußerten sich in der Vergangenheit kritisch gegenüber der Covid-Politik. Chantal R. entschied sich gar laut einer RTL-Reportage Anfang des Jahres dazu, ihre Kinder aufgrund der Maskenpflicht in den Schulen im Homeschooling zu unterrichten.

Es liegt derweil nahe, dass weitere Mitglieder des Comité d'in-

itiative zu den Initiatoren oder zumindest zu den direkten Unterstützern zählen. So gehören Familienmitglieder von Chantal R. zu der Gruppierung. Des Weiteren riefen Mitglieder des Comité in den sozialen Medien aktiv zur Teilnahme an der Demonstration auf.

Grenzüberschreitungen

Gestern gab Polizeiminister Henri Kox Details über den Polizeieinsatz am Samstag bekannt. Er betonte, dass jedem Bürger das Recht auf Demonstration und freie Meinungsäußerung zustehe. Am Samstag seien allerdings von einem Teil der Teilnehmer Grenzen überschritten worden, die nicht zu tolerieren seien. Es sei zum Hass aufgerufen und Vergleiche zur dunkelsten Zeit der Menschheitsgeschichte gezogen worden. Menschen seien persönlich belästigt und es sei ihnen Angst eingejagt worden. Auch die Sachbeschädigungen seien inakzeptabel.

Kox sprach von einer „Radikalisierung“ in der Bewegung. Die Polizei habe Ermittlungen eingeleitet. Straftaten werden an die Justiz weitergeleitet. Strafrechtliche Konsequenzen sind somit sowohl für die Teilnehmer als auch die Organisatoren nicht ausgeschlossen. Die Polizei wolle nun die operativen Polizeimaßnahmen für solche Demonstrationen überarbeiten. Man wolle zukünftig besser gewappnet sein. Dafür sollen weitere Analysen durchgeführt werden.

Thierry Fehr, Directeur des opérations der Polizei, betonte indes, dass die Demonstration nicht angemeldet gewesen sei. Man habe über die sozialen Netzwerke davon erfahren und eine Risikoanalyse durchgeführt.

„Es gab bereits viele Demonstrationen während der Pandemie. Die waren bisher alle ziemlich friedlich. Wir wussten aber, dass die Demo am Samstag aufgeheizter werden könnte“, so Thierry Fehr. Deshalb sei auch ein größeres Polizeiaufgebot im Einsatz gewesen. Zahlen über die eingesetzten Beamten wurden indes nicht genannt. Aus den neuen Erkenntnissen durch diese Demonstration müssten nun Konsequenzen gezogen werden.

In der Tat finden seit einem Jahr in der Hauptstadt jedes Wochenende kleinere Demonstrationen gegen die Corona-Maßnahmen unter dem Namen „Saturday for Liberty“ statt. Sie sind bislang weitgehend friedlich verlaufen – ebenso wie die Marches blanches silen-

cieuses, die seit September im Zweiwochenrhythmus organisiert werden. Auch an diesem Samstag war eine „Saturday for Liberty“-Kundgebung geplant. Beide Gruppen schlossen sich schließlich auf der Kinnekswiss zusammen.

Die Organisatoren der „Saturday for Liberty“-Kundgebung gehörten derweil zu jenen Demonstranten, die bereits am Dienstag die Wohnhäuser von Corinne Cahen und Xavier Bettel aufsuchten.

„Es war keine klassische Demonstration, es gab keinen zuständigen Ansprechpartner für die Polizei. Es gab einen Aufruf über soziale Medien, dem viele Menschen nachgekommen sind. Es hat sich in kleine Gruppen aufgelöst, die Einzelinitiativen entwickelt haben, die man so nicht voraussehen konnte“, betonte Polizeigeneraldirektor Philippe Schrantz gestern.

Deeskalation und Gleichgewicht

Die Polizei habe ein Gleichgewicht finden und vor allem deeskalierend handeln müssen – besonders, als die Demonstranten den Christmarkt stürmten. „Wenn wir überreagieren, könnte das Panik oder Auseinandersetzungen auslösen, bei denen Unschuldige zu Schaden kommen“, betonte Philippe Schrantz. Polizeiminister Henri Kox betonte indes, dass die Polizei mehr Erkenntnisse über die Organisatoren des Protestes sammeln wolle. „Wir werden auch mit der Stadt Luxemburg Gespräche führen, wie die Demonstrationen künftig begleitet werden können.“

Die Krawalle in der Hauptstadt lösten zahlreiche Reaktionen aus. Premierminister Xavier Bettel reagierte gestern auf seinen Social-Media-Profilen. Er könne nicht akzeptieren, was sich am Samstag in der Stadt abgespielt habe. Meinungsfreiheit bedeute nicht, dass man Familien mit kleinen Kindern verängstigen dürfe, indem man einen Weihnachtsmarkt stürmt. Die Demokratie lasse sich nicht einschüchtern, so Bettel. Auch andere Politiker zeigten sich in den sozialen Medien bestürzt.

Die Demonstrationen könnten derweil zu weiteren politischen Diskussionen führen: Die CSV beantragte gestern beim Parlamentspräsidenten, dass Henri Kox sich zu Beginn der Parlamentssitzung morgen zu den Vorfällen äußert.

Ton der Corona-Kritiker in Luxemburg wird rauer

Premierminister Bettel hat sich in einer Regierungserklärung an Demonstranten gewandt, nachdem es bei Protesten zu Ausschreitungen gekommen war.

VON SOPHIA SCHÜLKE

LUXEMBURG „Demokratie wird nie vor einer Gruppe Gewaltbereiter in die Knie gehen, wir lassen uns nicht einschüchtern“, sagte Premierminister Xavier Bettel (DP) an diesem Dienstag in seiner Regierungserklärung im Parlament. Damit reagierte Bettel auf die teils krawallartigen, unangemeldeten Demonstrationen vom Samstagnachmittag im Zentrum der Hauptstadt. Bei zwei Demonstrationen auf dem Glacis und der Kinnekswiss hatten sich etwa 2000 Demonstranten versammelt. Einige verstießen gegen Covid-Zugangsregeln und versuchten zwei Weihnachtsmärkte zu stürmen, ohne den erforderlichen 3G-Nachweis zeigen zu wollen.

„Lassen Sie sich nicht instrumentalisieren von Aufhetzern, die unsere Gesellschaft zerstören wollen“, sagte Bettel jenen, die mit Covid-Regeln nicht einverstanden sind. Und: Freie Meinungsäußerung und Demonstrationsrecht seien in Luxemburg gegeben, kein Land habe das Parlament bei Covid-Regelungen so stark einbezogen wie Luxemburg. Bettel kündigte einen Aktionsplan gegen Radikalisierung und Polarisierung der Gesellschaft an. Als Konsequenz auf die Vorfälle aber wird die Polizei bei Demonstrationen verstärkt, und der Perimeter zum Demonstrationsverbot in der Innenstadt ausgeweitet, so Bettel weiter. Zahlreiche Abgeordnete verurteilten die Vorfälle ebenfalls.

Hintergrund der Proteste vom Samstag sind Verschärfungen, welche die Regierung vergangene Woche beschlossen hatte. So gilt 2G im Freizeitbereich, was Restaurants und Cafés, Sport- und Kulturaktivitäten

einschließt – drinnen oder draußen. Zudem soll ab 15. Januar die 3G-Regel am Arbeitsplatz Pflicht werden.

Die Polizei war am Samstagnachmittag mit einem größeren Polizeiaufgebot vor Ort. Die Demonstranten verhielten sich zunächst friedlich, steuerten dann auf den Wintermarkt bei der „Gëlle Fra“ zu, wo sie die Covid-Zugangs-Regeln missachteten, Absperrgitter lösten oder umwarfen. Es kam dabei zu leichten Ausschreitungen zwischen Teilnehmern und Ordnungskräften. Nachdem die Bürgermeisterin die Schließung des Marktes angeordnet hatte, verlagerte sich die Menge nach Polizeiangaben in verschiedene Richtungen und sorgte unter anderem für Unruhe nahe dem Bahnhofsviertel, wo der Wintermarkt der „Place de Paris“ aus Sicherheitsgründen vorübergehend geschlossen wurde, und für Behinderungen im Straßenverkehr.

Als die Demonstranten die Abgeordnetenkommission ansteuerten, sperrte die Polizei die Eingänge. Einige Demonstranten tauchten danach vor der privaten Wohnung des Premierministers auf. Dort hatte es bereits am Dienstag, wie auch vor der Wohnung von Familien- und Integrationsministerin Corinne Cahen (DP), eine kleine Ansammlung gegeben. Die beiden Politiker hatten ihr Zuhause vor der Demo vorsichtshalber verlassen, so die Polizei später. Henri Kox (déi gréng), Minister für Innere Sicherheit, betonte am Samstag, dass es natürlich ein Recht auf freie Meinungsäußerung gebe, verurteilte mutwillige Zerstörungen von Eigentum und Einschüchterungsversuche öffentlicher Personen aber aufs Schärfste.

Die Debatte um die Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie hat in den vergangenen Tagen und Wochen in Luxemburg einen neuen Höhepunkt erreicht, in welcher der Ton insgesamt rauer zu werden scheint. So hatte beispielsweise ein Abgeordneter der rechtspopulistischen Partei ADR, nach einem Bericht des Luxemburger Wort ein bekennender Impfgegner und chronischer Maskenverweigerer, in einer Telegram-Gruppe mit dem Namen „NëtgepiktLU2.0“ die an ihn gerichteten Fragen eines Journalisten veröffentlicht, inklusive dessen privater Telefonnummer. Nach Medienberichten hat der Journalist daraufhin Drohungen erhalten. Die Journalistenvereinigung ALJP und der Präsident der Chamber verurteilten das Vorgehen.

Nicht zuletzt hatten einige der Demonstranten am Samstag Schilder bei sich getragen, auf denen die Situation der Impfgegner mit dem Leid der Juden im Zweiten Weltkrieg gleichgesetzt wurde und die 3G-Regeln mit einem Judenstern versehen waren. Bettel hatte dies am Samstag in einer Erklärung auf Facebook verurteilt: „Meinungsfreiheit bedeutet nicht, dass man den Holocaust verharmlosen darf.“ Die Luxemburger Fondation pour la Mémoire de la Shoah (Stiftung zur Erinnerung an die Shoah) kritisierte ihrerseits am Montag in einer Pressemitteilung: „Wir verurteilen die Hinweise auf die Nazizeit und die Verwendung des Judensterns während dieser Demonstration aufs Schärfste.“ Die Verwendung dieser Symbole trage bewusst zur Verharmlosung der Shoah bei.



Luxemburgs
Premierminister
Xavier Bettel

FOTO: MATTHYS/AP

Bettel zu eskaliertem Protest: Darf sich nicht wiederholen

Luxemburg (dpa) - Luxemburgs Premierminister **Xavier Bettel** hat die eskalierte Kundgebung gegen Corona-Maßnahmen in Luxemburg-Stadt vom Samstag scharf verurteilt. "Intoleranz, Hass und Gewalt haben in Luxemburg keinen Platz", sagte er in einer Regierungserklärung am Dienstag im Parlament. Die Vorfälle vom Samstag dürften sich nicht wiederholen. Man akzeptiere nicht, dass Menschen unangemeldet durch die Stadt marschierten, zum Großteil die Corona-Maßnahmen ignorierten und eine Gruppe dann randalierte und den Weihnachtsmarkt stürme. "Wir lassen uns nicht einschüchtern."

Am vergangenen Samstag hatten sich laut Polizei rund 2000 Demonstranten in der Stadt versammelt, um ihren Unmut über angekündigte Corona-Maßnahmen kundzutun. Einige Personen warfen Absperrgitter um oder stiegen darüber, um auf den Markt zu gelangen. Ein Teil der Demonstranten war auch zur Abgeordnetenkammer gezogen, eine anderer Teil zum Wohnsitz des Premierministers.

Luxemburgs Minister für Innere Sicherheit, **Henri Kox**, hatte die mutwilligen Zerstörungen von Eigentum sowie jegliche Belästigungen und Einschüchterungsversuche bereits zuvor aufs Schärfste verurteilt. Auch andere Politiker zeigten sich bestürzt.

Bettel kündigte am Dienstag an, es werde ab diesem Wochenende eine abgegrenzte Zone in der Stadt geben, in der Demonstrationen stattfinden dürften. Wer außerhalb demonstrierte, begebe sich in die Illegalität. "Wir werden mit allen legalen Mitteln dafür sorgen, dass sich so etwas wie am Samstag nicht wiederholt", sagte er.

3G am Arbeitsplatz

Vom 15. Januar an dürfen nur Geimpfte, Genesene und Getestete arbeiten gehen

Luxemburg. Die Regierung, die Gewerkschaften und das Patronat waren sich einig, als sie zusammenkamen, um über die Umsetzung des 3G am Arbeitsplatz zu beraten: So kann es nicht weitergehen. Der Druck auf die Ungeimpften muss erhöht werden, wenn der Weg aus der Pandemie gelingen

soll. Und weil man sich über das übergeordnete Ziel einig war, fiel es auch nicht schwer, einen Kompromiss zu finden.

Umgesetzt wird das 3G ab dem 15. Januar, um all jenen, die noch nicht geimpft sind, die Gelegenheit zu geben, sich doch noch impfen zu lassen. Wer sich noch vor

dem 15. Dezember erstimpfen lässt, wird bis zum 15. Januar komplett geimpft sein und kann sich zurücklehnen. Zwar gibt es immer noch die Möglichkeit, sich testen zu lassen, doch es müssen PCR-Tests oder zertifizierte Schnelltests sein, deren Gültigkeit auf 48 beziehungsweise 24 Stunden re-

duziert wurde. Darüber hinaus müssen die Beschäftigten die Kosten für die Tests selbst tragen, es sei denn, sie lassen sich bis zum 15. Januar wenigstens erstimpfen. Dann übernimmt der Staat die Kosten für die Schnelltests bis zur Komplettimpfung. *mig*

Der Druck auf Ungeimpfte steigt

Corona-Tripartite: Sozialpartner finden Einigung zur Umsetzung des CovidChecks in der Arbeitswelt

Von Michèle Gantenbein

Im Kampf gegen die Corona-Pandemie werden die Schrauben angezogen. Der CovidCheck am Arbeitsplatz wird vom 15. Januar 2022 an obligatorisch. Die Entscheidung hatte die Regierung am Montag verkündet. Über das Wie hat die Regierung diese Woche mit den führenden Gewerkschaften CGFP, OGBL und LCGB und der Unternehmervereinigung UEL beraten und eine Einigung gefunden, die gestern vorgestellt wurde (siehe Kasten).

Arbeitsminister Dan Kersch (LSAP) sprach von einem „sehr starken Signal“ an die Gesellschaft. Die Regierung sei gezwungen zu handeln, wenn sie sich nicht wegen „non-assistance à société en danger“ schuldig machen wolle. Kersch bezeichnete den Weg, der nun beschritten wird, als alternativlos: 2G in der Freizeit, 3G am Arbeitsplatz, verkürzte Gültigkeit von PCR- und Schnelltests, strengere Regeln in den Schulen und im Gesundheitssektor.

Auf Freizeitaktivitäten kann man zur Not verzichten, auf die Erwerbstätigkeit nicht. Und so erhoffen Regierung, Gewerkschaften und Patronat sich von dem obligatorischen 3G-Regime, dass die Ungeimpften sich doch noch impfen lassen. Es sei, so Kersch, der „letzte Versuch, einen weiteren Lockdown und eine allgemeine Impfpflicht zu verhindern“.

Das 3G-Regime wird im neuen

Covid-Gesetz verankert, das nach dem 18. Dezember in Kraft treten wird, doch das 3G-Regime tritt erst am 15. Januar in Kraft, damit die Menschen noch die Möglichkeit haben, einen kompletten Impfzyklus zu durchlaufen. „Wer sich bis zum 15. Dezember erstimpfen lässt, muss sich wegen der neuen Regelung keinen Kopf machen und keine Unannehmlichkeiten befürchten. Der kann am 15. Januar ganz normal zur Arbeit gehen“, sagte Marc Hansen (DP), Minister für den öffentlichen Dienst.

Die Sozialpartner waren sich offenbar von vorneherein einig, dass am obligatorischen 3G am Arbeitsplatz kein Weg vorbeiführt, um aus der Pandemie herauszukommen. Hansen sprach von einem hochsymbolischen Moment und vom Beweis, dass es trotz Meinungsverschiedenheiten gelingen kann, eine weitere Spaltung zu verhindern. „Wir brauchen ein Land, das zusammenhält, und kein Land, das wegen dieser Maßnahme noch mehr brennt.“

Weil man sich in der Sache einig war, waren Kompromisse schnell gefunden. Für die Gewerkschaften war wichtig, dass die Arbeitnehmer keine disziplinarischen Maßnahmen oder Entlassungen befürchten müssen und für Personen, die sich aus medizinischen Gründen nicht impfen lassen können, Sonderregelungen gelten. Für die Arbeitgeberseite war wichtig, dass die Kosten für die Tests nicht von den Betrieben ge-

tragen werden müssen, der Covid-Check ohne zu großen Aufwand realisiert werden kann, die Betriebe keinen Lohn zahlen müssen, wenn Beschäftigte nicht arbeiten, und dass Arbeitgeber und -nehmer zu gleichen Teilen verantwortlich sind. Für beide Seiten war wichtig, dass die Umsetzung des 3G nun in einem klaren gesetzlichen Rahmen stattfindet und eine Vorlaufzeit gewährt wird, um sich an das neue Gesetz anzupassen.

„Auch für uns ist völlig klar, dass die Impfung die einzige Lösung ist, um aus dieser Krise herauszukommen“, sagte UEL-Präsident Michel Reckinger. Den geringen Erfolg des freiwilligen 3G in den Betrieben führte er vor allem auf die unklaren Ausführungsmodalitäten zurück. Reckinger begrüßte überdies die Möglichkeit, Listen zu führen mit den QR-Codes von geimpften und genesenen Beschäftigten, „so dass nur noch die kontrolliert werden müssen, die nicht geimpft oder genesen sind“.

Leichtes Bedauern äußerten lediglich Nora Back (OGBL) und Patrick Dury (LCGB). Sie hatten sich dafür eingesetzt, allen Arbeitnehmern kostenlose Tests zur Verfügung zu stellen. „Wir halten es für falsch, dass Arbeitnehmer zahlen müssen, um arbeiten gehen zu dürfen. Das ist sozial ungerecht“, so Nora Back. Positiv aber sei, dass die Tests kostenlos sind für all jene, die sich noch vor dem 15. Januar erstimpfen lassen. Der LCGB hatte kostenlose Tests für Geimpfte

und Ungeimpfte gefordert, „weil auch Geimpfte das Virus weitertragen können“, so Präsident Patrick Dury. Auch er bekräftigte: „Wir finden da nur heraus, wenn wir uns alle impfen lassen“.

Die Sozialpartner betonten mehrfach, dass der Sozialdialog in schwierigen Zeiten trotz Meinungsverschiedenheiten funktioniert. „Wir hätten uns allerdings gewünscht, dass die Regierung früher auf die Sozialpartner zugekommen wäre“, sagte CGFP-Präsident Romain Wolff. In Bezug auf die neue Homeoffice-Regelung im öffentlichen Dienst (vier Tage), meinte Wolff, dass diese Regelung überall dort umgesetzt werden sollte, wo es möglich ist.

● *Wir finden da nur heraus, wenn wir uns alle impfen lassen.*

Patrick Dury, LCGB

● *Es ist der letzte Versuch, einen Lockdown oder eine allgemeine Impfpflicht zu verhindern.*

Dan Kersch, Arbeitsminister

3G-Regeln am Arbeitsplatz

Das obligatorische 3G am Arbeitsplatz gilt für Angestellte und Selbstständige. Wer nicht geimpft oder genesen ist, darf nur am Arbeitsplatz erscheinen, wenn er oder sie einen gültigen PCR-Test (48 Stunden gültig) oder zertifizierten Schnelltest (24 Stunden gültig) vorweist. Die Tests müssen außerhalb der Arbeitszeiten durchgeführt werden. Die Kosten für die Tests müssen die Arbeitnehmer tragen, es sei denn, sie lassen sich noch vor dem 15. Januar erstimpfen. In dem Fall übernimmt der Staat bis

zum 28. Februar 2022 die Testkosten (ausschließlich Schnelltests) bis zum Zeitpunkt der Komplettimpfung. Die Regierung plant den Aufbau von flächendeckenden Testzentren.

Wer gegen die Regeln verstößt, muss Urlaub nehmen oder – als zweite Option – der Arbeit ohne Lohnfortzahlung fernbleiben. Entlassungen oder Disziplinarmaßnahmen sind verboten. Die Beschäftigten bleiben weiterhin krankenversichert. Für Personen, die sich aus medizinischen Gründen nicht impfen lassen können,

gelten Sonderregelungen. Für Lehrer gilt eine andere Regelung. Ihnen werden die Fehlzeiten auf dem Zeitsparkonto abgezogen. Bei leeren Zeitsparkonten werden Negativzeiten berechnet, die die Lehrer später aufarbeiten müssen.

Die Arbeitgeber dürfen eine Liste mit den QR-Codes der geimpften und genesenen Arbeitnehmer führen. Diese müssen also nicht jeden Tag von Neuem den CovidCheck durchlaufen und die Kontrolle beschränkt sich auf Beschäftigte, die nicht geimpft oder genesen sind.

Arbeitgeber und Arbeitnehmer sind

gleichermaßen für die Einhaltung der Regeln verantwortlich. Bei Zuwiderhandlung gelten für Privatpersonen Strafen in Höhe von 500 bis 1 000 Euro, Betriebe müssen mit Strafen von 4 000 bis 8 000 Euro rechnen. Die Höhe der Strafe für Selbstständige ist noch nicht geklärt.

Die Regierung verhandelt mit den Nachbarländern über eine mögliche Verlängerung der Homeoffice-Regelung für Grenzgänger, die am 31. Dezember endet. *mig*

„Wir haben eine gemeinsame Mission“

Die Regierung muss auch im zweiten Jahr der Corona-Pandemie vor allem Krisenmanagement betreiben, steht unter Dauerdruck und steckt im Umfragetief. Im revue-Interview spricht Premierminister Xavier Bettel zudem über den Ärger mit den Impfgegnern und über die kommenden Herausforderungen.

Herr Premierminister. Bei unserem letzten Interview vor einem Jahr haben Sie sich gewünscht, dass die Menschen sich impfen lassen und wir bald keine Maske mehr tragen müssen. Ihr erster Wunsch ging nur teilweise in Erfüllung, der zweite gar nicht. Was hätte anders gemacht werden müssen?

Alleine kann ich das Virus nicht ausbremsen. Schließlich haben wir es mit einer weltweiten Pandemie zu tun. Wir befinden uns in einer Situation, die äußerst unvorhersehbar ist und welche viele Todesopfer gefordert hat. In vielen Ländern sind die Intensivstationen der Krankenhäuser voll, und wie Sie schon sagen, tragen wir immer noch eine Maske. Wir haben in den vergangenen beiden Jahren sicherlich nicht alles richtig gemacht. Daher ist es auch wichtig, von außen einen Blick auf die Krise zu werfen, um sie zu analysieren und um daraus Schlüsse zu ziehen. Die Regierung hat deshalb eine unabhängige Studie bei der OECD in Auftrag gegeben. Ich denke nicht, dass irgendein Regierungschef in Europa bereits Erfahrungen mit einer Pandemie gemacht hatte. Wir versuchen, das Gleichgewicht zwischen so vielen Freiheiten wie möglich einerseits und nötigen Restriktionen andererseits zu halten. In Luxemburg ist die Rate der positiv getesteten Personen halb so hoch wie in Belgien und liegt unter der von Deutschland. Obwohl wir hierzulande noch sehr viele Freiheiten haben. Ich habe aber in den letzten rund 20 Monaten gelernt, dass man nichts versprechen kann.

Es gibt aber Länder wie Portugal und Spanien, die zu Beginn der Pandemie besonders hart

getroffen wurden...

...und die jetzt besonders hohe Impfquoten von 90 Prozent (Portugal) haben. Sie hatten aber auch zu Beginn eine besonders hohe Zahl von Covid-19-Verstorbenen aufgrund der Pandemie. Dies hat sich auf die Impfquote ausgewirkt. Andererseits war zum Beispiel in Rumänien die Zahl der Covid-Verstorbenen zuerst niedrig, bevor sie nach oben schnellte. Wir haben zurzeit eine Quote von gut 83 Prozent der impffähigen Bevölkerung und 73 Prozent von der Gesamtbevölkerung, die eine erste Dosis erhalten haben. Wir sind also noch nicht am Ziel angekommen. Erst kürzlich begegnete ich einem Paar, das mir sagte, Covid-19 sei lediglich eine Grippe. Dazu muss ich sagen, dass ich schon im Krankenhaus lag und fünf Tage lang um Luft rang. Die 25-jährige Tochter eines guten Freundes, eine Sportlerin, hatte letztes Jahr Covid und kann auch heute noch keinen Sport treiben. Ich besuchte Menschen im Reha-Zentrum, die an Long-Covid leiden. Ich sah einen Mann, der mit einer Sauerstoffflasche herumlief... Krankenpfleger konnten mir bestätigen, dass der Tod an Erstickung ein besonders schlimmer Tod ist. Und dann muss ich mir anhören, es sei alles „Fake“ ... Wir haben jedenfalls die gemeinsame Mission, diese Krise zu bewältigen.

Wie ist die anvisierte Impfquote ohne Impfpflicht zu erreichen?

Eine Impfpflicht sollte der letzte Ausweg sein. Sie ist nicht ausgeschlossen. Ich hoffe aber noch immer, dass die Menschen verstehen, wie wichtig die Impfung für sie selbst ist, aber auch für die Menschen, die ihnen nahestehen und die sie gern-

Pouvoir exécutif

haben. In einem Impfzentrum traf ich Leute, die mir sagten, sie ließen sich jetzt impfen, weil sie an Weihnachten ihre Eltern sehen wollen. Andere meinten, sie hätten keine andere Wahl, da sie arbeiten gehen müssen und sie es sich nicht noch komplizierter machen wollen. Eine Person sagte, sie hätte bisher keine Zeit gehabt, eine andere, sie hätte einen Freund, der schwer erkrankt ist. Es gibt also hunderttausend verschiedene Gründe, sich impfen zu lassen. Und medizinische Fakten beweisen, dass die Impfung wirkt. Das Personal aus der Reha erzählte mir von Corona-Leugnern, die anschließend am Virus erkrankt sind. Andere haben sich nicht impfen lassen und waren noch auf dem Sterbebett davon überzeugt. Der Großteil der Leute meinte aber, dass sie sich hätten impfen lassen, hätten sie das von vornherein gewusst. Die Impfpflicht ist ein delikates Thema. Deshalb versuchen wir die Menschen von der Impfung zu überzeugen und sie dazu zu ermutigen. Aber vom Tisch ist die Impfpflicht nicht.

Manche lassen sich argumentativ kaum überzeugen. Die Situation ist anlässlich der Protestaktion gegen die Covid-Maßnahmen am Wochenende eskaliert. Einige Demonstranten sind sogar vor Ihrem Haus aufgetaucht.

Dass sie bei mir vor dem Haus erschienen, war nicht das Schlimmste. Ich bin Politiker und weiß, dass nicht jeder mit meiner Politik zufrieden ist. Für mich war das Schlimmste, dass die Allgemeinheit in ihrer Freiheit eingeschränkt war, dass sich Leute nicht mehr in die Stadt trauen und Eltern mit ihren Kindern den Weihnachtsmarkt meiden, dass Vergleiche mit dem Holocaust gezogen wurden, indem einige Demonstranten einen gelben Stern trugen – eine Beleidigung für die sechs Millionen jüdischen Opfer – oder, dass die Gëlle Fra beschmutzt wird, ein Monument der Freiheit, Journalisten angegriffen werden, wenn sie etwas schreiben, was manche nicht gern lesen. All das ist für mich nicht akzeptabel.

Haben sich diese Tendenzen radikalisiert und ist die Stimmung im Laufe der Pandemie aggressiver geworden?

Ich akzeptiere es, wenn Menschen anderer Meinung sind als ich, auch wenn wissenschaftlich und medizinisch bewiesen wurde, dass sie falsch liegen. Aber dass sie die Grenzen von Hass und Gewalt überschreiten – das geht nicht. Ich akzeptiere auch, wenn Leute die Nase voll haben, doch so geht es nicht nur ihnen, sondern hundert Prozent der Menschen haben die Nase voll. Niemandem gefällt es, wenn die Freiheiten eingeschränkt sind. Die jungen Leute, die ihre Jugend nicht ausleben dürfen, die Älteren, die keine Zeit mit den Menschen verbringen können, die sie gerne sehen würden. Wir können über alles

reden. Aber dass diese kleine Minderheit mit Hass und Gewalt vorgeht und die düstersten Zeiten der Geschichte verharmlost, das akzeptiere ich nicht. Und das ist ein Zeichen der Radikalisierung. Man darf in Luxemburg demonstrieren. Deshalb haben wir nun Zonen festgelegt, wo demonstriert werden darf. Wenn aber jemand an einer solchen Demonstration teilnimmt, bei der die Gëlle Fra beschmutzt wird, der Weihnachtsmarkt gestürmt wird und Dinge zerstört werden, dann heißt das, dass er deren Aktionen zumindest indirekt unterstützt.

Was sagen Sie dazu, wenn die Polizei nicht eingreift, wenn zum Beispiel die Maskenpflicht nicht eingehalten wird?

Die Polizei hat erklärt, dass sie eine Strategie der Deeskalation verfolgt. Wenn dann jeder Verstoß gegen die Maskenpflicht geahndet wird, so birgt dies Konfliktpotenzial. Sie machen die Leute auf die Maskenpflicht aufmerksam. Es gibt aber einen Unterschied zwischen einer Demonstration, bei der die Maskenpflicht nicht eingehalten wird, und einer Demonstration, bei der etwas zerstört wird.

Zu beobachten ist in vielen Ländern eine Polarisierung der Gesellschaft und der Politik. Populisten haben seit Jahren Zulauf. Eine Gefahr für die Demokratie?

Für mich ist die Demokratie nicht in Gefahr, solange wir sagen, dass sie für uns wichtig ist. Das gilt auch für viele, die demonstrieren gehen. Man sollte sie nicht mit jener kleinen randalierenden Minderheit in einen Topf werfen. Nicht jeder, der demonstriert, ist ein Randalierer. Das ist das Eine. Das Andere ist, dass tatsächlich eine Radikalisierung stattfindet. Nicht im Sinne einer religiösen oder politischen Radikalisierung, von der international oft die Rede ist. Es gibt aber eine bestimmte Autoradikalisierung, bei der die sozialen Medien eine große Rolle spielen. Wenn zum Beispiel den Inhalten auf Facebook mehr Gläuben geschenkt wird, als den Aussagen eines Arztes, Wissenschaftlers oder Journalisten. Deshalb bin ich auch für eine Orientierungsdebatte zum Thema im Parlament. Die Leute müssen mit der Realität konfrontiert werden. Und die Zweifler – ich weiß, dass das nicht möglich ist – sollten mal einen Blick in eine Intensivstation werfen. Die meisten, die dort an Covid sterben, sind nicht geimpft.

Ein anderes Thema: Die Luxemburger Wirtschaft wächst und wächst, auch in der Pandemie. Nächstes Jahr wird die CO₂-Steuer erhöht. Aber wie soll das Land seine Klimaziele erreichen?

Wir haben zum ersten Mal in der Geschichte unseren nationalen Energiebedarf der Haushalte durch erneuerbare Energien gedeckt. Wenn wir unsere Ziele erreichen wollen, müssen wir weniger produ-

Pouvoir exécutif

zieren und anders produzieren. In der Industrie und beim Bauen sehen wir, dass das, was gestern noch richtig war, heute vielleicht nicht mehr zeitgemäß ist. Klimaschutz bekommen wir nicht zum Nulltarif. Luxguard produziert jetzt zum Beispiel etwas ganz anderes, als sie vorher produziert haben. Es gilt, die Emissionen zu verringern. Das geht zum Beispiel im Verkehr durch Fahrräder und Elektroautos. Das ist eine ganz andere Qualität und eine neue Realität. Ich tue mich schwer damit, den Menschen Lektionen zu erteilen, wenn wir als Staat selbst unsere Hausaufgaben diesbezüglich noch zu machen haben. Zum Beispiel sind viele Dächer von staatlichen Gebäuden nicht so, wie sie sein sollten, und auch in Sachen Fotovoltaik muss hier noch einiges passieren. Ich gehöre nicht zu jenen, die der Auffassung sind, dass man den Menschen alles verbieten soll. Wir sollten sie motivieren und ermuntern mitzumachen. Deshalb werde ich auch im Januar den „Biergerrot“ präsentieren, der den Dialog fördern und uns aufzeigen soll, was die Bürger in Sachen Klimaschutz erwarten. Mich beschleicht nämlich hin und wieder das Gefühl, dass die Politik in dieser Thematik zögerlicher ist als die Bürger selbst.

Die Inflationsrate ist – auch aufgrund der hohen Energiepreise – momentan sehr hoch. Drückt dies auf die soziale Kohäsion?

Wir haben in Luxemburg noch immer das Glück, dass wir den Index haben, welcher als automatischer Mechanismus die Kaufkraft der Menschen hierzulande unterstützt und für einen gewissen sozialen Frieden sorgt. Das ist noch längst nicht in allen Ländern der Fall. Außerdem haben wir die Teuerungszulage angepasst und das Kindergeld rückwirkend indexiert. Der Regierung ging es darum zu schauen, wie man den Menschen, bei denen jeder Euro zählt, entgegenkommen kann. Gratis Essen in den Schulkantinen ist für viele Menschen eine immense Ersparnis.

Die sozialen Ungleichheiten wollen Sie also abfedern?

Zumindest belegen Studien, dass die Schere zwischen Arm und Reich durch die Krise nicht noch weiter auseinandergeht. Das war ein Risiko. Um die Inflation effektiv zu bekämpfen, bedürfte es sowieso europäischer Lösungen.

Die Wohnungspreise sind ein weiteres Element, das stark auf die Budgets der einzelnen Haushalte drückt. Sind diese mittelfristig überhaupt zu stabilisieren?

Ganz ehrlich gesagt: Die Preise von heute auf morgen zu reduzieren, halte ich für ein Ding der Unmöglichkeit. Ein erstes Ziel muss es sein, die Preisentwick-

lung auszubremsen und die starken Anstiege, die wir in den letzten Jahren gekannt haben, zu vermeiden. Dies geht nur in Zusammenarbeit mit den öffentlichen und privaten Bauträgern. Zurzeit werden viele größere Projekte umgesetzt. In Zukunft will der Staat auch verstärkt Wohnungen zur Miete anbieten, weil wir wissen, dass nicht jeder eine Wohnung kaufen kann. Dass wir in Zukunft Menschen, die mit Wohnungen oder Bauland spekulieren, zur Kasse bitten, ist nur ein weiteres Element. Hier kommt es allerdings zu einem Paradigmenwechsel: Die Regierung spricht nicht mehr nur darüber, wie in den vergangenen Jahrzehnten, sondern wir handeln. Aber die Wohnungsproblematik ist und bleibt eine der größten politischen Herausforderungen.

Wie gehen Sie eigentlich mit den im Raum stehenden Plagiatsvorwürfen um?

Ich konnte die letzten 22 Jahre ruhig schlafen und hatte ein ruhiges Gewissen. Ich habe niemanden getäuscht. Der Universitätsprofessor, der mich betreute, hat ja auch schon erklärt, dass er sich der kopierten Elementen der Arbeit bewusst war und meine Arbeit entsprechend schlecht bewertete. Aber die Arbeit bestand aus einem schriftlichen und einem mündlichen Teil – und im mündlichen Teil habe ich damals die Defizite des schriftlichen wettgemacht. Aber es war sicherlich keine Glanzarbeit. Es tut mir leid, dass dies zur Politikverdrossenheit beitragen kann. Aber die Bürger sollen meine Arbeit als Premierminister in den letzten acht Jahren bewerten und nicht das, was ich vor 22 Jahren als Student gemacht habe.

Die DP schneidet vielleicht auch deshalb bei der „Sonndesfro“ schlecht ab. Aber muss die Partei insgesamt den Kurs ändern?

Es wäre sicherlich falsch, aufgrund von Umfragewerten einen Zickzack-Kurs zu fahren und die eigene Politik vollständig umzukrempeln. So würde die Partei ihre Glaubwürdigkeit verspielen. Man darf nicht vergessen, dass wir uns aktuell in einer Krise befinden und es schier unmöglich ist, eine hundertprozentige Zustimmung zu erhalten. Es scheint, als würden in der Krise die traditionellen Parteien an Vertrauen verlieren oder stagnieren und kleinere hinzugewinnen. Das wird aber nichts an meiner politischen Linie ändern, die bleibt dieselbe. Im Oktober 2023 können die Wähler dann die Regierungsarbeit bewerten und entscheiden, ob sie den Bettel noch als Premierminister und die DP noch in der Regierung sehen wollen. Ich werde das Verdikt akzeptieren.

In Sachen Außenpolitik scheint es auf EU-Ebene immer schwieriger, gemeinsame Entscheidungen zu treffen, Stichwort Migrationspolitik.

Wie sehen Sie das?

In der EU wird seit einiger Zeit immer nach dem Prin-

Pouvoir exécutif

zip des „kleinsten gemeinsamen Nenners“ gehandelt, damit kommt man allerdings nicht sehr weit. Das gilt leider nicht nur in der Migrationsfrage.

Vor allem einige Länder, wie Polen und Ungarn, stellen sich in vielen Fragen quer. Wie kann man hier wieder vorankommen?

Erstens muss ich sagen, dass es ziemlich müßig ist, bei jedem zweiten Treffen immer wieder darauf hinweisen zu müssen, welche Regeln innerhalb der EU gelten und welche Werte zählen. Die EU ist nämlich vor allem sowohl ein Friedens- wie auch ein Werteprojekt. Wenn dann einige Länder versuchen, alle anderen Mitgliedstaaten zu erpressen, indem sie sagen: „Wenn sie uns bei den Menschenrechtsfragen auf die Füße treten, dann blockieren wir in Sachen Klima“, dann sagt das mir, dass wir ein Problem haben.

Sie kriegten mit Olaf Scholz jetzt einen neuen Kollegen...

Ja, ich kenne ihn bereits aus der Zeit, als er Bürgermeister von Hamburg war, und freue mich, ihn jetzt besser kennenzulernen. Aber ich möchte auch nochmals die außerordentlich gute Arbeit von Angela Merkel loben, mit der ich immer gut klargekommen bin und die es auf europäischer Ebene immer wieder geschafft hat, dass ein Konsens zustande kam.

Letzte Frage: Interviewen wir Sie in zwölf Monaten noch immer mit Maske?

Ich kann nichts garantieren, wie ich schon zu Beginn des Interviews erklärt habe. Es gibt einfach zu viele unbekannte Faktoren. Schauen Sie sich nur die unterschiedlichen Aussagen zur neuen Omikron-Variante an. Ich bin weder Arzt noch Virologe, sehe aber, dass zurzeit die Impfung das einzige Mittel ist, das wirkt.

Interview: **Stefan Kunzmann, Hubert Morang**



„Dass diese kleine Minderheit mit Hass und Gewalt vorgeht und die düstersten Zeiten der Geschichte verharmlost, das akzeptiere ich nicht.“

„Es gibt eine bestimmte Autoradikalisierung, bei der die sozialen Medien eine große Rolle spielen.“

„Ich konnte die letzten 22 Jahre ruhig schlafen und hatte ein ruhiges Gewissen. Ich habe niemanden getäuscht.“

Berlin ist gegen Grenzschließungen

Berlin. Außenminister Jean Asselborn und seine deutsche Amtskollegin Annalena Baerbock erwarten trotz der aktuellen Corona-Welle keine erneuten Grenzschließungen. Man arbeite mit Hochdruck daran, die Situation so unter Kontrolle zu bringen, dass Menschen Weihnachten auch grenzüberschreitend feiern könnten, sagte Baerbock nach einem Treffen mit Asselborn in Berlin. *dpa*

Die Chemie stimmt

In Berlin ist Jean Asselborn von Annalena Baerbock empfangen worden

Von Michael Merten

Es waren ereignisreiche Tage für Annalena Baerbock in den vergangenen beiden Wochen. Der sich verschärfende Konflikt mit Russland um die Ukraine lässt ihr keine lange Eingewöhnungsphase; seit ihrem Antritt als erste deutsche Außenministerin hat sie schon mehrere Auslandsreisen und intensive Austausche im Rahmen der EU-Außenminister hinter sich. Und doch bot ihr Tag 15 im neuen Amt eine Premiere, wie sie gestern bei einer Pressekonferenz mit dem luxemburgischen Chefdiplomaten Jean Asselborn in Berlin verriet:

„Lieber Jean, das ist mir eine besondere Freude, dich als ersten Gast hier in meiner Rolle als neue deutsche Außenministerin auf dieser Pressekonferenz, auf meiner ersten offiziellen Pressekonferenz hier im Auswärtigen Amt begrüßen zu können.“

Zuvor hatten sich Baerbock und Asselborn bei dem als Arbeitsbesuch angekündigten Treffen über die drängendsten diplomatischen Probleme der Gegenwart ausgetauscht, einen Rundgang durch das Ministerium gemacht – und ein gemeinsames Mittagessen im Auswärtigen Amt eingenommen. Eine Würdigung, die nicht jedem Besu-

cher zuteilwird.

Die Chemie stimmt

„Ganz im Sinne: Ehre, wem Ehre gebührt, denn seit 2004 bist du im Amt und damit der dienstälteste Kollege in der Europäischen Union“, würdigte die grüne Politikerin ihren Amtskollegen, den es 2004 nach seinem eigenen Amtsantritt sehr bald nach Berlin geführt hatte – damals war Joschka Fischer der erste grüne Außenminister (1998-2005). Er sei nicht nach Berlin gekommen, um ihr zu sagen, „wie es gemacht werden soll“, versicherte der 72-Jährige. Vielmehr sagte Asselborn: „Ich bin total überzeugt, dass mit deinem Engagement und auch mit deinem Enthusiasmus, dass du eine sehr gute deutsche Außenministerin werden wirst, die immer Europa im Blickfeld hat.“ Die 41-Jährige betonte, dass gerade seine langjährige Erfahrung „für mich persönlich ein großer Schatz“ sei. Im Gespräch mit dem „Luxemburger Wort“ bestätigte Asselborn später einen Eindruck, der sich bei der Pressekonferenz aufdrängte: „Die Chemie, die stimmt zwischen uns.“

Asselborn werde in der deutschen Hauptstadt dafür geschätzt, dass er ein Politiker mit Haltung sei, der Probleme auch mal aus-

spreche, aber zugleich mit extrem ausgleichendem Temperament vermitteln könne, so eine langjährige Beobachterin des politischen Berlins. Das komme dem Temperament von Baerbock entgegen, die „noch nicht so diplomatsprechverbogen“ sei wie manch ein Außenminister.

Eines der zentralen Themen ihres Austauschs waren die neuen Truppenbewegungen Russlands an der ukrainischen Grenze. „Meine Sorge ist groß“, bekundete Baerbock. „Aber das bedeutet umso mehr, dass man mit jedem Millimeter des eigenen Handelns in den Dialog treten muss.“ Die Parteien müssten an den Verhandlungstisch zurückkehren. Jüngst hatte der russische Präsident Wladimir Putin die NATO gewarnt, sein Land werde auf ein „aggressives“ Vorgehen des Westens in der Ukraine-Krise „mit adäquaten militärisch-technischen Maßnahmen antworten“. Asselborn hob hervor, dass er es in den 17 Jahren als Minister nie erlebt habe, „dass eine Warnung so deutlich ausgesprochen wurde“. Niemand strebe eine Eskalation an, doch Putin müsse berücksichtigen: „Diese wirtschaftlichen Sanktionen, die anstehen würden, wenn militärische Operationen zustande kämen, wären sehr,

sehr, sehr negativ für Russland.“

Zentrale Grenzfrage

Ein vor allem für Luxemburg zentrales Thema war und ist die Frage der offenen Grenzen. Unvergessen, so Asselborn, sei der März 2020, als Deutschland im Corona-Schock einseitige Kontrollen einführte und für große Irritationen sorgte. Offenbar hatte der Gast aus Luxemburg die Problemlage schon im Zwiegespräch eindrucksvoll geschildert, denn es war anschließend Baerbock, die vor den Journalisten sagte, „dass auf den Moselbrücken durch diese Grenzkontrollen wirklich der Pulsschlag zum Stocken gekommen ist und damit auch verdeutlicht hat, wie wichtig dieses kostbare Gut eines Europas ohne Binnengrenzen für uns in unserem Alltag, aber auch für zukünftige Generationen ist“.

Das sei eine Lektion für sie, daran zu arbeiten, „dass ein Europa ohne Binnengrenzen diesen Pulsschlag auf Ewigkeit immer schlagen lässt“, sagte Baerbock. Es komme auf eine enge Zusammenarbeit bei den großen außenpolitischen Fragen an. Es sei die Aufgabe der beiden Länder Deutschland und Luxemburg, als Brückenbauer zu agieren.

● Ehre, wem Ehre
● gebührt.

Annalena Baerbock



Vor ihrem Arbeitsessen tauschten sich Baerbock und Asselborn bei einem Spaziergang auf dem Dach des Berliner Außenministeriums aus.

Foto: MAE

„Sprechen mit einer Stimme“ über Grundrechte

DIPLOMATIE Annalena Baerbock empfängt mit Jean Asselborn ihren ersten Gast

„Ehre, wem Ehre gebührt“, meinte die deutsche Außenministerin Annalena Baerbock gestern, nachdem sie mit dem luxemburgischen Amtskollegen Jean Asselborn ihren ersten Gast in Berlin empfangen hatte. Der Doyen unter den EU-Außenministern versicherte seinerseits, er sei nicht gekommen, „um dir zu sagen, wie es gemacht werden soll“.

Jean Asselborn dürfte mehr Gefallen an der Grünen-Außenministerin haben als an deren Vorgänger, dem etwas spröde wirkenden Heiko Maas. Er sei „total überzeugt“, dass sie eine „sehr gute deutsche Außenministerin“ werde und begrüßte deren „Engagement und den Enthusiasmus“ auch für die europäische Sache. Denn: „Europa braucht ein Deutschland, das an Europa glaubt“, so der Luxemburger weiter, und Annalena Baerbock würde das verkörpern.

Nachdem Deutschland im ver-

gangenen Jahr wegen der Corona-Pandemie zeitweilig wieder Grenzkontrollen eingeführt hatte und der Verkehr über Mosel und Sauer hinweg erheblich erschwert wurde und zum Erliegen kam, habe „der Pulsschlag Europas aufgehört zu schlagen“, sagte die Außenministerin. Die Lektion sei, jetzt daran zu arbeiten, dass ein Europa ohne Binnengrenzen auf ewig diesen Pulsschlag schlagen lässt, meinte sie, womit sie wohl ausdrücken wollte, dass es nicht mehr zu solchen Grenzsicherungen kommen wird.

Deutlicher würdigte Annalena Baerbock hingegen „den leidenschaftlichen Einsatz“ Asselborns für die Rechtsstaatlichkeit und die Demokratie in der Europäischen Union und bedankte sich für dessen „klaren und deutlichen Worte“, mit denen der Luxemburger die Grundrechte der EU verteidige. In diesen Dinge würden

beide die gleiche Sprache und „mit einer Stimme sprechen“, meinte die Grünen-Politikerin. Der so Gelobte griff das Thema denn auch gleich auf, indem er auf die Lage in Polen und ein dort kürzlich verabschiedetes neues Gesetz über Medien verwies, das „inakzeptabel“ sei. Frieden und Stabilität in Europa ließen sich auf Dauer nicht durch Verträge absichern, sondern bräuchten unter anderem auch freie Medien und die Gewaltenteilung, so Jean Asselborn. „Illiberalismus ist Gift (...) weil hiermit der innere Zerfall der Europäischen Union vorangetrieben wird“, meinte der Luxemburger, weshalb der Einsatz für die Rechtsstaatlichkeit, so wie Deutschland und Luxemburg das sehen würden, ein „sehr, sehr wichtiger Punkt“ für die kommenden Generationen in diesem Jahrhundert sei.

(gk)



Foto: Pool/AFP/Omer Messinger

Außenministerin Annalena Baerbock empfängt den Doyen der EU-Chefdiplomaten, Jean Asselborn

Angst vor Omikron

Die hochansteckende Variante veranlasst die Regierung, die Regeln zu verschärfen

Luxemburg. Am Dienstag hat die deutsche Regierung eine Verschärfung der Corona-Maßnahmen angekündigt, gestern zog die luxemburgische Regierung nach. In Deutschland treten sie spätestens am 28. Dezember in Kraft, in Luxemburg am 25. Dezember – sofern die Gesetzesanpassungen am Freitag vom Parlament verabschiedet werden. Die Einschränkungen

betreffen den Horeca- und den Freizeitbereich. Hintergrund ist die Omikron-Variante, die sich wie ein Lauffeuer ausbreitet, wie das Beispiel London zeigt. Die Verschärfung der Regeln soll die Verbreitung bremsen, damit Krankenhäuser nicht überlastet werden, aber auch, um zu verhindern, dass zu viele Menschen auf einmal infiziert sind und in Quarantäne müs-

sen. Das könnte nämlich zur Folge haben, dass die kritische Infrastruktur wegen Personalausfall zusammenbricht: Spitäler, Rettungsdienste, Feuerwehr, Schulen, Betreuungsstrukturen. Man möchte Zeit gewinnen – für möglichst viele Boosterimpfungen und für weitere Erstimpfungen. 90 000 Booster-Einladungen sind Premier Bettel zufolge in den vergangenen

acht Tagen verschickt worden. Mit den Maßnahmen möchte man auch einen Lockdown oder Teillockdown verhindern. Derweil steigt auch der Druck auf die Regierung in puncto Impfpflicht. Mitte Januar soll Bettel zufolge diesbezüglich eine Entscheidung fallen. *mig*



Aus Sicht von Premierminister Xavier Bettel (DP) und Gesundheitsministerin Paulette Lenert (LSAP) sind verschärfte Maßnahmen unumgänglich, will man eine Katastrophe verhindern.

Foto: Guy Jallay

„Wir müssen auf die Bremse treten“

Wegen der hochansteckenden Omikron-Variante verschärft die Regierung die Regeln im Horeca- und Freizeitbereich

Von Michèle Gantenbein

Im Horeca- und Freizeitbereich gelten ab Samstag schärfere Corona-Maßnahmen, Mitte Januar soll die Entscheidung über eine sektorielle oder allgemeine Impfpflicht fallen. Das teilten Premierminister Xavier Bettel (DP) und Gesundheitsministerin Paulette Lenert (LSAP) gestern beim gemeinsamen Pressebriefing mit.

Hintergrund ist die Omikron-Variante, die sich in vielen Ländern wie Großbritannien, Dänemark und auch Frankreich rasant verbreitet. „Durch die Omikron-Variante verdoppelt sich die Zahl der Neuinfektionen alle zwei bis drei Tage“, sagte Premier Bettel. In Luxemburg ist die Lage derzeit noch ruhig. Stand gestern wurden hierzulande fünf Omikron-Fälle festgestellt, „aber wir wissen, dass Omikron in kurzer Zeit auch hier die dominante Variante sein wird“, so Bettel.

Was das bedeutet, sieht man in den Ländern, in denen die Variante bereits sehr präsent ist. Zu befürchten sind nicht nur eine Überlastung der Krankenhäuser und viele Tote, sondern auch, dass systemrelevante Bereiche wie das Gesundheitswesen wegen Personalausfall nicht mehr funktionieren. Dieses Horrorszenario will man nun mit verschärften Maßnahmen verhindern. Es geht darum, Kontakte zu reduzieren, große Menschenansammlungen zu vermeiden und zugleich einen

Lockdown oder Teillockdown zu verhindern.

Sperrstunde ab 23 Uhr

Im Horeca-Sektor gilt 2G (geimpft oder genesen) und ab 23 Uhr eine Sperrstunde. Personen ohne Boosterimpfung müssen zusätzlich einen Schnelltest machen (2G-plus). Für Freizeitaktivitäten und private Treffen gilt das 2G-Regime ab zehn Personen. Ab 20 Personen gilt das 2G-plus (geimpft oder genesen plus Schnelltest), außer für Personen mit einer Auffrischungsimpfung (2G). Die Testpflicht kann durch eine Maskenpflicht und die Zwei-Meter-Abstandsregel ersetzt werden. Aktivitäten mit über 200 Personen sind nur mit einem von der Santé genehmigten Sanitärkonzept erlaubt. Alle geplanten öffentlichen Feste zum Jahresende dürfen nicht stattfinden. Diskotheken bleiben geschlossen. In den Schulen gilt nach den Weihnachtsferien wieder die Maskenpflicht in den Klassenräumen. Zudem wird die Kinderimpfung für alle Fünf- bis Elfjährigen geöffnet.

Die Schnelltests sind in dieser Situation von zentraler Bedeutung. Bettel zufolge wird die Regierung deshalb über 7,5 Millionen dieser Tests kaufen. Die Maßnahmen bedeuteten eine erneute Strapazierung der Gesellschaft, sagte Bettel, seien aber notwendig, „weil wir verhindern möchten, dass die Situation vollends außer Kontrolle gerät“. Die neuen Regelungen gelten bis Ende Februar, können aber je nach Lage bereits vorher – in beide Richtun-

gen – angepasst werden.

Hilfen für Betriebe

Die Betriebe, die unter den neuen Maßnahmen leiden, allen voran der Horeca-Sektor, aber auch die Kultur- und Eventbranche, werden vom Staat finanziell unterstützt. Hier gelten nun wieder die Regeln vom vergangenen Winter – und das für die Monate Dezember, Januar und Februar. Details hierzu wird Mittelstandsminister Lex Delles (DP) heute oder morgen bekannt geben.

Xavier Bettel appellierte gestern an die Bevölkerung, sich vorsichtig zu verhalten, auf Schnelltests und das Tragen von Masken zurückzugreifen, Kontakte zu reduzieren, sich impfen zu lassen beziehungsweise sich die Auffrischungsimpfung zu holen, „weil sie den Schutz vor Omikron noch einmal deutlich erhöht“.

Gesundheitsministerin Paulette Lenert riet zudem den ungeimpften Genesenen zu einer Impfung, weil davon auszugehen sei, „dass ungeimpfte Genesene ein drei- bis fünffach höheres Risiko haben, sich erneut zu infizieren als Geimpfte“. Auch bei Impfungen, die länger als vier oder fünf Monate zurückliegen, sei der Impfschutz gering. Rezent geimpfte beziehungsweise geboosterte Personen hätten laut dem aktuellen Wissensstand einen etwa 70-prozentigen Infektionsschutz. Die Gesundheitsministerin weiß um das Unverständnis vieler Menschen, dass die Lage trotz Impfungen nicht gut ist und die Imp-

fungen nicht die erwartete Entspannung gebracht haben – und gab Erklärungen dazu: „Wir wissen, dass die Delta-Variante 40 Prozent mehr Neuinfektionen als die Vorgängervariante ausgelöst hat. Man kann sich also unschwer vorstellen, in welcher Situation wir ohne Impfung wären“, so Lenert. „Die Impfung hilft uns, ein gewisses Gleichgewicht zu behalten.“

Mit den neuen Maßnahmen möchte die Regierung in erster Linie die Vulnerablen schützen, aber auch die Zahl der Erst- und der Boosterimpfungen voranbringen. An die ganze Bevölkerung, ob geimpft oder ungeimpft, ging gestern der Appell, Vernunft walten zu lassen, auf die Bremse zu treten und Kontakte zu vermeiden, auch im Interesse des Gesundheitspersonals, das bereits jetzt stark gefordert sei.

Impfpflicht

Die Einführung einer sektoriellen oder allgemeinen Impfpflicht wird derzeit geprüft. Paulette Lenert steht einer Impfpflicht weiterhin kritisch gegenüber und hofft, dass es ohne gehen wird. Xavier Bettel hingegen meinte, er wolle bis Mitte Januar Klarheit haben, und die Regierung werde dann eine Entscheidung treffen. In Bezug auf eine vierte Impfung, meinte Lenert, warte man insbesondere die Entwicklung von neuen Impfstoffen ab und werde die neuen Erkenntnisse dann in die Entscheidungen einfließen lassen.

Infektionen steigen leicht

Nach einem leichten Rückgang in der vergangenen Woche ist die Zahl der Neuinfektionen zwischen dem 13. und dem 19. Dezember wieder leicht gestiegen, und zwar von 2 593 auf 2 727 Fälle, ein Plus von fünf Prozent. Am stärksten betroffen sind die Ungeimpften, in dieser Gruppe lag die Sieben-Tage-Inzidenz bei 723,08 Fällen pro 100 000 Einwohnern. Bei den Personen mit vollständigem Impfschutz erkrankten im Sieben-Tage-

Schnitt nur 288,43 Personen. Diese Zahlen gehen aus dem Wochenbericht der Santé hervor. Insgesamt lag die Sieben-Tage-Inzidenz bei 430 Fällen pro 100 000 Einwohnern, gegenüber 408 Fällen in der Woche davor. Am stärksten betroffen sind Kinder unter 14 Jahren. In dieser Alterskategorie stieg die Inzidenz um 16 Prozent und liegt jetzt bei 773 Neuinfektionen pro 100 000 Einwohnern.

In den Krankenhäusern ist die Si-

tuation fast unverändert. Die Zahl der Personen, die stationär aufgenommen werden mussten, stieg von 55 auf 58. Auf den Intensivstationen ging die Zahl der Covid-Patienten von 23 auf 22 zurück. Von den 58 hospitalisierten Patienten waren 28 nicht geimpft, von den 22 Patienten auf der Intensivstation waren 16 nicht immunisiert. Das Durchschnittsalter der Patienten, die im Krankenhaus behandelt werden mussten, lag laut dem Bulletin des Gesundheitsministeriums bei 64 Jahren (Vorwoche

56). Im Beobachtungszeitraum sind neun Personen an den Folgen einer Covid-Erkrankung gestorben.

Zwischen dem 13. und dem 19. Dezember konnten 40 755 Impfdosen verabreicht werden. 4 012 Personen wurden ein erstes Mal geimpft, für 2 890 war es bereits die zweite Dosis. Weitere 33 853 Personen wurden geboostert. 440 854 Einwohner gelten als vollständig geimpft, das entspricht einer Impfquote von 79,7 Prozent der Bevölkerung über zwölf Jahren. DS

Die Regeln ab dem 25. Dezember

– Im Horeca-Sektor gilt eine Sperrstunde ab 23 Uhr und das 2G-Regime (geimpft oder genesen). Personen ohne Boosterimpfung müssen einen Schnelltest machen (2G-plus).

– Für Freizeitaktivitäten und private Treffen bis zu zehn Personen gibt es keine Einschränkung. Ab elf Personen gilt 2G oder Maskenpflicht und Distanzregel. Ab 21 Personen gilt 2G-

plus, mit Ausnahme von geboosterten Personen (2G). Veranstaltungen mit über 200 Personen sind nur mit einem von der Santé genehmigten Sanitärkonzept erlaubt.

– Die geplanten öffentlichen Feste zum Jahresende finden nicht statt, Diskotheken bleiben geschlossen.

– In den Schulen gilt nach den Weihnachtsferien wieder die Maskenpflicht

in den Klassenräumen.

– Am Arbeitsplatz gilt ab dem 15. Januar das 3G-Regime. Wer kein Zertifikat vorweist, muss Urlaub nehmen oder unbezahlt zu Hause bleiben. Personen, die sich noch vor dem 15. Januar erstimpfen lassen, können sich bis zur Zweitimpfung kostenlos testen lassen.

– PCR-Tests sind 48 Stunden gültig, zertifizierte Schnelltests 24 Stunden.

– Im Gesundheitsbereich (Spitäler, Se-

nioreneinrichtungen) müssen Personal und Besucher zusätzlich zum Covid-Check einen Schnelltest vor Ort machen. Patienten müssen sich dem CovidCheck unterziehen oder einen Test vor Ort machen.

– Jugendliche ab 16 Jahren brauchen keine elterliche Einwilligung, um sich impfen und testen zu lassen. Bei Kindern unter zwölf Jahren reicht die Einwilligung eines Elternteils zum Testprogramm. *mig*

Entlastung für saarländische Pendler

Luxemburg und Deutschland verlängern ihr Abkommen zur Telearbeit bis Ende März 2022.

LUXEMBURG (sop/SZ) Luxemburg und Deutschland verlängern ihr Abkommen zur Telearbeit. Damit hat die Vereinbarung vom 7. Oktober 2020 zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und Verhinderung der Steuerhinterziehung weiterhin Gültigkeit. Das teilte das saarländische Finanzministerium am Montag mit. Die Vereinbarung betrifft vor allem die rund 50 000 Pendler aus Deutschland, die in Luxemburg arbeiten.

In der Verständigungsvereinbarung ist festgelegt, dass die Arbeitstage, an denen Grenzpendlerinnen und Grenzpendler aufgrund der Corona-Pandemie von zu Hause aus arbeiten, als Arbeitstage in

Luxemburg gelten. „Aufgrund der weiterhin angespannten pandemischen Lage, bleibt die Verständigungsvereinbarung mindestens bis zum 31. März 2022 bestehen“, teilte Finanzstaatssekretärin Anja Wagner-Scheid mit. Da es sich um eine „außergewöhnliche und befristete Maßnahme“ handle, werden die zuständigen Behörden Deutschlands und Luxemburgs die Entwicklung der Pandemielage demnach vor dem 31. März 2022 erneut beurteilen. Dann werde sich der eventuelle Fortbestand der Verständigungsvereinbarung entscheiden.

Luxemburgs Finanzminister Pierre Gramegna (DP) teilte am Dienstag mit: „Ich freue mich sehr über die

Verlängerung der Vereinbarung mit unseren deutschen Nachbarn und bedanke mich bei der deutschen Regierung für die gute Zusammenarbeit in der Covid-19-Krise.“ Die Verlängerung Sorge bei deutschen Pendlern und luxemburgischen Arbeitgebern weiterhin für die nötige Flexibilität und Planungssicherheit.

Die Vereinbarung verlängert sich automatisch vom Ende eines Kalendermonats zum Ende des nächsten Kalendermonats, wenn sie nicht von der zuständigen Behörde eines der Vertragsstaaten mindestens eine Woche vor Beginn des jeweils folgenden Kalendermonats gekündigt wird.

Verlängerung der Abkommen

Luxemburg hat mit den Nachbarländern Belgien, Deutschland und Frankreich eine Vereinbarung getroffen, die Ausnahmeregelung zur Nichtberücksichtigung der Telearbeitstagen bei der Festlegung der für Grenzgänger geltenden Sozialversicherungsvorschriften im Zusammenhang mit der Pandemie zu verlängern und zwar bis zum 30. Juni des kommenden Jahres. Eigentlich wäre diese am 31. Dezember ausgelaufen. Romain Schneider, Minister für soziale Sicherheit, betitelte diese Verlängerung als „eine starke Geste der Solidarität unserer Nachbarländer.“

55 Tage Homeoffice für Grenzgänger

Unternehmen fordern einheitliche Regeln für Arbeitnehmer aus dem Ausland

Luxemburg. Während es für in Luxemburg Lebende steuerlich gleich ist, ob sie im Büro oder zu Hause arbeiten, gelten für die 200 000 Grenzgänger aus den drei angrenzenden Nachbarstaaten unterschiedliche Regeln. Für belgische und französische Pendler sind ab dem 1. Januar 2022 einheitlich 34 Tage Homeoffice möglich, für deutsche Grenzgänger bislang nur 19 Tage. Überschreiten sie diese Schwelle, müssen sie die Lohnsteuer anteilig im Wohnsitzland abführen. Wegen der Pandemie und den verordneten Kontaktbeschränkungen, um die Ausbreitung von Covid-19 zu bremsen, ist diese Regelung bis Ende März außer Kraft gesetzt.

Wirtschaftsvertreter wollen Ausweitung

Laut einer kürzlich durchgeführten Mitgliederbefragung der Deutsch-Luxemburgischen Wirtschaftsinitiative (DLWI) empfin-

den 55 Prozent der Befragten die aktuell geltenden Regelungen zur Besteuerung und Sozialversicherungspflicht bei der Einführung betrieblicher Telearbeitsregeln als hinderlich. „Infolge der gemachten Erfahrungen denken 85 Prozent der befragten Unternehmen über eine Ausweitung der Telearbeit nach, wobei die Mehrheit der Rückmeldungen dazu einen Telearbeitskorridor von ein bis zwei Arbeitstagen pro Woche widerspiegeln“, stellt die DLWI im gestern veröffentlichten Umfrageergebnis fest. Da die verschiedenen Grenzgänger, die aus unterschiedlichen Ländern kommen, zu meist im selben Betrieb arbeiten, bringt die unterschiedliche Regelung eine „potenzielle Gefährdung des Betriebsfriedens mit sich“, wie die DLWI erklärt.

Früher war das Thema weniger wichtig; doch nach der Pandemie wird „Homeoffice“ nicht verschwinden. Für Arbeitgeber ist es

ein attraktives Angebot, das sie ihren Mitarbeitern machen können, und für diese bedeutet es mehr Flexibilität und weniger Stress und Zeitverlust durch die teils langen Anfahrtswege zur Arbeit. Verständlicherweise wünschen sich Arbeitnehmer und Arbeitgeber eine einheitliche Lösung – alle 200 Teilnehmer der Umfrage wünschen sich laut DLWI eine Erhöhung der Anzahl der Tage. 19 Arbeitstage pro Jahr, wie sie Grundlage für deutschen Grenzpendler ist, stehe einer sinnvollen Telearbeitsregel bei rund 44 Jahresarbeitswochen entgegen, so das Ergebnis der DLWI-Umfrage, auch weil nicht nur die Telearbeitstage in die 19-Tage-Regelung fallen, sondern ebenso Aus- und Weiterbildungstage oder Kundenbesuche im Ausland. Eine Anpassung der 19-Tage-Regel an die 25-Prozent-Regel, die bei der Sozialversicherungspflicht gilt, werde als zielführend empfunden, so die DLWI.

Das entspräche einer Ausweitung der Möglichkeit zum Homeoffice auf 55 Arbeitstage. Mehr als drei Viertel der Umfrageteilnehmer wünschen sich auch Änderungen an der 25-Prozent-Regel zur Sozialversicherungspflicht: Knapp die Hälfte der Antwortenden wünscht sich eine Erhöhung auf 45 bis 50 Prozent. „Als Folge der notwendigen Adaptionen der Arbeitsorganisationen in der Corona-Pandemie haben Arbeitgeber und Arbeitnehmer Erfahrungen mit der Telearbeit sammeln können“, so Stefan Pelger, Präsident der DLWI. Pläne von Arbeitgebern zur generellen Einführung von Telearbeitsregelungen für die Mitarbeiter würden aber durch die unterschiedlichen Regelungen für die drei Mitarbeiter-Gruppen erschwert.

Die Zeit bis Ende des ersten Quartals 2022 will nun die DLWI nutzen, um mit an einer einheitlichen Lösung zu arbeiten. MeM

Verfassungsrevision: Macht es doch wie in Irland oder Island?

Von Alex Bodry *

Ob Politiker oder Journalisten, allzu oft wird im Bezug auf die aktuelle Verfassungsdebatte die Luxemburger Praxis der Verfassungsrevision sehr kritisch beurteilt und mit großer Selbstverständlichkeit auf vermeintliche Erfolgsgeschichten im Ausland verwiesen.

Warum macht ihr es nicht einfach wie die Iren oder die Isländer? Die zeigen euch wie es richtig gemacht wird. So und nicht anders geht Verfassungsreform.

Dort geschah nichts im stillen Kämmerlein, dort wurden die Bürger aktiv an den Verfassungsreformen beteiligt und das positive Ergebnis blieb nicht aus.

Ich weiß nicht, wie intensiv sich diese Menschen tatsächlich mit der Materie auseinandergesetzt haben. Sicherlich haben sie in den letzten Jahren den einen oder andern kurzen Pressebericht zur Thematik flüchtig gelesen. Bürgerbeteiligung ist als Schlagwort ja in Mode und je weiter man diese Beteiligung vorantreibt, desto berauschender müssen die Erfahrungen sein, frei nach dem Motto: Der Weg ist das Ziel. Sich richtig damit beschäftigt haben sie sich wohl nicht, ansonsten lässt sich ihre Begeisterung für die Modelle von Irland und Island wohl kaum erklären.

Damit wir uns recht verstehen: In puncto Information, Erklärung und Debatte in Sachen globale Verfassungsrevision ist sicherlich zurzeit in Luxemburg noch reichlich Luft nach oben. Da muss noch was kommen! Dennoch kann ich nicht verstehen, wieso die von den Medien ständig kommentierten parlamentarischen Arbeiten über mehr als 15 Jahre hinweg, die Referendumskampagne und ihre Debatte von 2015, die Bürgerbeteiligung von 2016 mit abschließendem Hearing, systematisch klein geredet werden, ja wissentlich ignoriert werden. Noch nie wurde in der Vergangenheit bei einem Gesetzesentwurf das Fenster für Mitsprache so groß geöffnet wie bei der geplanten Verfassungsreform. Hier wurde

nicht in den letzten Jahren im Geheimen an einem Teufelswerk geschmiedet, noch fällt der Verfassungsentwurf plötzlich vom Himmel und mit der aktuellen Pandemie hat er schon rein gar nichts zu tun.

Fakt bleibt, dass eine Verfassungsänderung dieser Größe, ein juristischer Text dieser Komplexität selbstverständlich nicht jedermann spontan zugänglich ist, egal in welcher Sprache er verfasst ist. Das macht, bei allen pädagogischen Anstrengungen, eine Debatte nicht einfacher und lässt leider viel Raum für Falschinterpretationen, Unterstellungen und gezielte Demagogie. Mischt sich wie zurzeit auch noch Emotionalität in die Debatte ein, riskiert das Ganze zu einer reinen Vertrauens-, oder Glaubensfrage zu werden: Wem vertraue ich mehr, dem Pro-Lager oder den Kontras? Erinnern wir uns an das Referendum zum Europäischen Verfassungsvertrag von 2005, als auf der Zielgraden der damalige Premierminister Juncker sein politisches Schicksal mit dem Ja zum Referendum verbunden hat. Das alles hat mit einer sachlichen Auseinandersetzung mit Fakten und Texten reichlich wenig zu tun.

Das „Modell“ Irland: Der Berg gebar eine Maus

Die aktuelle irische Verfassung geht auf das Jahr 1937 zurück. Sie kann ausschließlich durch Referendum, nach vorherigem mehrheitlichen Parlamentsbeschluss in beiden Kammern, abgeändert werden. Seither gab es 40 Volksentscheide zu Verfassungsänderungen.

Als Modell wird die in den Jahren 2013 und 2014 eingesetzte Versammlung, eine Art Verfassungskonvent, angesehen, welche sich zu zwei Dritteln aus durch Los bestimmten Bürgern und zu einem Drittel aus Parlamentariern zusammensetzt. Ziel des Prozesses war eine grundlegende Reform der Verfassung. Im Endeffekt blieb es jedoch bei ganzen drei Fragen, die vom Parlament zurückbehalten und per Referendum entschieden wurden. Die gleichgeschlechtliche

Ehe wurde gutgeheißen, ebenso die Abschaffung des Strafdelikts der Blasphemie. Abgelehnt wurde der dritte Vorschlag, das Mindestalter für den Posten des Staatspräsidenten herabzusetzen.

Fazit: Ein Riesenaufwand, der schlussendlich zu zwei Änderungen führte, die schließlich per Referendum positiv entschieden wurden. Das geschah nach einer Kampagne, in der sich die große Mehrheit der politischen Parteien für diese Änderungen ausgesprochen hatten. In den Jahren 2016 und 2017 arbeitete eine Bürgerversammlung an verschiedenen Themen, welche schlussendlich zu einem Verfassungsreferendum zum Schutz des ungeborenen Lebens führte, welches per Referendum in der Aufhebung des Verbots von Abtreibungen mündete. Auch in diesem Fall hatte sich das Parlament im Vorfeld mehrheitlich für die Reform ausgesprochen.

In beiden irischen Beispielen handelt es sich demnach mitnichten um eine globale Verfassungsrevision, sondern um einige punktuelle Abänderungen der Verfassung, die inhaltlich von der Parlamentsmehrheit geteilt wurden. Es ist demnach auch unmöglich, mit Sicherheit festzustellen, inwieweit der partizipative Prozess das Endergebnis entscheidend beeinflusst hat. Der direkte Einfluss der Bürger auf den Verfassungstext ist jedenfalls mehr als bescheiden gewesen.

Das „Modell“ Island: revolutionärer Ansatz, Riesenflop im Ergebnis

Die Finanzkrise von 2008 hatte Island an den Rand des Ruins gebracht. Die Wirtschafts- und Sozialkrise führte auch zu starken politischen Umwälzungen. Die neu gewählte linke Regierungsmehrheit gab die Ausarbeitung einer neuen Verfassung in die Hände einer vom Volk direkt gewählten Verfassungsversammlung. Der von ihr ausgearbeitete Entwurf fand bei einem konsultativen Referendum eine Zweidrittel-Mehrheit. Allerdings lag die Wahlbeteiligung bei etwas weniger als 50 Prozent, was zu-

mindest Zweifel an der populären Idee aufkommen lässt, dass partizipative Prozesse das politische Interesse der Bürger an Entscheidungsprozessen merklich steigern würden.

Inhaltliche Kritik durch Experten und veränderte politische Stimmungen haben dazu geführt, dass der Verfassungsentwurf die notwendige parlamentarische Hürde nicht genommen hat. Das Experiment ist kläglich gescheitert. Island hat bis heute die alte Verfassung behalten. Nach mehr als zehn Jahren ist das Thema einer neuen Verfassung fast gänzlich von der politischen Agenda in Island verschwunden und die Mehrheit der Isländer scheint sich damit abgefunden zu haben. Mir ist schleierhaft, wie diese interessante, aber im Endeffekt auch deprimierende Erfahrung als Inspiration, geschweige denn als Vorbild für den Prozess der geplanten globalen Verfassungsrevision in Luxemburg dienen könnte. Sie bietet weder eine Garantie für die Qualität des Inhalts, noch für massive Zustimmung von den Wählern.

Bekenntnis zu einem „Modell Luxemburg“

Bei einer alles umfassenden Verfassungsreform, wie zurzeit in Luxemburg durchgeführt, gibt es kein nachahmbares ausländisches Modell. Wir werden unseren eigenen Weg beschreiten müssen. Das wurde in den letzten Jahren mit zahlreichen Konsultationen, konsultativen Referenden, der Aufnahme von Bürgervorschlägen und Informationskampagnen auch versucht.

Zum Abschluss sei daran erinnert, dass eine von der Abgeordnetenversammlung 2016 bei der Universität Luxemburg in Auftrag gegebenen Studie, aufgrund von Gruppendiskussionen von 60 repräsentativen, interessierten Bürgern, zum Ziel hatte, Erwartungen, Verständnis und Zustimmung für die geplanten Reformpunkte zu prüfen. Die veröffentlichte und kommentierte Studie hat im Kern die Richtigkeit des Reformansatzes bestätigt und eine generelle Tendenz

zur Zustimmung erkennen lassen.

Der bisher eingeschlagene Weg der Verfassungsrevision ist von Anfang an auf Abwägung und Vorsicht ausgerichtet, bestrebt das Bewährte zu erhalten und das Neue auf die Anpassung an die gesellschaftliche und politische Realität von heute und die Grundvoraussetzungen eines demokratischen Rechtsstaats zu beschränken. Es ist ein gemeinsamer Text, der von den vier größten Parteien, CSV, DP, LSAP und Grünen, getragen wird. Die

Abgeordneten der Piraten haben Zustimmung erkennen lassen. Déi Lénk haben sich beim Votum im Parlamentsausschuss enthalten. Eigentlich ist bloß die ADR gegen den Text. Der Revisionsvorschlag fußt in seinen vier Teilen auf dem größtmöglichen gemeinsamen politischen Nenner: Ein anspruchsvoller Kompromisstext, wie es sich für eine Verfassung gehört.

Der Autor ist Ehrenabgeordneter (LSAP) und ehemaliger Vorsitzender des parlamentarischen Verfassungsausschusses

Der Revisionsvorschlag

fußt in seinen vier Teilen auf dem größtmöglichen gemeinsamen politischen Nenner: Ein anspruchsvoller Kompromisstext, wie es sich für eine Verfassung gehört. Fakt bleibt, dass eine

Verfassungsänderung dieser Größe, ein juristischer Text dieser Komplexität selbstverständlich nicht jedermann spontan zugänglich ist, egal in welcher Sprache er verfasst ist.



GROSSHERZOGTUM LUXEMBURG
Botschaft in Deutschland

WIRTSCHAFT

Luxemburg rechnet mit Rekord-Wachstum

Neue Prgnose der OECD geht von plus 6,5 Prozent aus.

LUXEMBURG (tgbl) Die Prognosen für die künftige Entwicklung der Luxemburger Wirtschaft werden immer besser. Nachdem die EU-Kommission vor zwei Wochen ihre Erwartungen für das Großherzogtum hochgeschraubt hatte, war diese Woche die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) an der Reihe. Die Organisation erwartet nicht nur ein Rekordwachstum, sondern auch einen weiteren Rückgang der Arbeitslosenquote.

Bereits vor Monaten war die OECD überaus optimistisch, was die laufende Entwicklung der Luxemburger Wirtschaft anbelangt. Nach einer moderaten Schrumpfung (minus 1,8 Prozent) im Jahr 2020 soll die Konjunktur dieses Jahr um 4,8 Prozent und 2022 um 2,8 Prozent wach-

sen, schätzte sie damals.

Nun wurden die Prognosen noch weiter nach oben geschraubt. Mittlerweile geht die Organisation für dieses Jahr von einem Wirtschaftswachstum von satten 6,5 Prozent im Großherzogtum aus. Eine höhere Rate hatte Luxemburg zuletzt im Jahr 2007 verbucht. In den beiden folgenden Jahren rechnet die OECD nun mit Zuwachsraten von über drei Prozent.

Besonders deutlich hat die OECD derweil ihre Einschätzung der Entwicklung der Arbeitslosenquote in Luxemburg verbessert. Ging sie vor einigen Monaten noch davon aus, dass die Quote bis zum Ende dieses Jahres auf 6,4 Prozent steigen würde, so rechnet sie für dieses Jahr mittlerweile mit einem Rückgang auf 5,8 Prozent. Bis 2023 soll die Quote

dann weiter, auf 5,2 Prozent, fallen. Eine derart niedrigere Arbeitslosenquote hatte das Land (Eurostat zufolge) zuletzt vor mehr als acht Jahren gesehen.

Gute Ratschläge gibt die OECD der Luxemburger Regierung trotz der positiven Erwartungen: Je nach Sektor sei der Aufschwung unterschiedlich verlaufen, schreibt der Staatenbund. Es werde daher möglicherweise notwendig sein, verschiedenen überlebensfähigen Firmen (etwa im Tourismusbereich oder solchen, die von globalen Lieferstörungen betroffen sind) weiterhin gezielte Unterstützung zukommen zu lassen. Das starke Wachstum sei auch eine Gelegenheit für weitere Rentenreformen, so die OECD.

Erst vor zwei Wochen hatte auch die EU-Kommission ihre Prognosen für die Entwicklung der Luxemburger Wirtschaft hochgeschraubt. Sie rechnet mit einem Wachstum der Wirtschaftsleistung von 5,8 Prozent. Im Frühjahr hatte sie erst mit 4,5 Prozent gerechnet.

„Die Pandemie belastet die Konjunktur“

Luxemburgs Wirtschaft erweist sich als robust – das Wachstum bleibt mit vielen Ungewissheiten behaftet

Von Marco Meng

„Die Konjunktur in Europa schwankt zwischen Wachstumswellen und Wellen von Coronavirus-Infektionen“, veranschaulicht die Luxemburger Statistikbehörde Statec bei der Präsentation ihrer Konjunkturaussichten. Luxemburg ist eindeutig eines der Länder, welche die Gesundheitskrise im Jahr 2020 am besten überstanden haben. In diesem Jahr stieg die Beschäftigung um fast drei Prozent, was sich im nächsten Jahr wiederholen dürfte.

„Die Unternehmensumfragen zeigen bis Oktober weiterhin ein hohes Maß an Zuversicht unter den luxemburgischen Unternehmen, auch wenn die Industrie und das Baugewerbe, wie in der übrigen Eurozone, von Angebotsschwierigkeiten betroffen“, so die Statistiker. Die Arbeitslosigkeit dürfte darum nächstes Jahr auf 5,2 Prozent der Erwerbsbevölkerung sinken. Die Pandemie bleibt dabei die große Unsicherheit.

Die jüngste Verschlechterung der Gesundheitssituation könnte die Entwicklung verschlechtern. „Die Pandemie belastet die Konjunktur“, sagt dazu Statec-Direktor Serge Allegrezza. Gegenüber dem letzten Jahr, das von Pandemie und Lockdowns geprägt war, sind die Wirtschaftsaktivitäten im Land zwar dieses Jahr um sieben Prozent gewachsen. Ein Prozent mehr als die Weltwirtschaft in diesem Jahr wieder zugelegt hat.

Doch die Unsicherheit ist zurück. Was die Entwicklung 2022 betrifft, so hat das Statistikamt darum drei Szenarien entworfen. Im besten Fall steigt die Wirtschaftsleistung um fünf Prozent, im schlechtesten um 1,8 Prozent. Abhängig auch von der Situation der Welt-

wirtschaft. Am Wahrscheinlichsten wird nächstes Jahr das Wachstum 3,5 Prozent betragen, ein Prozent weniger als das voraussichtliche Wachstum in der Eurozone insgesamt. Welche Restriktionen in Luxemburg und bei den Handelspartnern zur Pandemiebekämpfung eingesetzt werden, wird ausschlaggebend sein. Lässt der Impfschutz bei weiteren Virus-Varianten nach, wird auch der Konsum abflauen und stattdessen, wie im letzten Jahr auch, die Sparquote anwachsen.

Risiko Pandemie

Bislang hat sich angesichts der anhaltenden Schwierigkeiten die luxemburgische Wirtschaft widerstandsfähig gezeigt. Mit zum Wachstum in diesem Jahr beigetragen habe auch das Homeoffice,

so Allegrezza, wodurch möglich gewesen sei, dass trotz Pandemie ohne Unterbrechung weitergearbeitet werden konnte. 2020 hatte die Wirtschaftsleistung (BIP) Luxemburgs um 1,8 Prozent nachgegeben. Was die Erholung im nächsten Jahr ebenfalls zu bremsen droht, sind die anhaltenden Probleme bei Angebot und Nachfrage, die zu Engpässen in den globalen Produktionsketten führen. Hinzu kommen die in die Höhe geschossenen Energiepreise, die nach Einschätzung der Statec-Analysten zwar im Laufe der nächsten Monate wieder zurückgehen, dennoch die Haushalte im Land kommenden Jahr voraussichtlich mit rund 220 Euro mehr belasten als dieses Jahr. Dass tendenziell die Energiepreise und vor allem die Strompreise steigen, liegt auch am System der Emissionszertifikate, die immer teurer werden und zum Beispiel bei der Verstromung von Erdgas eine Rolle spielen. Damit

nimmt auch der Inflationsdruck zu. Es wird erwartet, dass die Inflation in den Jahren 2021 und 2022 jeweils 2,5 Prozent erreicht und die Kerninflation auf über zwei Prozent steigt.

Eine positive Überraschung in diesem Jahr war, dass die Zahl der Firmenpleiten in Europa und in Luxemburg nicht explodiert ist. Die Maßnahmen zur Stützung der Unternehmen, so Allegrezza, hätten dazu ihren Beitrag geleistet und den Abschwung aufgefangen. Die öffentlichen Ausgaben waren im vergangenen Jahr unter dem Einfluss der Covid-19-Stützungsmaßnahmen mit plus 13 Prozent stark angestiegen. Tatsächlich befinden sich laut Statec die meisten Branchen in diesem Jahr im grünen Bereich, vor allem die Finanzwirtschaft, die gut lief, wie auch der luxemburger Außenhandel. In der Industrie ging es dagegen eher mäßig, während der Hotel-, Gaststätten- und Veranstaltungssektor arg durch die Pandemie gebeutelt ist. Das Insolvenzrisiko ist für Unternehmen außerhalb des Finanzsektors im letzten Jahr auf 32 Prozent gestiegen.

Teurer Diesel

Pandemie und Wirtschaftsentwicklungen hinterlassen ihre Spuren im Staatshaushalt, wo mit 2,5 Milliarden Euro im Laufe der ersten zehn Monate des laufenden Jahres 18,3 Prozent weniger Steuereinnahmen durch Unternehmen festzustellen waren als 2019. Aufgefangen wurde das durch die Investmentfonds im Land, die in dieser Zeit 1,3 Milliarden Euro Steuern zahlten – 24 Prozent mehr als 2019. Vor allem die Haushalte zahlten mehr Steuern, und die Mehrwertsteuereinnahmen nahmen

ebenfalls zu, so dass mit 16,3 Milliarden Euro die Steuereinnahmen in diesem Zeitraum sogar 17 Prozent über denen des letzten Jahres lagen und fast zehn Prozent über denen von 2019. Nach einem Defizit von 3,5 Prozent des BIP im Jahr 2020 dürfte der öffentliche Saldo nach den jüngsten Statec-Prognosen in diesem Jahr damit wieder nahe am Gleichgewicht liegen und 2022 auf 1,4 Prozent ansteigen. Für 2022 erwartet der Statec dann eine Verlangsamung der Einnahmen auf etwa acht Prozent. Bei den Staatseinnahmen ist auch ein „Paradigmenwechsel“ zu beobachten, da Kraftstoffe weniger zu den Einnahmen beitragen.

Nach einem Rückgang von 21 Prozent im Jahr 2020 gegenüber dem Vorjahr rechnen die Statistiker damit, dass sich die Treibstoffverkäufe im Jahr 2021 infolge der Einführung der CO₂-Steuer und der anhaltend geringeren Mobilität in der ersten Jahreshälfte stabilisieren. Inzwischen sind die luxemburger Tankstellen beim Diesel nicht mehr mit denen in Belgien wettbewerbsfähig: Während die Preise für Privatpersonen immer noch deutlich unter denen der Nachbarländer liegen, sind die Dieselpreise für gewerbliche Kunden in diesem Jahr um fünf Cent pro Liter höher als in Belgien.

● **Die Konjunktur schwankt zwischen Wachstums- und Infektionswellen.**

Statec-Konjunkturbericht

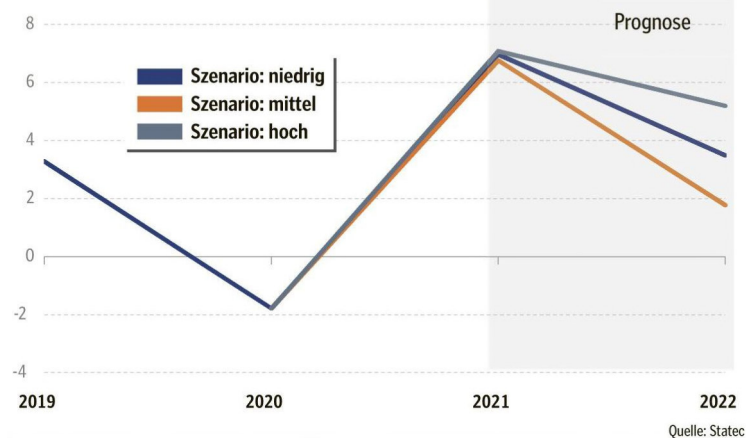
Globale Steuerreform

Im neuen Konjunkturbericht beschäftigt sich Statec auch mit den möglichen Auswirkungen der globalen Steuerreform auf große multinationale Unternehmen. Der von den G20 beschlossene Mindeststeuersatz von 15 Prozent würde eine Reihe von Unternehmen mit Sitz in Luxemburg betreffen, auf die 70 Prozent der von Unternehmen gezahlten Steuern entfallen. Statec hebt hervor, dass multinationale Unter-

nehmen ihre Aktivitäten ins Ausland verlagern könnten, was erhebliche negative Auswirkungen auf den Staatshaushalt und die Konjunktur ab 2023, dem Zeitpunkt des angekündigten Inkrafttretens der Reform, haben würde. Allerdings müssen die Details der Reform noch verhandelt werden. Im besten Fall könnte Luxemburg auch von zusätzlichen Einnahmen über fünf Milliarden Euro profitieren. *MeM*

Wachstum zwischen zwei und fünf Prozent

Jährliche Veränderung in Prozent



Lidl wächst und wächst

Die Supermarktkette will weitere Millionen in Luxemburg investieren und neue Filialen eröffnen

Von Nadia Di Pillo

Die Supermarktkette Lidl hat ehrgeizige Wachstumsziele in Luxemburg und plant eine Investition von rund 30 Millionen Euro. Der Discounter will 60 neue Arbeitsplätze schaffen und mehr lokale Produkte anbieten, sagte gestern Mediensprecher Julien Wathieu dem „Luxemburger Wort“.

Bereits seit 20 Jahren expandiert Lidl in Luxemburg; inzwischen hat der deutsche Discounter elf Geschäfte und beschäftigt 369 Mitarbeiter. „Wir sind mit diesen Zahlen sehr zufrieden und wollen uns noch weiter entwickeln um auf die steigende Nachfrage der Kunden zu reagieren.“ Bereits in den vergangenen Jahren hat der Discounter Millionen ausgegeben, um seine Läden zu vergrößern und schöner zu machen. Wo früher kühles Neonlicht und karge Einrichtung dominierten, sorgen immer öfter große Flächen, moderne Regale und ein wachsendes Angebot an frischem Obst und Gemüse für ein attraktiveres Ambiente. So auch in der Route de Beggen, in Luxemburg-Stadt: Der Umbau der Filiale ist abgeschlossen und am heutigen Mittwoch öffnet Lidl die Türen der neu konzipierten Verkaufs-

fläche. Diese wurde von 1 285 auf 1 710 Quadratmetern vergrößert, erklärt Mediensprecher Julien Wathieu. Diese Aufwertung soll „das Einkaufserlebnis der Kunden stark verbessern, indem wir mehr Platz, ein größeres Sortiment und einen besseren Kassenbereich anbieten. Zudem werden zehn neue Mitarbeiter das bestehende Team verstärken.“

Als nächste Etappe ist im Sommer 2022 die Eröffnung eines Geschäftes in Koerich geplant. „Die Verkaufsfläche beträgt 1 415 Quadratmeter, 108 Parkplätze stehen zur Verfügung. Darüber hinaus werden rund 25 Mitarbeiter einstellen.“ In einem dritten Schritt wird dann in Düdelingen die 13. Lidl-Filiale eröffnet. Die Bauarbeiten sollen Ende dieses Jahres beginnen, die Filiale mit einer Erdgeschossfläche von 1 249 Quadratmetern soll im ersten Quartal 2023 ihre Türen öffnen. „Es handelt sich hierbei um eine Premiere, nämlich ein kombiniertes Projekt: Im Obergeschoss werden Geschäftsräume zur Verfügung stehen, die zum Teil intern genutzt und zum Teil vermietet werden“, so Julien Wathieu.

Vom Hard- zum Smart-Discounter

Neben dem Aufhübschen der Filialen konzentrierte sich der Discounter demnach auch auf die Eröffnung neuer Filialen. „Die Idee ist nicht, dann man an jeder Straßenecke ein Geschäft errichtet, sondern dass man auf die Nachfrage der luxemburgischen Verbraucher reagiert und die Kundennähe in Einzugsgebieten aufbaut“, sagt Julien Wathieu und nennt zwei Beispiele. „Howald und Gasperich sind für uns zwei interessante Orte, die wir im Blick behalten, auch wenn wir derzeit noch keine konkreten Projekte ankündigen können.“ Generell habe die Supermarktkette im Großherzogtum eine gewisse Rolle zu spielen, denn „wir positionieren uns als Smart Discounter, der Frische und Qualität mit Effizienz und angenehmer Atmosphäre kombiniert und damit das beste Preis-Leistungsverhältnis garantiert.“ Als Smart Discounter lege Lidl Luxemburg hohen Wert auf Frische und die Nachhaltigkeit der Produkte. Trotz der umfassenden Umstellung bleibe der Lidl-Grundsatz unberührt: stets das beste Preis-Leistungsverhältnis für die Kun-

den zu bieten. „Es ist ein Wirtschaftsmodell, das sehr gut funktioniert“, behauptet Julien Wathieu. „Wir haben Filialen in Luxemburg und Belgien. Wir versuchen immer, Qualitätsprodukte in unserem Sortiment anzubieten. Für die großen Mengen können wir die Preise drücken.“ Lediglich zehn Prozent der Produkte seien „klassische Marken“, „diesen Service bieten wir unseren Kunden neben unseren eigenen Produkten weiter an“.

Auf den ersten Blick sieht die Welt des Discounters rosiger aus. Wer sich aber die digitalen Dienste anschaut, dem wird schnell klar, wie weit die Supermarktkette hinterher ist: „Für den Online-Shop gibt es in Luxemburg noch keine konkreten Pläne“, sagt Wathieu. In der Pandemiezeit haben viele Menschen erstmals Lebensmittel über das Netz bestellt. „Wir wissen, dass dies ein wachsendes Thema ist, wir behalten das natürlich im Auge, aber es gibt dazu kein kurzfristiges Projekt. Das heißt nicht, dass nie etwas passieren wird, aber unser Fokus bleibt derzeit auf die physische Präsenz.“

Kampf gegen den Weltraumschrott

Luxemburg investiert zehn Millionen Euro in die kanadische Weltraumfirma Northstar

Von Thomas Klein

Unendliche Weiten und Leere, so stellt man sich den Weltraum vor. Zumindest was den Erdboden angeht, ist das aber ein Bild aus der Vergangenheit. Immer mehr Satelliten umkreisen die Erde. Allein in den letzten 20 Jahren hat sich die Zahl dieser Flugkörper etwa verfünffacht. Mit dem Aufkommen der günstigen Nanosatelliten wird erwartet, dass bis zum Ende dieses Jahrzehnts Zehntausende weiterer Satelliten die Erde umrunden. Je dichter der Verkehr im Orbit, desto schwieriger wird es werden, Kollisionen zu vermeiden. Schon heute sind umherschwebende Einzelteile und Weltraumschrott ein wachsendes Problem für die Industrie. Denn bei den Geschwindigkeiten, mit denen sich Objekte in der Erdumlaufbahn bewegen, kann bereits ein Gegenstand in von der Größe eines Golfballes schwere Schäden anrichten. So wird geschätzt, dass derzeit bereits 750 000 unkontrollierbare Objekte die Erde umkreisen.

In Zukunft wird es also immer wichtiger zu wissen, welche Um-

laufbahn solche gefährlichen Gegenstände haben und wie Kollisionen vermieden werden können. Das kanadische Start-up Northstar Earth & Space will sich nun dieses Problems annehmen. Wurde der Weltraumschrott bisher in erster Linie von der Erde aus überwacht, will das Unternehmen aus Montreal eine Konstellation bestehend aus insgesamt zwölf Satelliten mit dem Namen Skylark aufbauen, die mithilfe von optischen Sensoren den Weltraummüll im Blick behalten. In erdnahen Umlaufbahnen kann das System Objekte bis zu einem Zentimeter Umfang ausmachen. „Machine Learning“-Software soll dabei helfen, die Bewegungen der Objekte vorherzusagen und deren Umlaufbahnen präzise zu bestimmen.

Potenzielle Kunden des Informationsdienstes sind Raumfahrtagenturen, private Weltraumfirmen oder Satellitenbetreiber, die verhindern wollen, dass ihre teure Ausrüstung im Weltall beschädigt wird. Aktuell habe man noch keine Kunden unter Vertrag, aber man sei im Gespräch mit etwa einem

Dutzend Interessenten, sagte Stewart Bain, der Gründer und CEO der Firma.

Europazentrale in Luxemburg

Zu den Investoren von NorthStar gehört neben der Space Alliance, an der unter anderem die französische Thales-Gruppe beteiligt ist, sowie den Regierungen von Quebec und Kanada jetzt auch Luxemburg. Wie das Wirtschaftsministerium gestern mitteilte, wird der Luxembourg Future Fund zehn Millionen Euro in der aktuellen Finanzierungsrunde von NorthStar investieren. „Die Investition in NorthStar fördert weiterhin das nachhaltige und kontinuierliche Wachstum und die Entwicklung der luxemburgischen Raumfahrtkompetenzen“, sagte Wirtschaftsminister Franz Fayot auf der Pressekonzferenz.

Gleichzeitig gibt das Unternehmen bekannt, dass es seinen europäischen Hauptsitz in Luxemburg errichten wird. Wo genau das Unternehmen seine Zelte im Großherzogtum aufschlagen wird, konnte Stewart Bain noch nicht sagen, aber im Laufe des ersten Quar-

tal des kommenden Jahres soll ein Büro bezogen werden. Bis zum Ende 2022 will North Star mindestens fünf Mitarbeiter in Luxemburg einstellen, in erster Linie im Vertrieb, aber auch Ingenieure und Datenwissenschaftler, um die Lösung des Unternehmens weiterzuentwickeln. Auch eine Zusammenarbeit mit lokalen Forschungsakturen sei avisiert. So seien bereits Gespräche mit der Universität Luxemburg, dem Luxembourg Institute of Science and Technology sowie der Geschäftsführung des Luxemburger Hochleistungsrechners Meluxina geführt worden, um mögliche Kooperationen auszuloten.

● Die Investition
● fördert die
Entwicklung der
luxemburgischen
Raumfahrt-
kompetenzen.

Franz Fayot, Wirtschaftsminister

Luxembourg Future Fund

Im Jahr 2015 legte das Großherzogtum den Luxembourg Future Fund (LFF) auf. Versetzt mit einem Kapital von 150 Millionen Euro soll der Fonds zur Diversifizierung der luxemburgischen Wirtschaft beitragen. Durch Finanzierungen und Beteiligungen sollen innovative Firmen in Luxemburg angesiedelt werden. Der Fonds wurde von der luxemburgischen Bank des öffentlichen Rechts, der Société nationale de crédit et d'investissement (SNCI), in Partnerschaft mit dem Europäischen Investitionsfonds (EIF) ins Leben gerufen.



Stewart Bain, Gründer und CEO von Northstar (r.), und Charles Sirois, der Präsident der Firma, verkünden gemeinsam mit Wirtschaftsminister Franz Fayot (l.) den Einstieg Luxemburgs in das Unternehmen.

Foto: Gerry Huberty

Stahlwerk Düdelingen wird umstrukturiert

Luxemburg. Der Reorganisationsplan von Liberty Steel für den Standort Liège macht auch eine Umstrukturierung des Stahlwerks Düdelingen notwendig. Am Mittwoch trafen sich deswegen Personalvertreter und Vertreter der Geschäftsleitung von Liberty Liège-

Dudelange im Luxemburger Wirtschaftsministerium, um gemeinsam das Urteil des Unternehmensgerichts in Liège über die Zukunft des Stahlstandorts zu analysieren, wie der LCGB am gestrigen Donnerstag mitteilte. Das Gericht in Belgien hatte letzte Woche dem Sanierungsplan des Unternehmens stattgegeben. Wie die Gewerkschaften mitteilten, einigten

sich die Geschäftsleitung und die Personalvertreter darauf, diese Reorganisation durch einen zwischen den Sozialpartnern auszuhandelnden Plan zur Aufrechterhaltung der Beschäftigung (PME) begleiten zu lassen. Das würde bedeuten, dass für die Zeit der Umstrukturierung keine betriebsbedingten Entlassungen möglich wären. *MeM*

Profitabler Kreislauf

Luxemburg möchte zu einem Vorreiter der „Circular Economy“ werden

Luxemburg. Rohstoffe gewinnen, Waren produzieren, konsumieren, wegwerfen – dann das gleiche wieder von vorne. So funktioniert unser derzeitiges Wirtschaftssystem überwiegend. Dass das nicht nachhaltig ist, weiß man seit langem. Dennoch tut sich die moderne Industriegesellschaft schwer damit, Alternativen zu dieser verschwenderischen Wirtschaftswei-

se zu entwickeln. Das Konzept der Kreislaufwirtschaft oder „Circular Economy“ soll zu einem effizienteren Umgang mit Ressourcen führen. Dabei werden Produkte von Beginn an so konzipiert, dass sie eine möglichst lange Lebensdauer haben, reparabel sind und einfach in ihre Bestandteile zerlegt wer-

den können, die dann wiederverwertet werden. Die Einsparpotenziale sind enorm. Schon im Jahr 2014 kamen Autoren einer Studie im Auftrag der Luxemburger Regierung zu dem Schluss, dass die Unternehmen im Großherzogtum bei konsequenter Umsetzung des Prinzips zwischen 300 Millionen und einer Milliarde Euro an Roh-

stoffkosten im Jahr einsparen könnten.

Dennoch bleiben die Betriebe bisher zurückhaltend dabei, Elemente der Kreislaufwirtschaft bei sich einzuführen. Um mehr Firmen von den Vorteilen des Systems zu überzeugen, hat die „Chambre de Commerce“ nun einen neuen Report veröffentlicht, der Luxemburger Firmen Ratschläge zur Umsetzung eines solchen Konzepts gibt und erfolgreiche Projekte in Betrieben erklärt. *ThK*

Den Kreislauf in Schwung bringen

Die „Circular Economy“ könnte Luxemburger Firmen Einsparungen in Millionenhöhe bringen

Von Thomas Klein

Nicht zuletzt die vergangenen Monate haben gezeigt, wie volatil die Rohstoffpreise sind und wie anfällig für externe Schocks. Gerade für eine kleine Volkswirtschaft wie Luxemburg, die zu weiten Teilen von Lieferungen aus dem Ausland abhängig ist, kann das schnell problematisch werden. Kein Wunder also, dass ein effizienterer Umgang mit Ressourcen ganz oben auf der politischen Agenda steht. Im Mittelpunkt dieser Überlegungen steht das Konzept der Kreislaufwirtschaft oder Circular Economy. „Das ist der Übergang von der gegenwärtigen linearen Wirtschaft, die darin besteht, Ressourcen zu extrahieren, (Waren) zu produzieren, zu konsumieren, wegzuerwerfen und wieder mit der Produktion durch die Gewinnung von Ressourcen zu beginnen, hin zu einer Kreislaufwirtschaft, in der wir Produkte am Ende ihrer Lebensdauer in einen neuen Produktionszyklus wiedereinführen“, erklärt Hoai Thu Nguyen Doan, Autorin eines Berichts der Chambre de Commerce zum Stand der Circular Economy in Luxemburg, der diese Woche veröffentlicht wurde.

Luxemburg als „Versuchslabor“

Die Luxemburger Regierung befasst sich schon lange mit dem Thema. 2014 wurde die erste Studie in Auftrag gegeben. Auf über 500 Seiten legte damals die EPEA Internationale Umweltforschung GmbH dar, welches Potenzial das Konzept für die Luxemburger Wirtschaft haben könnte. Demnach könnten die hiesigen Unternehmen bei konsequenter Umsetzung des Prinzips zwischen 300 Millionen bis zu einer Milliarde Euro an Rohstoffkosten einsparen.

Darüber hinaus könnten 2200 zusätzliche Arbeitsplätze entstehen, so die Studie. Trotz dieser Verheißungen sind die Unternehmen, abgesehen von einigen Pilotprojekten, bisher noch eher zurückhaltend, was die Umsetzung der Circular Economy angeht. „Da die Kreislaufwirtschaft eine relativ neue Disziplin ist, kann sie fälschlicherweise als eine Wirtschaftstheorie unter vielen wahrgenommen werden, die außerhalb von Konferenzsälen keine konkrete Anwendung findet. Dies gilt insbesondere für kleine Unternehmen mit begrenzten Ressourcen an Personal, Zeit und Geld“, so Nguyen Doan. Dabei könne von der Kreislaufwirtschaft jedes Unternehmen profitieren, „unabhängig von seiner Größe und seinem Tätigkeitsbereich.“ Laut der Studie von 2014 könnte der Ansatz beispielsweise dem verarbeitenden Gewerbe und dem Bausektor Ressourceneinsparung von etwa fünf Prozent bescheren. Daneben sei ein umweltfreundliches Image hilfreich dabei, neue Kunden und Mitarbeiter zu finden und an sich zu binden.

Im Februar verabschiedete die Regierung eine nationale Strategie für eine Kreislaufwirtschaft. Das Ziel sei es, „Bürgern und Märkten eine klare Vision und Orientierung zu geben“ und dem Großherzogtum zu ermöglichen, „sich als einer der Vorreiter auf diesem Gebiet zu positionieren“, schreiben die beteiligten Minister im Vorwort des Strategiepapiers. Auch die Chambre kommt in ihrer Veröffentlichung zu dem Ergebnis, dass das Großherzogtum aufgrund seiner offenen Wirtschaft, der zentralen geografischen Lage und kurzen Entscheidungswege ideale Voraussetzungen hat, um

eine Art Versuchslabor für innovative Geschäftsformen in der Kreislaufwirtschaft zu werden.

Für Unternehmen gebe es einige Ansätze, Elemente der Kreislaufwirtschaft bei sich einzusetzen, erklärt die Ökonomin Nguyen Doan bei der Vorstellung des Reports am Dienstagnachmittag. Zum einen sieht das Konzept des Ökodesign („éco-conception“) vor, dass das Kreislaufprinzip bereits bei der Entwicklung eines Produkts eine zentrale Rolle spielt. Die verwendeten Materialien und das Design werden von Anfang an so ausgewählt, dass das Produkt eine möglichst lange Lebensdauer hat, reparabel ist und am Ende seiner Verwendung zerlegt und wiederverwertet werden kann.

Neue Geschäftsmodelle

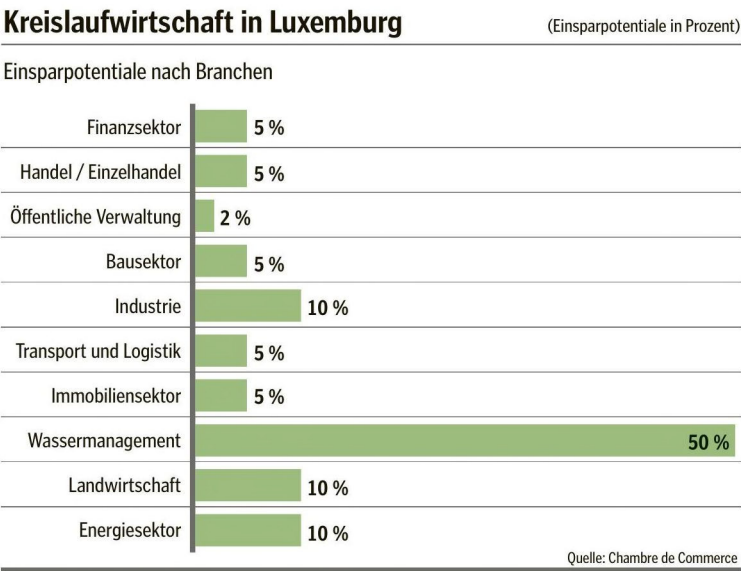
Zum anderen können sich mit der Circular Economy neue Geschäftsmodelle für die Unternehmen ergeben, sagt die Autorin. In vielen Bereichen geht es heute schon nicht mehr darum, eine Sache zu besitzen, solange man sie benutzen kann. So kaufen Konsumenten kaum noch CDs oder Schallplatten. Stattdessen bezahlen sie auf Plattformen wie Spotify dafür, Musik hören zu können. In der Software-Industrie ist das Modell als „Software-as-a-Service“ längst etabliert. Denkbar ist das Prinzip auch in der Industrie oder in der Baubranche, wo Hersteller von Komponenten diese nur für die Nutzungsdauer vermieten. Selbst bei Konsumartikeln wie Schuhen ist das Prinzip denkbar. Das Modell würde auch für die Industrie andere Anreize setzen: Statt Produkte so zu gestalten, dass sie nach ein paar Jahren den Geist aufgeben oder aus der Mode sind (geplante Obsoleszenz), würde eine Ware

mehr Gewinn bringen, wenn sie möglichst langlebig ist.

Die Vorteile eines solchen Systems liegen auf der Hand. Eine gewaltige Herausforderung wird es dennoch sein, die dafür notwendige Infrastruktur aufzubauen. Zum einen müssen entsprechende Datenbanken aufgebaut werden, in denen Unternehmen ihre Produkte, die sich im Umlauf befinden, erfassen und verwalten. Aus diesem Grund hat das Großherzogtum 2019 die Initiative „Product Circularity Datasheet“ ins Leben gerufen, der sich rund 50 Unternehmen aus zwölf Ländern angeschlossen haben. Das standardisierte Datenblatt soll den Informationsaustausch zwischen den Akteuren einer Wertschöpfungskette erleichtern. Daneben müssen die Unternehmen in die entsprechende Logistik investieren, die es ihnen ermöglicht, die Kreislaufwirtschaft optimal zu nutzen. Nguyen Doan sieht aber auch hier ein hohes Potenzial für Synergien. „So wird der Abfall eines Unternehmens zum Rohstoff eines anderen, während die Energie, die in einem Unternehmen anfällt, von einem anderen genutzt wird“, schreibt sie in der Studie.

● **Das jetzige System besteht darin, Ressourcen zu extrahieren, zu produzieren, zu konsumieren und wegzuerwerfen.**

Hoai Thu Nguyen Doan, Chambre de Commerce





GROSSHERZOGTUM LUXEMBURG
Botschaft in Deutschland

FINANZEN

Neues Verbriefungsgesetz mit Hindernissen

Luxemburg will als führender Standort seine Position ausbauen – das ist nicht ganz einfach

Von Marco Meng

Luxemburg ist der größte Verbriefungsmarkt Europas – und dürfte auch wegen des Brexit weiter stark wachsen. Unterstützt werden soll das durch eine Modernisierung des Verbriefungsgesetzes von 2004. Eigentlich wurde von der Branche ein Inkrafttreten noch dieses Jahr erhofft; nun dürfte es in der ersten Jahreshälfte kommenden Jahres so weit sein, nachdem im September die Handelskammer und letzte Woche der Staatsrat ihre Stellungnahme dazu abgegeben haben. Die Modernisierung des Verbriefungsgesetzes soll Marktteilnehmern neue Möglichkeiten bieten und gleichzeitig einen wirksamen Anlegerschutz gewährleisten, heißt es in der Einleitung zum Gesetzesentwurf (7825).

Seit Luxemburg am 22. März 2004 das Verbriefungsgesetz verabschiedete, wächst der Markt – auch in der Pandemie wuchs er mit unterschiedlichsten Assetklassen. Ende September 2021 gab es im Großherzogtum 1394 Verbriefungsstrukturen mit rund 9 000 Compartments, eigenständige Teilvermögen, die über eigene Wertpapiere finanziert werden. Das Volumen betrug Ende September mehr als 350 Milliarden Euro.

Während der Brexit für steigende regulatorische Risiken in Großbritannien und auf den Kanalinseln sorgt, die zuletzt gerade bei Verbriefungen ein gefragter Standort waren, suchen Investoren Sicherheit. Anders als in Luxemburg gibt es auf den der Krone unterstellten Kanalinseln keine Pflicht zur jährlichen Prüfung durch Wirtschaftsprüfer, Risiken können dadurch länger unerkannt bleiben. Von einer starken Zunahme der Anfragen berichtet Daniel Knobloch, Direktor von Fair Alpha in Grevenmacher. Der Finanzdienstleister setzt für Investoren und Asset-Manager Investmentideen und Handelsstrategien in investierbare und depotfähige Wertpapiere um.

Die Anpassungen im modifizierten Gesetz, erklärt Knobloch, sollen auf dem Markt Flexibilität und Rechtssicherheit erhöhen und gleichzeitig einen wirksamen Schutz für die Anleger gewährleisten. Das festige den Status Lu-

xemburgs als führender Standort im Verbriefungsmarkt. Die Änderungen werden laut Knobloch das luxemburger Verbriefungssystem nicht grundlegend verändern, sie „beseitigen jedoch Hindernisse, die die Strukturierung luxemburgischer Verbriefungstransaktionen mühsamer gemacht hatten.“

Allgemein gelten Verbriefungen als flexible, effiziente und kostengünstige Methode der Kapitalbeschaffung. Zusammengefasst ist eine Verbriefung eine Form der strukturierten Finanzierung, bei der gleichartige Vermögenswerte mit vorhersehbaren Cashflows oder zukünftigen Erlösen von einem Unternehmen an eine Zweckgesellschaft übertragen werden. Der Kaufpreis wird durch die Emission von Wertpapieren finanziert. Neben der klassischen Verbriefung von Krediten und Forderungen werden luxemburger Verbriefungen oft auch zur Optimierung von Asset-Management-Produkten genutzt.

Dabei werden luxemburger Verbriefungsgesellschaften grundsätzlich nicht reguliert. Eine Zulassung durch die CSSF ist nur dann erforderlich, wenn die Verbriefungsgesellschaft Wertpapiere regelmäßig an die Öffentlichkeit ausgibt – das trifft zur Zeit auf 29 Verbriefungsorganismen zu. Die Bilanzsumme dieser 29 von der CSSF zugelassenen Verbriefungsunternehmen macht 12,3 Prozent der gesamten Bilanzsumme der Verbriefungsorganismen aus.

95 Prozent der Verbriefungsstrukturen in Luxemburg haben eine Gesellschaftsform wie SA oder Sàrl; fünf Prozent haben eine Fondsstruktur. „Ein Verbriefungsfonds hat keine eigene Rechtspersönlichkeit und muss deshalb von einer Verwaltungsgesellschaft, die selbst eine Rechtspersönlichkeit sein muss, verwaltet werden“, erklärt Knobloch dazu. Entscheidender Unterschied zwischen den Verbriefungsformen ist die steuerliche Behandlung. In Zukunft sind auch Verbriefungsfonds angehalten, ihre Jahresabschlüsse zu veröffentlichen.

Was ist neu im neuen Gesetz?

Die Kreditaufnahme eines Verbriefungsvehikels war bisher nicht im

Gesetz erwähnt, was sich nun ändert. Die Refinanzierung einer Transaktion ist damit nicht mehr auf Wertpapiere beschränkt, sondern steht jedem Finanzinstrument offen wie Schuldscheine oder Darlehen. Zudem können künftig Verbriefungen in Form verschiedenster Gesellschaftsformen organisiert sein. Eine Verbriefungsgesellschaft hat eine eigene Rechtspersönlichkeit. Die Auswahl an Rechtsformen, die Verbriefungsgesellschaften nutzen können, wird durch die „société en nom collectif“, die „société en commandite simple“, die „société en commandite spéciale“ und die „société par actions simplifiée“ erweitert, die seit der Verabschiedung des Verbriefungsgesetzes im Jahr 2004 im luxemburgischen Recht neu eingeführt wurden. Damit wird die Verbriefung für Investoren wie Private-Equity-Häuser oder Family Offices attraktiver.

„Die aktive Verwaltung war bislang untersagt“, so Knobloch. „Diese interne Verwaltung kann nun vorgenommen werden, insofern die Finanzierungsinstrumente an die Öffentlichkeit ausgegeben werden.“ Die Möglichkeit für Verbriefungsorganismen, unter bestimmten Bedingungen ihre Vermögenswerte selbst oder durch einen Dritten aktiv zu verwalten, wird von der Handelskammer begrüßt. Sie bemängelt im aktuellen Gesetzesentwurf aber, dass die Möglichkeit für einen Verbriefungsorganismus, Kredite zu gewähren und eventuell die Bedingungen dafür festzulegen, nicht enthalten ist.

Staatsrat sieht Ausweitung kritisch

Der Staatsrat, der im Gesetzgebungsprozess eine beratende Funktion hat, aber auch über ein aufschiebendes Vetorecht verfügt, bemängelt einige unklare Formulierungen im Gesetzestext. Dass die Möglichkeit ausgeweitet werden soll, weitere Gesellschaftsformen für Verbriefungsstrukturen zu nutzen, sieht er kritisch. Die Beschränkung der Gesellschaftsformen war im ursprünglichen Gesetz 2004 damit begründet worden, dass „angesichts des Risikos, das den verbrieften Wertpapieren innewohnt, es wichtig ist, jedes Vehikel auszuschließen, das eine un-

begrenzte Haftung der Anleger für die von der Verbriefungsgesellschaft eingegangenen Verpflichtungen impliziert“.

Jetzt weist der Staatsrat darauf hin, dass eine solche unbegrenzte Haftung jedoch charakteristisch beispielsweise für offene Handelsgesellschaften ist. „Abgesehen von ihrem Argument der größeren Flexibilität erklären die Verfasser des Gesetzentwurfs nicht, warum sie

diese Gesellschaftsformen nun in die Liste der Gesellschaftsformen, die Verbriefungsgesellschaften annehmen können, aufgenommen haben“, so der Staatsrat.

Einige Gesellschaftsformen, die der Gesetzentwurf nun zulassen will, seien im Hinblick auf den Schutz der Anlegerinteressen problematisch: Spezialkommanditgesellschaften haben keine Rechtspersönlichkeit und die Komple-

mentäre haften unbegrenzt und gesamtschuldnerisch für alle Verbindlichkeiten; das Gleiche gilt für offene Handelsgesellschaften, bei denen die Gesellschafter unbegrenzt und gesamtschuldnerisch mit ihrem Privatvermögen haften.

Es ist also durchaus möglich, dass sich in den nächsten Wochen das neue Verbriefungsgesetz doch noch einige Änderungen erfährt.

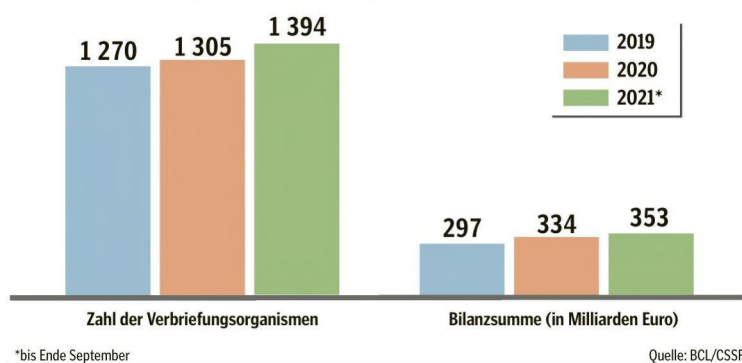
Neue Verordnung

Seit 2019 ist in der EU eine neue Verbriefungsverordnung anzuwenden. Demnach dürfen Kleinanleger nur unter engen Voraussetzungen in Verbriefungen investieren. Zudem dürfen Verbriefungszweckgesellschaften nur in solchen Drittstaaten ansässig sein, die gewisse

Mindeststandards in Bezug auf die Geldwäscheprävention und die Zusammenarbeit in Steuerangelegenheiten erfüllen. Wiederverbriefungen sind grundsätzlich verboten. Gebündelte Verbriefungen als handelbare Instrumente für immobilienbesicherte US-Darlehen lösten 2007 die Finanzkrise aus. *MeM*

Wachsender Markt

Die Zahl der Verbriefungsvehikel wie auch die gesamte Bilanzsummen nahmen auch 2021 zu.



Finanzbranche diversifiziert sich weiter

Immobilienfonds behaupten sich auch in der Pandemie gut – Kreditfonds entwickeln sich zur Bank-Alternative

Luxemburg. „Covid-19 hat die Liquidität von Immobilienfonds auf die Probe gestellt“, sagt Francisco Da Cunha, Leiter des Sektors Real Estate Tax and Infrastructure bei Deloitte Luxembourg und Co-Vorsitzender der Arbeitsgruppe ALFI REIF Survey. „Wir haben diese außergewöhnlichen Markteffekte untersucht und festgestellt, dass nur ein Prozent der befragten REIFs (Immobilienfonds, d. Red.) in den letzten zwölf Monaten mit Sondersituationen konfrontiert waren.“ Konkret heißt das: als die Börsenkurse wegen der Unsicherheiten in den Keller rutschten, wollten viele Halter von Fondsanteilen plötzlich ihre Anteile zu Geld machen und wieder verkaufen. Zwei Fonds haben deswegen vorübergehend die Rücknahme von Fondsanteilen aussetzen müssen. Die Mehrheit der Immobilienfonds wurde aber nicht mit einer Welle an Anteilsrücknahmen konfrontiert, wie aus einer gestern veröffentlichten Untersuchung zum Markt der Immobilienfonds des Luxemburger Fondsverbands Alfi hervorgeht. Dass die Fonds die Situation ohne Schwierigkeiten meistern konnten, sei ein Beweis für die Widerstandsfähigkeit des Luxemburger REIF-Marktes, so die Studie. Trotz der weltweiten Covid-19-Pandemie verzeichnete die Branche in den letzten zwölf Monaten einen Anstieg des von REIFs verwalteten Vermögens um 14,83 Prozent gegen-

über dem letzten Jahr auf 104,4 Milliarden Euro, als das Wachstum mitten in der Pandemie immerhin 10,54 Prozent zum Vorjahr betrug. „Wie in den Vorjahren wurden neue Fonds überwiegend von Initiatoren und Alternative Investmentfondsmanager aus Europa, hauptsächlich Benelux, Deutschland und Großbritannien sowie den USA aufgelegt“, erläutert Emmanuel Gutton, Direktor Recht und Steuern der ALFI. Dennoch scheint es während der Covid-19-Pandemie einen Rückgang neu aufgelegter Fonds gegeben zu haben, was der Verband weiter analysieren will.

Kleinere Fonds bilden weiterhin die Mehrheit der REIFs, mit 52 Prozent unter einem Fondsvermögen von 100 Millionen Euro. 50 Prozent der Fonds streben an, ihren Verschuldungsgrad unter 20 Prozent zu halten, während weitere 43 Prozent auf einen Verschuldungsgrad von unter 60 Prozent abzielen, was einen deutlichen Anstieg des Verschuldungsgrads im Laufe der Jahre bestätigt.

Fonds, die Kredite vergeben: Neue Anlageklasse wächst kräftig

Angetrieben von Regulierungen, die Banken auferlegt wurde, und Unternehmen, die nach Alternativen zum Bankdarlehen suchen, etabliert sich eine neue Anlageklasse: die Kreditfonds. Sie investieren entweder in Kredite („Loan

Participation“) oder vergeben selber Darlehen („Loan Origination“). Zusammen mit der Beratungsfirma KPMG stellte Alfi gestern auch die Ergebnisse der Untersuchung dieser Private Debt Funds vor, deren Vermögen im laufenden Jahr um 40,6 Prozent gegenüber 2020 gewachsen ist – auf insgesamt 181,7 Milliarden Euro. Dies baut auf dem Plus von 36,2 Prozent der Vermögenssumme für Private-Debt-Fonds 2019 auf.

„Private Debt-Fonds wachsen selbst schnell, aber sie stimulieren auch das Wachstum der Realwirtschaft“, erklärt Camille Thommes, Generaldirektor der Alfi. „Sie tragen zur Diversifizierung der Finanzierung bei und helfen dabei, Liquiditätsangebot und -nachfrage für Unternehmen aller Formen und Größen auszugleichen.“ Das mache diese Fonds zu einem Eckpfeiler der Initiative der Europäischen Kommission zur Kapitalmarktunion, so Thommes.

Ab 2022 tritt Basel-IV in Kraft: Die Verschärfung der Bankenregulierung wird zu weiteren Einschränkungen bei der Kreditvergabe führen und Kreditfonds weiteren Auftrieb schenken. *MeM*

● Sie stimulieren
● auch das
Wachstum der
Realwirtschaft.

Camille Thommes, Alfi-Generaldirektor

Drei Milliarden Euro für Klimaprojekte

ICBC bringt neue grüne Anleihe zum Thema Klimaneutralität an die Luxemburger Börse

Luxemburg. Die Industrial and Commercial Bank of China (ICBC) hat gestern eine weitere grüne Anleihe an der Luxemburger Börse gelistet, die in mehreren Währungen begeben wurde und auf Klimaneutralität ausgerichtet ist. Die Anleihe wird auch auf der weltweit führenden Plattform für nachhaltige Finanzen, der Luxembourg Green Exchange (LGX), gehandelt. Finanzminister Pierre Gramegna kommentierte: „Es ist besonders ermutigend zu sehen, dass die Anleihe sowohl die EU-Standards für grüne Anleihen als auch

die chinesischen Standards für grüne Anleihen anwendet. Der Klimawandel ist eine globale Herausforderung, die eine globale Zusammenarbeit erfordert.

Die Schuldverschreibung hat ein Emissionsvolumen von insgesamt drei Milliarden Euro und wurde von der Climate Bonds Initiative, der Hong Kong Quality Assurance Agency und Beijing Zhongcai Green Financing Consultant zertifiziert. Mit dem Erlös der Anleihe werden Projekte in Bereichen wie erneuerbare Energien, umweltfreundlicher Transport, Energie-

effizienz und nachhaltige Wasser- und Abwasserwirtschaft in China finanziert.

Unterstützung von Chinas Netto-Null-Ziel

Mit der Anleihe, erklärte die ICBC gestern, wolle das Institut zum Ziel Chinas beitragen, bis 2060 kohlenstoffneutral zu werden.

Die ICBC ist gemessen an der Marktkapitalisierung ein wichtiger Player auf dem chinesischen Finanzmarkt und eine der größten börsennotierten Banken der Welt. Die Bank sei bereit, ihre geballte

Stärke im Bereich grüner Finanzen zu nutzen und der Zusammenarbeit zwischen China und Luxemburg sowie zwischen China und der Europäischen Union im Bereich grüner Finanzierungen neuen Schwung zu verleihen, sagte Zhang Weiwu, Senior Executive Vice President der ICBC im zugeschalteten Live-Streaming aus der Zentrale in Peking.

An der LGX, an der 2007 der weltweit erste „green bond“ gelistet wurde, sind derzeit mehr als 520 solcher Anleihen von 130 Emittenten gelistet.

MeM

„Den Finanzmarkt demokratisieren“

Mit Freedom Finance startet ein neuer Online-Broker in Luxemburg

Von Nadia Di Pillo

Bei Börsengängen von aufstrebenden Unternehmen wie Twitter oder Amazon dabei zu sein, davon träumen viele Investoren in Europa. Denn immer noch ist der amerikanische Markt „the place to be“ für viele Anleger auf der ganzen Welt. Laut Daten des Finanzdaten-anbieters Refinitiv wurden seit Anfang des Jahrtausends noch nie so viele neue Unternehmen an der New York Stock Exchange (NYSE) und der Technologiebörse Nasdaq kotiert wie in diesem Jahr. Und: Die Newcomer haben so viel Kapital eingesammelt wie nie zuvor seit Beginn der Aufzeichnung im Jahr 1995. Obwohl sich die Zugangsmöglichkeiten in den vergangenen Jahren verbessert haben, gehen die meisten Europäer bei den IPOs (Initial Public Offering) an großen US-Marktplätzen leer aus.

Ein russischer Online-Broker will das ändern: Über die Handelsplattform Freedom24.com ermöglicht Freedom Finance den direkten Zugang zum Handel an den größten Börsenplätzen. Neben dem Kauf und Verkauf von Aktien auf den amerikanischen, europäischen und asiatischen Märkten bietet die Online-Plattform auch die Möglichkeit, an Börsengängen teilzunehmen. „Die Vereinigten Staaten sind nach wie vor eines der wichtigsten globalen Finanzzentren. Der US-Aktienmarkt ist sehr liquide und gut reguliert. Außerdem ist er eines der wichtigsten Tore zu Innovation. Für Anleger gibt es die beste Auswahl und die größte Bandbreite an Möglichkei-

ten und Investitionsideen“, erklärt Timur Turlov, Gründer und CEO des Unternehmens Freedom Holding, das über mehrere Tochtergesellschaften in Europa, Asien und den USA verfügt.

Freedom Finance wurde 2008 in Russland gegründet und hat sich in den vergangenen Jahren vor allem in den USA einen Namen gemacht. Mit einer Marktkapitalisierung von rund drei Milliarden Euro und weltweit über 220 000 Kunden hat das Unternehmen sich zu einem der wichtigsten Online-Broker der Welt entwickelt. Über die Plattform Freedom 24 führt sie laut eigenen Angaben „jeden Monat mehr als zehn Millionen Transaktionen für 290 000 Kunden aus“. Die Freedom Finance Holding ist selbst an der amerikanischen Börse Nasdaq gelistet.

Expansion in Europa

Nach dem Erfolg in den USA soll der europäische Markt nun besser bedient werden. Mit „gutem Kundenservice“ und „günstigen Preisen“ zielt der Online-Broker vor allem auf Kleininvestoren in ganz Europa ab. In Luxemburg startete die Plattform im Juni 2021. „Unsere Strategie ist es, den Finanzmarkt zu demokratisieren. Wir freuen uns, dass wir nun auch Kleinanlegern in Luxemburg die Möglichkeit anbieten, sich an vielversprechenden Unternehmen zu beteiligen.“ Im Benelux-Raum seien im Jahr 2021 mehr als 50 000 Transaktionen durchgeführt worden. „Wir zählen derzeit rund 3 000 Kunden. Wir hoffen, dass wir

nächstes Jahr mehrere Tausend Nutzer gewinnen können, vor allem auch in Luxemburg“, sagt Timur Turlov, der in Moskau im Finanzwesen tätig war, bevor er sein Unternehmen kurz nach der Finanzkrise von 2008 gründete.

Timur Turlov glaubt fest an den Wachstumsmarkt Europa und an die Vorteile seiner Plattform: Freedom Finance sei „der einzige in der EU ansässige Broker, der IPOs für Kleinanleger anbietet und Verbrauchern den Zugang zum Emissionspreis ermöglicht, bevor das Unternehmen an die Börse geht“. Die MindestEinstiegshöhe beträgt 2 000 Dollar. Die Provisionen für den Handel über die Plattform für IPOs liegen zwischen drei und fünf Prozent des Investitionsbetrags, unterstreicht die Firma. Um Kunden zu gewinnen, verlässt sich Timur Turlov auf die Relevanz und Genauigkeit der Analysen seiner Experten. „Unsere Analysten wählen erstklassige Unternehmen aus und geben Empfehlungen zu vielversprechenden IPOs. Wir informieren unsere Kunden über interessante Deals und helfen dabei, diese Chancen zu ergreifen.“ Seit 2012 haben die Analysten von Freedom Finance mehr als 215 IPOs empfohlen und das Unternehmen wurde von Bloomberg für seine Prognosegenauigkeit gut bewertet.

Büros in Deutschland und Zypern

Das Unternehmen erklärt, Freedom Finance Europe sei von CreditSafe mit A (sehr geringes Risiko) bewertet und von der Cyprus

Securities Commission reguliert. Es erfülle alle Anforderungen von MiFID II, „einem regulatorischen Rahmen, der ein höchstmögliches Maß an Anlegerschutz gewährleistet“. Außerdem sei Freedom Finance Mitglied der Association of Financial Markets in Europe (AFME).

„Wir versuchen für unsere Kunden vollständig digital zu sein. Wenn unser Kundenstamm stark wächst, werden wir über die Eröffnung von Filialen oder Büros nachdenken. Ziel ist es, unsere Kunden nicht nur online, sondern auch vor Ort zu unterstützen. Manchmal ist es notwendig, in jedem Land mindestens ein Büro vor Ort zu haben, um Unterstützung in der Landessprache leisten und die notwendigen Probleme lösen zu können.“ Das Unternehmen hat bereits eine Präsenz in Zypern, Deutschland und Griechenland aufgebaut, und „ist dabei, ein Büro in Großbritannien zu eröffnen“, sagt Turlov. Das soll nur der Anfang sein, die Expansion soll Schritt für Schritt erfolgen.

Die rasante Entwicklung des Online-Tradings und die Niedrigzinsen im Euroraum spielen ihm in die Karten. Es besteht die Gefahr, dass die Preise in der Eurozone dauerhaft steigen. „Die steigende Inflation ist möglicherweise nur temporär, aber auch das bezweifeln mittlerweile zahlreiche Notenbanken.“ Vom Sparer zum Anleger – das sei immer noch der beste Schutz vor langfristiger Inflation, betont er.

33 Jahre, Milliarden

Timur Turlov ist einer der 25 jüngsten Milliardäre der Welt: Forbes schätzt Turlovs Vermögenswert dank dem Erfolg seiner Firma auf 2,1 Milliarden Dollar. Laut eigenen Angaben gründete Turlov die Freedom Holding im Jahr 2008, noch vor seinem Hochschulabschluss. Er selbst ist Jahrgang 1987. So begann er etwa mit 16 Jahren, im Jahr 2003, als Junior-Trader in Teilzeit zu arbeiten. Damals soll er Schule und Arbeit kombiniert und bis Mitternacht gearbeitet haben, während die New Yorker Börse geöffnet war.

USA hängen EU als größter Finanzkunde Londons ab

Exporte von Finanzdienstleistungen nach Kontinentaleuropa schrumpfen

hip London – Die Vereinigten Staaten haben die EU als wichtigsten Zielort von britischen Finanzdienstleistungsexporten verdrängt. Wie einem Bericht des Branchenverbands The City UK zu entnehmen ist, gingen 34,2 (i. V. 30,2) % der Ausfuhren in die USA. Die Exporte in die EU verringerten sich auf 30,0 (34,3) %. Alles in allem sei das Volumen mit 82,4 Mrd. Pfund im Pandemiejahr 2020 stabil geblieben. Die Ausfuhren in die USA wuchsen um 5,3 %, während die Exporte in die Staatengemeinschaft um 6,6 % schrumpften.

Die City of London und die New Yorker Wall Street ergänzen sich weitgehend mit ihren Angeboten. Allerdings entwickelt sich die Wall Street auch zunehmend zum Rivalen. Konnte Großbritannien in den vorangegangenen Jahren noch von sich behaupten, mit Finanzdienstleistungen und darauf bezogenen professionellen Diensten einen ungefähr so großen Handelsüberschuss zu erzielen wie die beiden nächstgrößeren Anbieter zusammen, war

das im vergangenen Jahr nicht mehr der Fall. Sowohl die Ausfuhren der Vereinigten Staaten als auch die von Singapur verzeichneten dafür ein zu starkes Wachstum. „Der Bericht zeigt die wettbewerbsintensive Natur der weltweiten Finanzmärkte und unterstreicht die Tatsache, dass andere Zentren weiteres Geschäft anziehen werden, wenn Großbritannien nicht Schritt hält“, sagte Anjalika Bardalai, die Chefvolkswirtin der Finanzlobby. Der Status des Landes als weltweit führendes Finanzzentrum stehe auf dem Spiel, wenn Branche, Regierung und Aufsicht nicht zusammenarbeiten, um die langfristige Wettbewerbsfähigkeit zu stärken, Handelsbeziehungen zu vertiefen und sich auf neue globale Wachstumsfelder zu konzentrieren.

Großbritannien punktet nicht nur im Geschäft mit Zinsswaps, im Derivate-Clearing oder im Devisenhandel. Es ist nach den Vereinigten Staaten der am stärksten entwickelte Markt für Private Equity. Britische Finanzinvestoren investierten im

vergangenen Jahr fast 30 Mrd. Pfund. Zielgesellschaften in Großbritannien flossen rund 19 Mrd. Pfund von Private-Equity-Firmen zu.

Wall Street holt auf

Nettoexporte von Finanzdienstleistungen in Mrd. Dollar



© Börsen-Zeitung

*inkl. Hongkong
Quelle: The City UK



GROSSHERZOGTUM LUXEMBURG
Botschaft in Deutschland

WISSENSCHAFT, BILDUNG UND KULTUR

Erinnerung an Entsetzliches

In Medernach wird ein Mahnmal zur ersten Deportation jüdischer Bürger vor 80 Jahren errichtet

Von Marc Hoscheid

Merdernach. „Elo hu se de Moien d'Judden wechgeholl!“, so die Aussage eines Augenzeugen, der beobachtete, wie im Oktober 1941 die komplette jüdische Bevölkerung von Medernach deportiert wurde. Insgesamt 18 Personen, darunter drei Kinder, mussten jeweils ihr ganzes Leben in einem etwa 40 mal 30 Zentimeter großen Koffer verstauen und ihre Heimat gegen ihren Willen verlassen. Keiner von ihnen sollte jemals nach Medernach zurückkehren.

Bereits 1845 hatte sich die erste jüdische Familie in Medernach niedergelassen, 1882 wurde sogar eine Synagoge in der kleinen Ortschaft südöstlich von Ettelbrück eingerichtet. Das Gebetshaus wurde ebenfalls von der jüdischen Gemeinschaft aus Waldbillig genutzt. Doch auch die tiefe Verwurzelung im Großherzogtum konnte nicht verhindern, dass am 16. Oktober 1941 323 Juden aus Luxemburg von den deutschen Besatzern in Ghettos und Vernichtungslager im Ausland deportiert wurden.

Damit dieses Ereignis nicht in Vergessenheit gerät, wurde in Medernach entlang des CR 358 bereits 1958 am früheren Standort der Synagoge eine Gedenkstätte eingeweiht. Diese wurde am 24. Oktober dieses Jahres um drei weitere Elemente erweitert.

Gaston Herz hat überlebt

Darunter ein Bronzekoffer, der jene Maße aufweist, die damals von den deutschen Behörden vorgegeben waren. Um zu verhindern, dass das symbolträchtige Möbelstück entwendet wird, ist es am Boden festgeschraubt, wie Bürgermeister André Kirschten erklärt. An der Backsteinmauer hinter dem Koffer ist eine Plakette angebracht, die zur Erinnerung an das Schicksal der Juden während der Schoah auffordert. Zudem wird die Historie der lokalen jüdischen Gemeinschaft anhand wichtiger Daten auf einer Tafel nachgezeichnet.

„Norbert Kahn war Gründungsmitglied des lokalen Musikvereins“, gibt Kirschten als Beispiel für die Integration der Juden in Merdernach. Als einziges Mitglied

der lokalen jüdischen Gemeinschaft hat Gaston Herz, an den eine Plakette erinnert, den Zweiten Weltkrieg überlebt. Er wurde bei einer Tante in Frankreich in Sicherheit gebracht. „Gaston Herz ist mittlerweile 92 Jahre alt und kommt noch jedes Jahr nach Medernach, dann gibt es ein gemeinsames Essen mit den Gemeindeverantwortlichen“, so Kirschten.

Der Bronzekoffer wurde von Ralf Kotschka entworfen, der bereits ein ähnliches Projekt in Trier initiiert hat und hat etwa 3 100 Euro gekostet. Marc Schoentgen, Präsident des Comité Auschwitz, erklärt, dass ein dreidimensionales Monument das Schicksal der Deportierten besser versinnbildliche als Stolpersteine. Wobei das Denkmal in Medernach nicht von der Debatte um die Verlegung von Stolpersteinen in Junglinster beeinflusst worden sei.

Auch wenn noch keine konkreten Pläne vorlägen, werde das Aufstellen weiterer Mahnmale in Form eines Bronzekoffers an mehreren Orten quer durch das Großherzogtum angestrebt.

Renovierung und Instandsetzung schreitet voran

Besuch der Kulturministerin in der Synagoge in Ettelbrück

Rom Heck
via mywort

Ettelbrück. Im Laufe des 19. Jahrhunderts hatte sich in Ettelbrück eine große jüdische Gemeinde gebildet, sodass die Notwendigkeit gegeben war, eine Synagoge in dem Ort zu bauen. Fünf Jahre nach dem Ankauf eines Geländes im Ortsteil „Im Ecker“ (heute rue de Warken) wurde 1870 die Synagoge eingeweiht. Die ehemals blühende jüdische Gemeinschaft wurde im Zweiten Weltkrieg von

den Nazis fast vollständig ausgelöscht. Zwar wurde die Synagoge nicht zerstört, doch im Dezember 1940 ist ihre Inneneinrichtung zertrümmert worden. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden bis 1962 wieder religiöse Feiern in dem jüdischen Gotteshaus abgehalten. Später hatte ein Möbelhändler sein Lager dort, dann folgte ein Teppichhändler mit seinem Verkauf. In den 1990er-Jahren war es ein Versammlungs- und Begegnungsort unter der Regie der Gemeindeverwaltung.

2017 wurden die Synagoge und das angrenzende Wohnhaus (ehemals die jüdische Schule) als „Monument national“ klassiert. Nach der Übernahme durch die Gemeindeverwaltung 2018 erfolgte ein Jahr später die Gründung der Al Synagog Ettelbrück a.s.b.l. Sie kümmert sich um die Begleitung der Renovierung und Instandsetzung der Gebäude und um die Bewahrung des Andenkens an die jüdische Gemeinschaft. Zu ihren Aufgaben gehören auch die Ausarbeitung eines

musealen, kulturellen und pädagogischen Konzepts. Inzwischen werden tiefgreifende Recherchen innerhalb und außerhalb des Gebäudes durchgeführt. Am letzten Freitag war Kulturministerin Sam Tanson vor Ort, um sich ein Bild über den Fortgang der Arbeiten zu machen. Zugewogen waren auch Vertreter des Sites et Monuments, des Ettelbrücker Schöffensrats, des zuständigen Architektenbüros, des Consistoire Israélite und der Al Synagog a.s.b.l. „Ich finde das Projekt äußerst wertvoll“, unterstrich die Ministerin denn auch ihren Besuch.



Grenzenloses Luxemburg

Birgit Reichert

Nirgendwo in Luxemburg treffen Vergangenheit und Zukunft sichtbarer aufeinander als in Esch. Neben längst erkalteten braunen Hochöfen stehen moderne Universitätsgebäude mit glänzenden Fassaden, alte Industriegebäude grenzen an schicke Appartementshäuser und auf den Straßen geht es international zu: 120 Nationen sind in Luxemburgs zweitgrößter Stadt zu Hause. An der großen Vielfalt setzt Esch als Europas Kulturhauptstadt 2022 an – und nimmt unter dem Motto „Remix Culture“ gleich eine ganze Region mit.

Rund 160 Projekte mit mehr als 2000 Events sind es, die die Stadt im Süden Luxemburgs zusammen mit Gemeinden im angrenzenden Frankreich teils grenzüberschreitend plant.

„Das ist eine große Chance für Esch und für die ganze Region, zu zeigen, dass wir auch Kultur können“, sagt der Bürgermeister der Stadt Esch und Präsident von Esch2022, Georges Mischo. Bisher habe es Kulturfans immer in die Hauptstadt Luxemburgs gezogen. Das solle sich nun ändern. „Esch2022 ist für uns ein Sprungbrett.“

Auf dem Programm stehen Theater, Ausstellungen, Tanz, Performances, Workshops und digitale Kunst - mit verschiedenen Schwerpunkten in den beteiligten Orten: In Luxemburg sind elf Gemeinden, in Frankreich acht Gemeinden mit insgesamt rund 200 000 Einwohnern im Boot. Thematisch geht es um das, was die Region eint: Eine gemeinsame industrielle Geschichte aus Erz und Stahl, die kulturelle Vielfalt - und Visionen für ein grenzenloses Europa.

„Im Süden Luxemburgs hat der Ursprung der Einwanderung in Luxemburg stattgefunden und somit das, was uns mittlerweile ausmacht“, sagt die luxemburgische Kulturministerin **Sam Tanson**. Mit dem Abbau von Eisenerz in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts kamen Tausende Arbeiter aus anderen Ländern in die Region mit der eisenhaltigen roten Erde. Heute sind fast die Hälfte der knapp 650 000 Einwohner Luxemburgs Nicht-Luxemburger.

Die Einsamkeit der Wachsfrüchte

Räume verdoppeln: Ein Gespräch mit dem Künstler Gregor Schneider, dem gerade im luxemburgischen Esch eine Werkschau gewidmet ist.

Ab dem 26. Februar 2022 wird Esch, die mit sechshunddreißigtausend Einwohnern zweitgrößte Stadt Luxemburgs, Kulturhauptstadt Europas sein. Die ehemalige Kohle- und Stahlkochermetropole befand sich nach dem Niedergang dieser Industrie in Europa und der Schließung der meisten Hochöfen im freien Fall: hohe Arbeitslosigkeit, Verfall der Infrastruktur, verheerende Umweltschäden durch den Eisenerzabbau, der buchstäblich rot verbrannte Erde hinterließ, da die geförderten stark phosphorhaltigen „Minette“-Erze durch Oxidation den gesamten Boden um Esch herum tiefrot färbten, schließlich kein Geld für Kultur und Flucht der Jugend aus der Stadt. Bis auf Ersteres scheint sich derzeit alles zum Besseren zu wenden: Die riesigen Hochöfen sind aufwendig saniert, beim Speisen in ambitionierten Restaurants und Bistros blickt man auf die eindrucksvoll illuminierte Silhouette der einstigen Industriegiganten mit ihren Anlagen von bis zu vierzig Meter Höhe. Inmitten des Gewirrs aus gigantischen Röhren und Kühlschlangen, die wie ein gebautes Gemälde Konrad Klaphecks aussehen, steht eine hypermoderne Universitätsbibliothek, die das Kulturhauptstadt wollen selbstbewusst unterstreicht. Viele der charmanten Jugendstilgebäude des erst um 1900 aufgrund der riesigen Eisenerzvorkommen und konsequenter Ansiedlung Tausender Gastarbeiter vor allem aus Italien zur Stadt erhobenen Siedlungskonglomerats Val d'Alzette wurden herausgeputzt. Für die Wirkung der Installationen von Gregor Schneider, der mit dem zur begehbaren Memorialschulptur umgebauten und inzwischen dauerhaft gesicherten Eltern-„Haus u r“ in Rheydt und zuletzt seinem viel diskutierten „Sterbezimmer“ zu einem der bekanntesten Künstler Deutschlands wurde, ist es beinahe ein Glück, dass die Escher Retrospektive nahezu aller seiner Werke nicht in einem hochglanzpolierten Museumsraum stattfindet. Schneider hat unter dem Titel „Ego-Tunnel“ auf fünf Etagen seine wichtigsten Arbeiten in einem ausgeweideten Möbelkaufhaus der Sechziger arrangiert, das einen spannungsreichen Kokon für die grundsätzliche Unheimlichkeit seiner Installationen und der leitmotivischen Auseinandersetzung mit dem Tod bildet.

Herr Schneider, warum treffen wir uns zum Interview in einem einstigen Möbelgeschäft?

Gregor Schneider: Hier wurde eine Institution aus dem Nichts gestampft, und das sehr, sehr schnell. Ein ehemaliges Möbelhaus ist entkernt worden, und es bietet sich jetzt an, die wandlosen Etagen architektonisch mit Räumen zu bestücken. Wird vielleicht auch in privater Zukunft alles architektonisch einfacher wandelbar sein? Ich arbeite ja auch in Museen, die als Prachtbauten errichtet werden, und das ist ebenfalls spannend, da entsprechend Räume hineinzubekommen. Aber die sind meistens architektonisch wie inhaltlich nicht so einfach wandelbar.

Ein Möbelhaus ist ja mit seinen Interieurs gebaute Künstlichkeit. Es gibt Wachsfrüchte und falsche Buchrücken, abgehängte Decken und wandernde Wände – das müsste Ihnen, der Sie existierende Räume im schwarzromantischen Doppelgängerprinzip rekonstruieren, nahegelegen haben. War das ein zusätzlicher Reiz oder eher schwierig, da Sie auf den Zentimeter genau nachbauen und so vorgegebene Raummaße haben?

Ich habe versucht, dazu die Distanz zu finden, und weniger mit dem Material gearbeitet. Es gab bei mir ja bereits in der Vergangenheit eine Wohnung mit mehreren Etagen. Das Möbelhaus erinnert im aktuellen Zustand an ein Gebäude, das bis auf den Rohbau entkernt ist. Fünf Tage vor der Ausstellungseröffnung gab es noch nicht einmal Geländer. So lässt sich das Haus natürlich einfacher wandeln, formal wie inhaltlich, als Museen, die für bestimmte Formen der Kunst aufgebaut werden. Und es ist ja auch spannend, dass man da wie im Geschäft mehr als einmal hingeht.

Sie haben in Ihrem Atelier auch ausgebaut Räume mit Mobiliar „auf Lager“.

Was soll ich machen, wenn es kein anderer macht? Deswegen muss ich es ja tun.

Das meiste, was man an Architektur in Museen mit bildender Kunst sieht, sind phantasievolle Kunst-Bauten von Schwitters bis Absalon und John Bock. Sie verdoppeln reale Räume. Sind Sie im Herzen ein Architekt?

Wir sind tief in der Architektur, dort ist alles klar geregelt, aber in der bildenden Kunst ist es das nicht. Es war auch noch eine junge Kunstform, das ging da eigentlich erst los, dass man real gebaute Räume in die Installation überführt hat, und bei mir war es auch ein Stück weit notgedrungen. Ich habe mit diesem sogenannten Haus u r begonnen, und dann war unklar, ob es weitergeht. Und dann ging es mir darum, Dinge zu erhalten. Hier in Esch habe ich natürlich versucht, eine Verbindung herzustellen. Ich komme aus Mönchengladbach. Dort erlebt man ja auch einen Wandel. Fünf Minuten vor der Stadt hat man dieses große Braunkohleabbaugebiet, dieses gigantische Loch. Und eben die sterbenden Dörfer. Mein Film dazu läuft auch hier in Esch, und es gibt das „Kinderzimmer“ aus diesem Dorf. Das ist für mich auch die Klammer, dass viele der Räume aus diesen Dörfern in der unmittelbaren Nachbarschaft stammen. Für mich war das naheliegend, sich mit den Dingen zu beschäftigen, die mich umgeben. Als Jugendlicher ist es schon sehr faszinierend, vor so einem großen Loch zu stehen, diese Veränderung mitzerleben, das hat natürlich etwas mit mir gemacht. Aus diesen Häusern habe ich dann Materialien recycelt und daraus auch teilweise das Haus u r gebaut.

Ihr Thema seit Jugendtagen ist aktuell: Klimaaktivisten haben im Oktober einen Bagger und einen Absetzer im Braunkohle Tagebau Garzweiler II bei Erkelenz besetzt.

Ja, vergangenes Jahr haben die internationalen Klimaaktivisten diese Dörfer für sich entdeckt, die dadurch traurige Berühmtheit erlangten. Zuvor hatte man diesem Loch kaum Aufmerksamkeit geschenkt. Natürlich hatte man mal gemerkt, dass die Autos verstaubt sind oder dass das Hinterland nicht mehr da ist. Auch wirtschaftlich hat man das gemerkt und sich gewundert, dass es zwei Freibäder im Ort gibt, aber irgendwie hat man nicht wirklich davon profitiert. Man hätte ja diese Energie nehmen und neue Kultur damit schaffen können. Was ich rückblickend sehe, ist immer auch eine große vertane Chance, was man da alles hätte machen können. Und jetzt wandert das Loch, und man selbst kommt zurück. Es ist schon interessant, dass man es mit seiner Heimat identifiziert, die dann gar nicht mehr da ist. Und ich hab dann auch angefangen, ganze Straßen auszubauen. Mittlerweile erreichen mich Nachrichten von ehemaligen Anwohnern dieser Straße: Könnte man noch mal seinen Eingang neben dieser Straßenlaterne, kann man dies und das noch mal sehen? Ich bin ja zum Glück nicht betroffen, denn ich bin nicht in so einem Dorf aufgewachsen. Das ist eine größere Zerstörung, als sie Rheydt mit dem Haus u r erlebt hat.

Das ist die Klammer für Sie zwischen dem von der Montanindustrie schwer gezeichneten Esch und Ihrer Heimat NRW, aber gibt es auch eine zwischen den sehr heterogenen Teilen der Schau?

Eingeführt in die Ausstellung wird man hier über die „Wohnung von Herrn Schmidt“. Er ist ein treuer Begleiter meiner Arbeiten aus Viersen, der Nachbarstadt von Mönchengladbach. Er hatte sich so sehr für meine Arbeiten interessiert, dass er auch ein Bewohner wurde; er war häufig zu Besuch, und ich hatte einen Einbruch bei mir im Haus, und das hat mich dann auch zu dieser Situation inspiriert. Plötzlich fühlte ich mich beobachtet. Eine andere Perspektive kam ins Haus mit „Da ist ein fremder Mensch in der Wohnung“, den man nicht kannte. Was macht das mit einem? Jeder, der einen Einbruch erlebt hat, merkt, dass die Wohnung nicht mehr so ist wie vorher, oder man fragt sich zumindest: Was ist von der Abwesenheit noch anwesend? Sodann gelangt man über den Aufzug in den Keller, und da waren ursprünglich Teile davon im Haus u r, dann in Wien und auf der Biennale Venedig 2001, danach Los Angeles, Sydney, Bonn, und jetzt hier „in echt“. Und man findet das „Kinderzimmer“, das ich aus diesem Dorf entnommen habe.

Sie sehen sich auch als Chronisten. der auf die Gesamtgeschichte von Orten hinweist.

Nehmen wir mein Arbeiten mit Goebbels' Geburtshaus in meiner unmittelbaren Nachbarschaft. Bis heute hat keiner darüber geschrieben, dass Goebbels, wohl wissend, er wird bald sterben, in seinen Tagebüchern von seinem Geburtshaus schreibt. Man hätte fragen können: Was hat ihn das jetzt noch interessiert? Er erfährt, dass da eine weiße Fahne gehisst wurde, ist außer

sich und plant Racheakte. Ich würde so weit gehen, dass sich daraus sogar eine Terrorstruktur ableitet, die bis heute existiert. Das Haus gibt es noch, aber man darf darüber nicht sprechen. Das scheint mich anzutreiben, mit einem tabuisierten Haus etwas zu machen. Ich habe auch einen Anruf bekommen von der Braunauer Bürgerinitiative, die nicht wissen, was man mit dem Geburtshaus Hitlers machen soll. Braunauer machen einen Bogen um das Haus und verbieten ihren Kindern, das Haus anzugucken. Mein Vorschlag ist im Grunde immer, das Material anzufassen, es zu verändern.

Ich sehe bei Ihnen viel Einfluss von Beuys, ob das Ihre hier gezeigte „Mehl Orgie“ von 1985 mit zugekleistertem Kopf ist oder das unsichtbare Isolieren von Räumen mit Blei, sodass man wie im mit Filz ausgekleideten Beuys-Raum des Centre Pompidou den eigenen Herzschlag hört. Auch haben Sie mal zu Protokoll gegeben, dass Ihre Eltern das Blei für Beuys geliefert hätten.

Also ob es direkt an Beuys geliefert wurde, ist nicht klar. Aber da Schneider Blei die ganze Region beliefert hat, muss das Blei zumindest über Umwege von meinem Vater gekommen sein. Beuys kommt ja auch aus der Region, ist sehr stark geprägt durch die Natur. Aber ich habe nicht die Antworten auf alle Fragen bei Rudolf Steiner gefunden. Beuys' Arbeiten sieht man bei uns auch in der Landschaft stehen. Also beispielsweise eine Straßenlaterne oder Steine neben Bäumen, die findet man dort reihenweise als Begrenzung von Straßen. Was passiert wäre, wenn ich bei Beuys in der Klasse gelandet wäre, weiß ich nicht, weil ich mich schon sehr für Anthroposophie interessiert habe, aber ich fand es sehr

einengend. Und auch in vielerlei Hinsicht unredlich. Es ist auch ein ganz geschlossenes Weltbild. Wenn man einen Familienersatz braucht oder diese Wärme und Antworten auf alle Fragen, dann ist man da vielleicht aufgehoben.

Man gelangt von der „Wohnung Herr Schmidt“ mit dem Lift in einen finsternen Keller mit Holzverschlagen und auf dem Boden verstreuten Körpern. War ein Ideengeber dafür möglicherweise der Film „Inception“, in dem Leonardo DiCaprio in einen ähnlichen Keller dunkler Erinnerungen hinabfährt?

Ich schaue tatsächlich sehr, sehr wenig. Ich habe bei Filmen immer das Gefühl gehabt, dass ich mir das Leben von anderen anschau. Ich käme auch nie auf die Idee, mich in ein dunkles Kino zu setzen. Aber es beschäftigt mich schon, woher das kommt, was ich kenne. Natürlich schnappt man Ausschnitte auf, man sieht Reklame, oder jemand erzählt einem was von einem Spot. Es war auch ein Stück weit bei uns damals noch verpönt. Videorekorder, das war schon viel. Der Vater hatte nach dem Krieg klare Prinzipien, also gab es bestimmte Sachen nicht. Es gab keine Cola, kein Nutella und so weiter. Es gab nur ein Auto, um in die Stadt zu fahren und Kaffee zu trinken oder Sonnenbank zu gucken. Das war Pornographie. Vielleicht spielt das auch eine gewisse Rolle da und dann. Aber ich weiß es nicht. Ich verstehe auch nicht alles.

Das Gespräch führte **Stefan Trinks**. Die Ausstellung **Gregor Schneider – Ego-Tunnel** ist im Contemporary Art Space Korschthal von Esch noch bis Mitte Januar zu sehen.

Luxembourg

Im Traumtunnel; Luxemburg etabliert sich als europäischer Hotspot mit einer internationalen Kunstmesse

Eva Karcher

Ein Gitterkäfig aus weiß bemaltem Stahl. Im seinem Inneren steht eine Bank. Hier, so stellten es sich die Designer von Amazon vor, würde ein Arbeiter sitzen, durch die vollautomatisierten Warenhallen fahren und rundum überwacht im Fließbandrhythmus Konsumgüter verpacken. Zum Glück wurde die Folterkammer des weltweit größten Online-Versandhändlers und Logistikunternehmens nicht realisiert, sondern nur patentiert. Der neuseeländische, in Berlin lebende Künstler Simon Denny baute sie nun als Skulptur für die Ausstellung „Post-Capital: Kunst und Ökonomie im digitalen Zeitalter“ in Luxemburgs Museum für zeitgenössische Kunst, dem Mudam.

Denny, der mit seinen Arbeiten die Ästhetik digitaler Technologien rekonstruiert und die Machtansprüche global agierender IT-Konzerne mit dem Ziel totaler Datenkontrolle visualisiert, entschlüsselt mit seinem Werk – das auch eine Referenz an Andy Warhols Siebdruckserie „Electric Chair“ von 1963 und ebenso an die Psycho-Käfige von Louise Bourgeois ist – nicht nur dehumanisierende Konditionierung als Folge von digitalem Totalitarismus. Er thematisiert auch die skrupellos forstschreitende Zerstörung der Natur. Denn wer einen QR-Code benutzt, erlebt die Skulptur in Augmented Reality. Plötzlich flattern Vögel im Käfig, Avatare des vom Aussterben bedrohten australischen King Island Brown Thornbill und des Seggenrohrsängers. Wie sie Opfer der Bergbauindustrie sind, die schürfend die natürliche Umgebung dieser Arten zerstört, so atomisiert Datenmining menschliche Empathie, und die energieintensive digitale Ökonomie entkräftet den Planeten.

Eindrucksvoll wie diese Arbeit ist die gesamte Ausstellung. Vielleicht noch etwas mehr beeindruckt, dass sie in einem Museum eines kleinen Landes, dem Großherzogtum Luxemburg, stattfindet. Doch am beeindruckendsten ist, dass dieser rund 640 000 Einwohner zählende Stadtstaat während der diesjährigen Messe der „Luxembourg Art Week“ im November einen Kunstparcours der Extraklasse präsentierte, wie ihn manche Metropole nicht zustande bringt. „Hier ist man auf der Höhe des globalen Kunstdiskurses“, bestätigt die fürs Mudam designierte Direktorin Bettina Steinbrügge. Noch leitet sie den Hamburger Kunstverein, davor war Steinbrügge unter anderem am Belvedere in Wien für die Sammlung aktueller Kunst zuständig, im April kommenden Jahres übernimmt sie das Museum auf dem Kirchberg.

„Dass in Luxemburg 156 Nationen leben und es im Herzen Europas liegt,“ macht Steinbrügge als einen Grund für die Gegenwartigkeit der Region aus. An Frankreich, Belgien und Deutschland angrenzend, mit den Niederlanden und Belgien die Benelux-Staaten bildend und mit dem Saarland, Lothringen, der wallonischen Region und Rheinland-Pfalz zur Grande Region, der Großregion Sar-Lor-Lux aus etwa 11,5 Millionen Bewohnern gehörend, ist Luxemburg an Mehrsprachigkeit und grenzüberschreitender Mobilität in Europa kaum zu übertreffen. Steinbrügge findet es bemerkenswert, dass im Banken- und Geschäftsviertel Kirchberg, in dem sich Ioh Ming Peis Mudam befindet, „so

viele europäische Institutionen ihren Sitz haben. Die wichtigsten künstlerischen Positionen der Gegenwart beschäftigen sich mit politischen, sozialökonomischen und ökologischen Themen. Ich kann mir vorstellen, dass diese Konstellation für einige Künstler eine spannende Herausforderung ist“.

„Offen und neugierig, multikulturell und kosmopolitisch“, beschreibt Alex Reding, Galerist und Gründer der Luxembourg Art Week, die Haltung der in Luxemburg Ansässigen Kunst und Kultur gegenüber. Auch die siebte Ausgabe der Messe, die mit 80 Händlern vor allem aus Luxemburg, Paris und Brüssel sowie zwölf Galerien aus Deutschland in einem 5000 Quadratmeter großen Zelt im Zentrum residierte,

Luxembourg

verbucht er als Erfolg. Es gab gute Verkäufe, die meisten davon in einem Spektrum zwischen 4000 bis 80 000 Euro. Auch das wohl teuerste Werk der Messe, ein abstrakt florales Gemälde des ungarisch-französischen Künstlers Simon Hantai – den auch Larry Gagosian vertritt – konnte der Luxemburger Galerist Frédéric Hessler weitergeben. Für immerhin 650 000 Euro.

„Es kommen immer internationalere Sammler hierher“, beobachtet Hessler, „und das Niveau der Galeristen wie Händler steigt“. Mit Eva Meyer, der New Yorker Galerie Lelong & Co, Praz-Delavallade, Jarmuschek + Partner aus Berlin, den Gebr. Lehmann und Nosbaum Reding, der in Luxemburg beheimateten Galerie von Alex Reding, sind renommierte Namen vertreten, doch gibt es durchaus weiteren Bedarf an etablierten Händlern.

Am Preview-Tag waren sie alle da, Mitglieder der großherzoglichen Familie ebenso wie Kuratoren, Museumsdirektoren, Künstler und Sammler. So diskutierte Su-mei Tse, in Luxembourg geborene Musikerin und Multimediakünstlerin mit chinesisch-britischen Wurzeln, die 2003 den Goldenen Löwen der Venedig Biennale gewann, mit der französischen Malerin Fabienne Verdier über chinesische Tuschetechniken. Verdier hat ostasiatische Malerei und Ästhetik in Sichuan studiert. Sammler Jérôme Wiggy, Partner der Anwaltskanzlei Elvinger Hoss Prussen, der nicht nur sein Privathaus, sondern auch das gesamte Firmengebäude mit Werken von Hermann Nitsch bis Luc Tuymans bestückt hat, findet, es sei „Ehrensache, zur Vernissage zu kommen“. Er kauft auch junge luxemburgische Künstler – genau wie das Sammlerpaar Diane und Marc Gubbini. Seit über 30 Jahren sammelt es unter anderem „Werke von Pierre Soulages, Donald Judd, Marlene Dumas, Avery Singer oder Karolina Markiewicz & Pascal Piron“.

Das luxemburgische Künstlerpaar präsentiert aktuell die Ausstellung „Stronger than memory and weaker than dewdrops“ im Casino Luxembourg, einer Art Kunsthalle mit einem jährlichen Budget des Kulturministeriums von sechs Millionen Euro und einem hervorragenden Programm. „If I were another“, ein Vers des palästinensischen Dichters Mahmoud Darwish, führt wie ein roter Faden durch die multimediale Schau über Identität und Entfremdung, Realität und Mythos, Politik und Poesie. Und in der Nachbarstadt Esch-sur-Alzette, im nächsten Jahr zusammen mit Kaunas in Litauen und dem serbischen Novi Sad europäische Kulturhauptstadt, findet in der neuen Kunsthalle Korschthal Esch eine weitere grandiose Ausstellung statt: „Ego-Tunnel“, von Gregor Schneider. Direktor Christian Mosar hat 2400 Quadratmeter auf vier Etagen bis auf Betonwände und Stahlträger entkernt. Schneider inszeniert mit 20 Angsttraum-Räumen und weiteren Arbeiten eine All-over-Installation, die sich wie eine begehbare Metapher des Bösen anfühlt.

„Seit 20 Jahren bemühen wir uns, Luxemburg zu einem europäisch-globalen Hotspot zu machen“, resümiert Kulturministerin **Sam Tanson**. „Nun sind wir diesem Ziel einen großen Schritt nähergekommen.“

55 Millionen Euro beträgt das Budget für Esch im Kulturhauptstadtjahr, 160 Projekte mit mehr als 2000 Events sind geplant. „Remix Culture“ lautet das Motto: „Es geht darum, das Bewusstsein zu stärken, dass wir in einem gemeinsamen europäischen Kulturraum leben“ sagt Tanson. Nie war dies wichtiger.

Luxembourg

Das Luxemburger Mudam im Jahr 2022

Sei es der Fotoepos von Zoe Leonard, einer der anerkanntesten US-Fotografinnen, seien es die Gemälde von Lynette Yiadom-Boakye, die sich in London als Publikumsrenner entpuppt haben: Kunstfans erwartet 2022 im Luxemburger Mudam ein vielfältiges Programm der zeitgenössischen Kunst.

VON SOPHIA SCHÜLKE

LUXEMBURG-STADT Mit „Stolz und Wehmut“ hat die scheidende Direktorin Suzanne Cotter zum letzten Mal die neue Saison in dem Kunsthaus Mudam vorgestellt. „Wir haben vier Einzelausstellungen, die sich Künstlerinnen mit ganz verschiedenen Wurzeln widmen“, sagte Cotter und verwies dabei auch auf wichtige Partner, wie die Londoner Tate Gallery, das Pariser Musée d'Art Moderne und nationale Kooperationen wie mit der Europäischen Kulturhauptstadt Esch/Alzette. Zudem ist ein besonderes Projekt mit dem Saarlandmuseum geplant, bei dem beide Kunsthäuser sich wechselseitig Werke leihen (wir berichteten). Die Ausstellung mit dem Arbeitstitel „Face à Face“ soll zwischen 8. Oktober 2022 und 16. April 2023 zu sehen sein.

Den Saisonauftakt bildet die mit Spannung erwartete Premiere des Fotoepos „Al Río/To the River“ der US-amerikanischen Künstlerin Zoe Leonard, die vom Mudam in Zusammenarbeit mit dem Musée d'Art Moderne de Paris produziert wird. Leonard ist eine der anerkanntesten US-Fotografinnen. Seit fünf Jahren arbeitet sie an dem Fotoepos, das sich auf den Grenzfluss Rio Grande/Río Bravo zwischen den USA und Mexiko konzentriert. 500 Abzüge zeigten diesen Fluss als einen Ort, an dem sich vielfältige soziale, politische, ökonomische und kulturelle Dimensionen treffen. Und Leonard verstehe den Fluss als Sinnbild der Konstruktion der Nationalität und erzähle von ihm wie von einer Me-

tapher der Moderne, so die Kuratoren. Von 26. Februar bis 6. Juni 2022.

Kunst aus der Luxemburger Szene bekommen Besucherinnen und Besucher ab Februar kredenzt, wenn das Künstlerduo Martine Feipel und Jean Bechameil seine Werke im Skulpturengarten präsentieren wird. Die Werke können dann das ganze Jahr über in Augenschein genommen werden. Feipel und Bechameil beschreiben die Kuratoren als stellvertretend für die dynamische Luxemburger Kunstszene, auch weil sie an der Biennale in Venedig teilgenommen haben und darüber hinaus international aktiv sind. Ihre Einflüsse ziehen sie unter anderem aus dem Bauhaus, Kubismus und Art Déco, wobei sie sich durch ihre Skulpturen mit politischen und sozialen Widrigkeiten der Moderne auseinandersetzen. Zudem arbeitet das Mudam mit der Luxemburger Künstlerin Tina Gillen für deren Ausstellung „Faraway So Close“ zusammen. Mit der speziell für den Luxemburger Pavillon konzipierten Installation nimmt das Großherzogtum von April bis November 2022 zum 16. Mal an der Biennale von Venedig teil.

Ab dem Frühjahr werden im Mudam 67 Werke von Lynette Yiadom-Boakye (2. April bis 5. September) gezeigt. Die Künstlerin ghanaisch-britischen Ursprungs setzt mit der Formsprache der klassischen Malerei sehr zeitgenössische Themen um, bezieht sich dabei auch auf den Meister Manet, aber arbeitet im Unterschied zu ihm nicht mit einem Modell, sondern erfindet fiktive Figuren. In rätselhaften Dekors zeigt Yiadom-Boakye ihre Figuren bei einfachen Aktionen wie dem Träumen und Liegen, und gibt wenige Informationen über deren sozialen Status. „Ihre schwarzen Protagonisten in diesem Dekor hinterfragen unsere Gegenwart“, sagt Cotter, und berichtet, dass die Ausstellung in London viel Erfolg hatte: „Der Eindruck, den Lynette hinterlassen hat, war so groß, dass die Tate Gallery die Ausstellung verlängert hat. Sie kehrt nach ihrer Zeit im Mudam auch wieder dorthin zurück.“

Der Mudam-Sommer gehört Tacita Dean, und damit einer der bedeutendsten europäischen Künst-

lerinnen unserer Zeit. Nach ihren zeitgleichen Ausstellungen in der Royal Academy, der National Gallery und der National Portrait Gallery in London im Jahr 2019 wird das Mudam zum ersten Mal ihre von Dantes Göttlicher Komödie inspirierte Trilogie aus großformatigen Kreidezeichnungen, Fotografien und einem neuen 35-mm-Film zeigen, die als Teil der Aufführung von „The Dante Project“ durch das Royal Ballet in London entstand. Dean zeichnet sich aus, weil sie verschiedene Medien und Techniken wie Film, Foto und Gravur verwendet. Ihr Werk, so die Kuratoren, stelle Fragen zur individuellen Geschichte und Erinnerung, und beschäftige sich mit dem Verschwinden des Analogens. Es ist Deans erste Ausstellung in der Großregion. Von 9. Juli bis 29. Januar 2023.

Im Henry J. und Erna D. Leir Pavillon ist das neue Ausstellungsjahr ab 11. Dezember schon vor dem Jahreswechsel eingeläutet: Hier tritt der japanisch-US-amerikanische Künstler Danh Vo mit einer Installation in den Dialog mit Werken des modernistischen Bildhauers Isamu Noguchi. Noguchi, dessen Mentor Constantin Brâncusi war, ist einer der bedeutendsten Bildhauer der USA und hat als Pionier der Land Art die USA 1986 auf der Biennale in Venedig vertreten. Das Besondere ist, dass sich die im Winter eingeweihte Installation, die lokale Pflanzen einbindet, im Laufe der vier Jahreszeiten weiterentwickeln wird. Wiederkommen könnte sich also lohnen. Erst recht, wenn die aus Vietnam stammende preisgekrönte Künstlerin Sung Tieu eingeladen ist, den Pavillon ab Herbst mit einer neuen skulpturalen Klanginstallation zu bespielen. Danh Vo bis 19. September, Sung Tieu von 8. Oktober bis 5. Februar 2023.

Neben Performances von William Engelen, Cecilia Bengolea und Traljal Harrell gibt es auch einen Leckerbissen für Theaterfans: Zwischen 17. und 19. März wird im Mudam das Theaterstück „Art“ von Yasmina Reza in einer neuen Produktion unter der Leitung des Luxemburger Regisseurs Frank Hoffmann aufgeführt. Das Projekt entsteht in Zusammenarbeit mit dem Schau-

Luxembourg

spiel Leipzig und dem Théâtre National du Luxembourg. Im Zentrum des Stücks, das Ausschnitte aus dem Alltag dreier Freunde zeigt, die in ein hitziges Gespräch über ein modernes Kunstwerk verwickelt sind, steht die berühmte Frage „Was ist Kunst?“.

Kunstnachwuchs der Großregion

Einblicke in das Kunstgeschehen der Quattro-Pole-Städte eröffnet eine **Gruppenausstellung** mit Werken der Nominierten des Robert Schuman Kunstpreises 2021, der Akosua Viktoria Adu-Sanyah zugesprochen wurde.

Ein Jubiläum feiert der Robert Schuman Preis in diesem Jahr: Vor 30 Jahren zur Förderung des regionalen zeitgenössischen Kunstschaffens ins Leben gerufen, wird er seither alle zwei Jahre verliehen. Der Kunstpreis steht im Zeichen des Lebenswerkes des Politikers Robert Schuman, einem der Gründerväter Europas. Organisiert wird der Wettbewerb von den Quattro-Pole-Städten Luxemburg,

Metz, Trier und Saarbrücken – der ausstragende Ort der 15. Ausgabe.

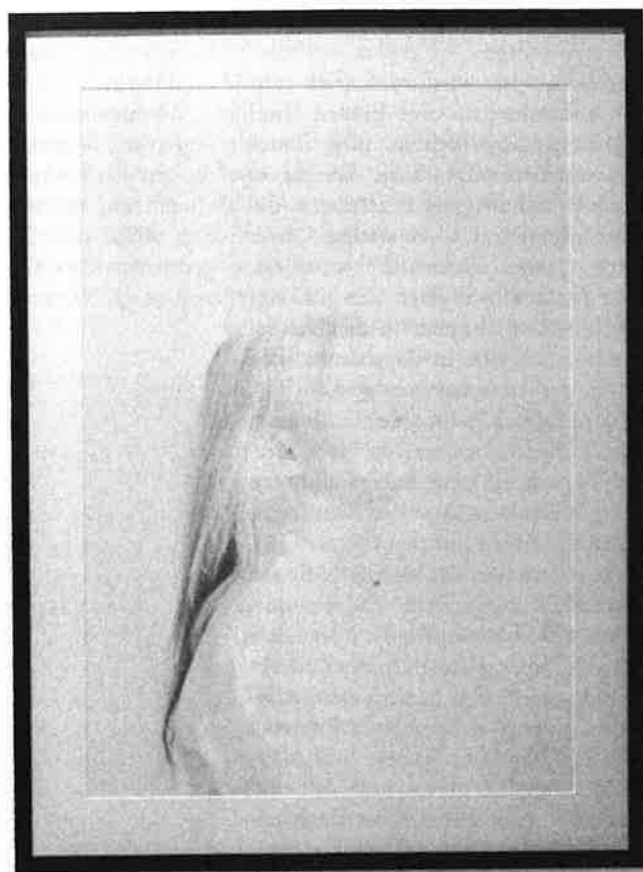
Die diesjährige Gewinnerin: Die deutsch-ghanaische Künstlerin Akosua Viktoria Adu-Sanyah erhielt die mit 10.000 Euro dotierte Auszeichnung. Ihre fotografischen Arbeiten hätten auf mehreren Ebenen überzeugt, erklärte die Jury, die mit Vertretern der Kunst- und Kulturszene der vier teilnehmenden Städte besetzt war. In jedem ihrer Werke stecke

eine Geschichte, „die sie auf unaufdringliche Art sicht- und erfahrbar macht“.

Es sind mannigfaltige Geschichten, die die 31-Jährige zu erzählen hat. Davon zeugen eine Vielzahl von Ausstellungen sowie Nominierungen und Auszeichnungen in den vergangenen Jahren. Zur Fotografie gelangte Akosua Viktoria Adu-Sanyah über Umwege. Sie wurde 1990 in Bonn geboren, kam als Kind ins Saarland und fiel im Teenageralter aufgrund ihrer mathematischen Begabung auf. Spätestens mit der Teilnahme am Hochbegabtenprogramm der Saar-Universität der Weg vorgezeichnet. „Ich persönlich mochte den Wettbewerb, dass es immer eine Lösung gibt, dass man sehr schnell sehr gut sein kann“, erinnert sich Adu-Sanyah an die Zeit, in der sie die Schule besuchte und zudem nebenbei in der Gastronomie arbeitete.

„Es war extrem viel“, deshalb habe sich die Bewerbung an der HBK Saar richtig angefühlt. Dort drohte im Gewirr der Techniken und aufgrund der Theoretisierung der Kunst Orientierungslosigkeit, ein „Dunkelkammer-Crashkurs“ kam zum richtigen Zeitpunkt. „Ich mochte den Umgang mit den Chemika-

Künstler vier teilnehmender Städte



Doppelporträt der Eltern von Akosua Viktoria Adu-Sanyah

lien sowie das Körperliche des analogen Prozesses“, sagt die junge Frau, die 2015 ihren Abschluss in Media, Art & Design in Saarbrücken machte.

Heute lebt und arbeitet sie als Künstlerin und Fotografin in Zürich. Die Beschäftigung mit ihrer Herkunft und den daraus resultierenden sozialen Lebensrealitäten prägt ihr Werk. Die Jury des diesjährigen Schuman-Preises bezeichnet es als „moderne Verbindung von kultureller Recherche und journalistischen Methoden“. Die Werke von Akosua Viktoria Adu-Sanyah seien „ebenso ästhetisch wie gesellschaftspolitisch und auf persönliche Art poetisch“.

Was schwierig in Worte zu fassen ist, wird in der Betrachtung der Kunst deutlicher: Aus dem aktuellen Zyklus „Inheritance – Poems of non belonging“ (Erbe – Gedichte der Unzugehörigkeit) stammt ein Doppelporträt ihrer Eltern. Die beiden Schwarz-Weiß-Fotografien, die den dunkelhäutigen Vater und die hellhäutige Mutter zeigen, bieten mit ihren verschiedenen Kontrastebenen mehrere Zugänge. Es bleibt dem Betrachter überlassen, ob er darin eine kritische Auseinandersetzung mit Rassismus oder eine persönliche Erinnerung der Künstlerin erkennt.

Mit dem Wissen, dass Adu-Sanyahs Vater vor wenigen Monaten unerwartet verstorben ist, wird in den im Jahr zuvor entstandenen Fotografien und fotografischen Skulpturen eine Traurigkeit wahrnehmbar. Man könnte es auch als Ernsthaftigkeit bezeichnen, die aus der erlebten „Unvereinbarkeit ihrer gemischt-rassigen Identität“ resultiert, wie die Fotografin erklärt. „Es gibt keinen kulturellen Kontext, in dem ich zu Hause bin. Ich lebe in einem ständigen Konflikt, der für jeden sichtbar ist.“

Einen Einblick in ihre Kunst, als auch auf die Werke der anderen 15 Nominierten erhält, wer die beiden Ausstellungen in Saarbrücken besucht. Vier Kuratorinnen und Kuratoren aus den Quattro-Pole-Städten hatten je vier Kunstschaaffende für ihre Stadt ausgewählt. Für die saarländische Landeshauptstadt übernahm Katharina Ritter, Künstlerische Leiterin der Stadtgalerie für Saarbrücken, dieses Amt. Sie ist zudem Koordinatorin der Ausstellung zum Robert Schuman-Preis 2021, die sie als „wundervoll und wahnsinnig“ bezeichnet. Zur Entscheidung der Jury, Akosua Viktoria Adu-Sanyah zur Gewinnerin zu küren, sagt sie: „Sie geht als Künstlerin ihren Weg,



Katharina Ritter (Leiterin der Stadtgalerie Saarbrücken), Uwe Conradt (Oberbürgermeister von Saarbrücken), Fotografin Akosua Viktoria Adu-Sanyah und der Metzger Oberbürgermeister François Grosdidier (von links)

trotz Höhen und Tiefen bleibt sie dran und arbeitet kontinuierlich an der Unverwechselbarkeit ihres Werkes. Sie bearbeitet extrem schwierige Themen wie strukturellen Rassismus, Verletzlichkeit und Klimawandel auf eine sehr besondere Art, die in keinster Art belehrend wirkt.“

Zu den Gratulanten im Rahmen der Preisverleihung, die am 19. November coronabedingt in einem sehr kleinen Kreis stattgefunden hat, zählte auch Saarbrückens Oberbürgermeister Uwe Conradt. In seiner Rede hob er die Wichtigkeit des Kunstpreises

hervor: „Der Austausch in der Großregion ist auf vielen unterschiedlichen Ebenen enorm wichtig, das hat sich gerade jetzt zu Pandemie-Zeiten gezeigt und bewährt. Die Kunst ist eine besonders

schöne Facette dieses Austauschs. Sie nimmt uns in andere Welten mit, bietet uns Ablenkung, zeigt aber auch

gesellschaftliche und politische Missstände auf. Zu sehen, wie Künstlerinnen und Künstler in den benachbarten Ländern jeweils arbeiten, ist für alle Teilnehmenden eine schöne Inspiration.“

Katharina Rolshausen

„Eine schöne Inspiration“

INFO

ROBERT SCHUMAN KUNSTPREIS 2021

Gruppenausstellung der Nominierten

Saarbrücken: Akosua Viktoria Adu-Sanyah (Siegerin des Wettbewerbs), Natalie Brück, Florian Huth, Fritz Laszlo Weber; **Metz:** Stefania Crisan, Carolina Fonseca, Célia Müller, Ivda Montanavelli; **Luxemburg:** Julien Hübsch, Sali Muller, Jim Pfeiffer, Arny Schmit; **Trier:** Dyffort & Driesch, Jonas Maas, Paula Müller, Maria Steinmann.

bis 9. Januar 2022

Stadtgalerie Saarbrücken

St. Johanner Markt 24

66111 Saarbrücken

Öffnungszeiten:

Dienstag bis Freitag: 12 bis 18 Uhr

Samstag bis Sonntag: 11 bis 18 Uhr

stadtgalerie.saarbruecken.de

Saarländisches Künstlerhaus

Karlstraße 1

66111 Saarbrücken

Öffnungszeiten:

Dienstag bis Sonntag: 10 bis 18 Uhr

www.kuenstlerhaus-saar.de

„DAS IST WIE BEI TRÄUMEN“

Tom Hillenbrand ist unter anderem bekannt für seine kulinarische Krimi-Reihe. Im neuen Band „Goldenes Gift“ deckt der Luxemburger Koch Xavier Kieffer einen Lebensmittelbetrug um gepanschten Honig auf.



Per Videocall begrüßt einen ein gut gelaunter Tom Hillenbrand in seinem Münchener Büro sitzend, hinter seinem Rücken ragt ein Regal mit großen Fächern auf. Darin stehen Recherchematerial für verschiedene Buchprojekte und ein großer Handapparat mit Lektüre zur Essenshistorie und Luxemburgiana. Doch was der Anrufer nicht sieht: In seinem Büro steht kein Kühlschrank mit Lebensmitteln – was von Hillenbrand auch so gewollt ist. Morgens geht er in sein Büro, fängt immer zur selben Zeit an und schreibt 10.000 Zeichen – bevor die nicht geschrieben sind, geht er nicht raus zum Lunch. Wenn er arbeitet, trinkt Tom Hillenbrand kalorienarmen Oolong-Tee. Und immer wenn der Autor an einem Kieffer-Krimi arbeitet, liegt griffbereit eine „Guide Michelin“-Ausgabe von 1939 auf dem Schreibtisch. Die unverfängliche „Wie geht's Ihnen heute“-Frage verknüpft er automatisch mit der aktuellen Corona-Lage – die dieser Tage alles andere als entspannt ist. Psychologisch findet er es schwierig, dass man erst

dachte, nun laufe alles wieder. Wenn er aber jetzt sehe, dass „der Mist wieder über uns hereinbricht“ versuche er das auszublenden. Was ihm aber schwerfällt, sagt er mit leiser Stimme.

Zuerst blieben die anstehenden Lesungen zur neuen Veröffentlichung von den Corona-Inzidenzen noch unberührt. Doch seine angedachten Termine wurden nun doch, bis auf die Lesung in

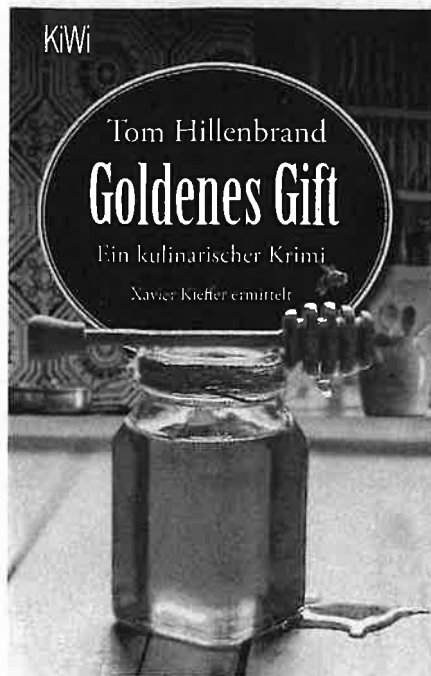
LUXEMBURGISCHES ESSEN LIEBT ER

Perl-Nennig, ins kommende Frühjahr verschoben. „All bets are off“, sagte der 49-Jährige dazu bereits im Vorfeld lakonisch, was so viel heißt wie: „Alles ist möglich.“ Für alle seine Lesungen gelten die aktuellen Corona-Bestimmungen, wie der gegen Covid-19 Geimpfte betont. „Es ist ein bisschen ungewohnt. Nicht nur weil da weniger Leute sitzen, sondern weil auch im 2G-Bereich keine Maskenpflicht mehr gilt.“

Nach landläufiger Meinung denken viele, „dass der Schriftsteller sowieso zu Hause sitzt und mit niemandem redet“. Dieser Logik zufolge müsse es ihm auch egal sein, ob draußen die Welt untergeht oder nicht. Obwohl Tom Hillenbrand bis jetzt ohne Infektionen durch die Pandemie gekommen ist, hat für ihn das Zuhausebleiben mit seiner Familie „nicht gut funktioniert“. „Alle waren irgendwie zu Hause und wollten was von dir. Eigentlich hat sich für mich das Schreiben ein halbes Jahr erledigt gehabt“, erzählt er. In „Goldenes Gift“, dem siebten Band der kulinarischen Krimi-Reihe, klärt der ehemalige Luxemburger Sternekoch Xavier Kieffer zusammen mit seiner Freundin und Gastrokritikerin Valerie Gabin einen Lebensmittelbetrug um gepanschten Honig und gestohlene Bienenstöcke auf. Die luxemburgische Küche findet Tom Hillenbrand fantastisch – außer auf zwei Gerichte, nämlich Kachkeis und Kuttelfleck, ist er nur so „mittelheiß“. „Wenn ich zum Beispiel französisch esse, würde ich immer eine Landküche der undefinierten Haute Cuisine vorziehen“,

sagt Hillenbrand. Jeden Tag könnte er ein traditionelles luxemburgisches Gericht essen, so gut schmecken ihm diese. Ob das allerdings so klug sei, wisse er nicht.

Nur wie kommt man darauf, einen etwas kauzigen Luxemburger in hochbrisanten Fällen ermitteln zu lassen? Die Figur des Xavier Kieffer ist Tom Hillenbrand letztlich zugeflogen. Als er den ersten Band „Teufelsfrucht“ um einen Super-Geschmacksverstärker, dem die Lebensmittelindustrie um jeden Preis habhaft zu werden versucht, schrieb, war zuerst die Story da, erzählt der Autor. „Davon ausgehend ist mir klar geworden, dass in diesem Fall ein Koch als Ermittler gut wäre, denn, wenn es einen toten Gastrokritiker gibt, wüsste der schon Bescheid.“ Erst im nächsten Schritt erfolgte die Lokalisierung der Krimi-Reihe und damit auch die der Hauptfigur. Dabei war für Tom Hillenbrand nicht nur entscheidend, dass er neben seinem Studium der Europapolitik ein Praktikum beim Recherchedienst des Europäischen Parlaments in Luxemburg absolvierte. Auch der Umstand, dass es in Luxemburg-Stadt noch nicht viele Krimi-Ermittler gibt, war ein ausschlaggebender Punkt. „Selbst in den kleinsten Dörfern und winzigsten Tälern gibt es heutzutage mindestens einen Krimi“, meint Hillenbrand, der zuletzt als Ressortleiter bei „Spiegel Online“ arbeitete. Für den Ermittler Xavier Kieffer musste er aber keine monatelange Figurenanalyse betreiben. „Der ist einfach zur Tür reingekommen. Ich habe mich hingekümmert, ihn gesehen und ab dann war er da“, schildert der Halb-Saarländer, dessen Mutter in Saarbrücken geboren wur-



In seinem neuen Buch lässt der Autor seinen Protagonisten im Todesfall eines Imkers ermitteln

de. Und Tom Hillenbrand stellt klar: Er selbst kann nicht als „Steinbruch“ für all seine Figuren – er schätzt, dass es Hunderte sind – herhalten. Natürlich gibt

BESUCHT ALLE ORTE SEINER BÜCHER

es aber in allen Romanfiguren gewisse Anteile von realen Persönlichkeiten – sei es zum Beispiel von einem Fernsehkoch oder einem Typ, mit dem er sich

auf einer Party unterhalten hat. „Meistens setzt das Unterbewusstsein das beim Schreiben selbst zusammen. Das ist wie bei Träumen, kein wirklich gesteuerter Prozess“, erklärt Tom Hillenbrand.

Wie seine Westentasche scheint Xavier Kieffer Luxemburg zu kennen, so sicher bewegt er sich im siebten Band durch die Unter- und Oberstadt. Beruhen die detaillierten Ortsbeschreibungen auf Recherchen oder schreibt er alles aus dem Gedächtnis auf? Egal, wo seine Kriminalromane spielen – ob in Luxemburg oder wie sein neuester Thriller „Monte Crypto“ in Los Angeles – er muss immer an die Schauplätze reisen. „Alle wesentlichen Orte, die in einem Buch vorkommen, besichtige ich. Das heißt, ich checke überall die Locations und laufe sie ab und mache dabei Hunderte Fotos“, erzählt der Autor, der neben Krimis auch Science-Fiction-Thriller und historische Romane vorgelegt hat. Übrigens: Das Restaurant „Deux Eglises“ von Xavier Kieffer gibt es in Wirklichkeit nicht und auch nicht die Hausnummer, in der der Koch wohnt – so wie auch die berühmte Baker Street 221B nicht real existiert. Einmal besuchte Tom Hillenbrand spät abends den Park Dräi Eechelen nahe dem Mudam-Museum, denn im neuesten Kieffer-Krimi kommt es ausgerechnet an diesem Ort Luxemburgs zu einem Showdown. Auch wenn er mehrere Male schon dort war, musste Hillenbrand erneut dorthin, um herauszufinden, was man nachts sehen kann, etwa wenn man zur anderen Seite der Alzette-Schlucht rüberblickt. „Damals hat mich allerdings gleich ein Sicherheitsmann aus dem Park geschmissen“, erinnert sich Hillenbrand an die Begegnung zurück. Der Mann habe ihm auf Französisch erklärt, dass der Park geschlossen und der Aufenthalt verboten sei. Außerdem wies er ihn darauf hin, dass es viele ungesicherte Erhöhungen gebe.

Doch Tom Hillenbrand schaltete in der Situation zu spät, und sein Französisch reichte nicht aus. „Ich hätte ihm sagen müssen, das ist genau der Grund, warum ich hier bin.“ Da er in seinem Kriminalroman eine Figur an einer Stelle im Park herunterstürzen lässt, musste er vorab prüfen, ob diese auch wirklich beim Sturz ums Leben kommt oder sich nur ein Bein bricht. Nur wer genau da im Buch sterben muss, erfährt man erst, wenn man das gut 470 Seiten starke Buch fast bis zu Ende gelesen hat. ●

Benjamin Rannenberger

INFO

Tom Hillenbrand wird am 9. Dezember im Victor's Residenz-Hotel Schloss Berg in Perl an der Mosel aus seinem neuem Buch „Goldenes Gift“ lesen.

Die Lesung beginnt um 20.30 Uhr (Einlass 20 Uhr, Dauer etwa 45 Minuten) in Caesar's Bar.

Ticketpreis: 29 Euro pro Person, inkl. Wasser an den Plätzen und ein Glas Winzersekt zur Begrüßung.

Exemplare des neuen Buches und auch seiner anderen Romane stehen zum Verkauf bereit, der Autor wird sie später signieren. Nach der

Lesung kann das Publikum auch Fragen stellen.

Das Victor's Residenz-Hotel Schloss Berg bietet dazu auch ein Übernachtungs-Arrangement an:

Übernachtung/Frühstück/Abendessen 3-Gang-Menu im Bacchus und Ticket zur Lesung:

159 Euro p.P. im DZ Kategorie Superior, 209 Euro im EZ Kategorie Superior.

Weitere Kategorien verfügbar

Buchbar per Telefon 06866-790 oder per Mail an info.nennig@victors.de

Die Lesung kann natürlich auch ohne Übernachtung besucht werden.

Zu Gast beim luxemburgischen Pavillon auf der Weltausstellung Expo 2020 in Dubai

Der erste Tag der von Wirtschaftsminister Franz Fayot geleiteten Wirtschaftsmission war der Entdeckung des luxemburgischen Pavillons auf der Weltausstellung Expo 2020, gestartet Ende 2021 in Dubai, gewidmet. In Begleitung von Vertretern des Wirtschaftsministeriums und der Partner und Sponsoren des Pavillonprojekts nahm der Minister an einer Führung durch den luxemburgischen Pavillon auf der Expo 2020 Dubai teil. Sie wurden von der Generalkommissarin Maggy Nagel begrüßt, die sagte: „Die Anwesenheit Luxemburgs auf dieser ersten im Nahen Osten organisierten Weltausstellung ist eine hervorragende Gelegenheit, Luxemburg, seine Werte und seine Leistungen bekannter zu machen. Die Modernität, Technizität und Originalität unseres Pavillons spiegeln die Fähigkeit Luxemburgs wider, sich neu zu erfinden.“

Der Besuch des Pavillons beinhaltete einen Rundgang durch die im Pavillon untergebrachte Ausstellung, die aus einer begehbaren Szenografie besteht und das Großherzogtum unter den fünf Aspekten Vielfalt, Konnektivität, Nachhaltigkeit, Unternehmertum und Schönheit präsentiert. Die Ausstellung bietet allgemeine Informationen über das Land, aber auch über die verschiedenen Wirtschaftssektoren, wobei ein Abschnitt der Entwicklung des Raumfahrtsektors gewidmet ist.

Eine im Pavillon organisierte Pressekonferenz bot die Gelegenheit, mit den Mitgliedern der EIG die Realisierung des Projekts, die von der Teilnahme an der Weltausstellung erwarteten Ergebnisse und die Schlüsselrolle der Partner (Handelskammer, POST Luxembourg, SES) und Sponsoren (ArcelorMittal, Cargolux, RAK, Guardian Glass, MCM Luxembourg und Schroeder Joailliers), die das Pro-

jekt unterstützt haben, zu besprechen. Wirtschaftsminister Franz Fayot erklärte bei dieser Gelegenheit: „Ich möchte die Professionalität des Teams von GIE Luxembourg@Expo2020Dubai würdigen, dem es gelungen ist, die Schwierigkeiten und unvorhergesehenen Ereignisse nach der Covid-19-Pandemie und der Verschiebung der Expo zu bewältigen. Die Präsenz Luxemburgs auf der Expo 2020 Dubai war während der gesamten Planungs- und Umsetzungsphase Gegenstand einer engen Zusammenarbeit mit dem Privatsektor. Das Ergebnis ist ein symbolträchtiger Pavillon, der den Willen unseres Landes widerspiegelt, sich weiterzuentwickeln, indem es sich auf nachhaltiges Wachstum konzentriert und dabei die natürlichen Ressourcen respektiert.“

Carlo Thelen, Direktor der Handelskammer, fügte hinzu: „Im Einklang mit ihrer Aufgabe, die luxemburgischen Unternehmen auf internationaler Ebene zu fördern, hat die Handelskammer ein ehrgeiziges Wirtschaftsprogramm aufgestellt, das verschiedenen Schlüssel-sektoren unserer Wirtschaft eine hohe Sichtbarkeit verleiht. Als Initiator der Teilnahme des Großherzogtums an der ersten Weltausstellung in London vor mehr als 170 Jahren hat die Handelskammer im Laufe der Jahre eine starke Resonanz bei den Unternehmen festgestellt, die sich international entwickeln wollen. Heute ist die Handelskammer stolz darauf, erneut ein privilegierter Partner der Regierung bei der → Förderung dieses großartigen luxemburgischen Pavillons in Dubai zu sein.“ Claude Strasser, geschäftsführender Direktor von POST Luxembourg, sagte: „Als Experte auf dem Gebiet der Digitalisierung ist POST Luxembourg besonders stolz darauf, an den Bemühungen der Regierung teilzunehmen, den Weg

zu einer digitalisierten Wirtschaft zu ebnen und das Know-how des Großherzogtums in diesem Bereich zu vertreten. Gleichzeitig bieten die Millionen von Besuchern, die im luxemburgischen Pavillon auf der Expo 2020 in Dubai erwartet werden, eine einzigartige Gelegenheit für POST, dazu beizutragen, Luxemburg auf der internationalen Bühne des Informations- und Kommunikationssektors zu positionieren. Darüber hinaus passt das Thema der Ausstellung „Connecting minds, creating the future“ perfekt zur Vision und zu den Werten von POST, insbesondere zu seinem starken Engagement für die Förderung von Innovation und nachhaltiger Entwicklung.“

„Die Teilnahme Luxemburgs an der Weltausstellung erfolgt zu einem entscheidenden Zeitpunkt, an dem die Welt die Einführung digitaler Werkzeuge und künstlicher Intelligenz beschleunigt und modernste Netzwerke und Quantentechnologien entwickelt. In dieser Hinsicht hat Luxemburg der Welt viel zu bieten und kann helfen, diese Entwicklung zu beschleunigen“, sagte Steve Collar, CEO von SES. „Als führendes Raumfahrtunternehmen, das seit mehr als 35 Jahren in Luxemburg ansässig ist, sind wir stolz darauf, Teil der nationalen Initiative zur Unterstützung dieser globalen Transformation und der neuen Ära der Innovation zu sein, und freuen uns darauf, an den nächsten großen Entwicklungen teilzuhaben.“

Am Nachmittag stand ein Besuch der Pavillons anderer Länder auf dem Gelände der Expo 2020 Dubai auf dem Programm. Die Delegation besuchte die Pavillons der Emirate, Japans und Kanadas. Japan wird auch die nächste Weltausstellung im Jahr 2025 in Osaka ausrichten, an der Luxemburg seine Teilnahme bereits offiziell bestätigt hat.

Luxembourg

Fotos: © SIP POOL - Service information et presse



Maggy Nagel, commissaire générale du Luxembourg auprès de l'Expo 2020 Dubaï; Franz Fayot, ministre de l'Économie

Foto: © SIP POOL - Service information et presse



v.li.: Steven Allen, directeur de la communication et du marketing, RAK Ceramics PJSC; Marie-Christine Mariani, dirigeante, MCM-Steel; Michel Wurth, CEO d'Arcelor Mittal; Carlo Thelen, directeur général de la Chambre de commerce; Claude Strasser, directeur général, POST Luxembourg; Markus Betz, scénographe, jangled nerves; Daniel Sahr, directeur du pavillon luxembourgeois à l'Expo 2020 Dubaï; Ingo Zirngibl, scénographe, jangled nerves; André Hansen, chargé adjoint de la Direction générale Promotion du commerce extérieur et des investissements, ministère de l'Économie et membre du GIE Luxembourg@Expo 2020 Dubaï, commissaire général au pavillon luxembourgeois de l'Expo universelle Osaka 2025; Loïc Bertoli, chef de mission adjoint à l'ambassade du Luxembourg à Abou Dhabi, directeur exécutif du Luxembourg Trade and Investment Office (LTIO) et commissaire général adjoint du Luxembourg auprès de l'Expo 2020 Dubaï; Patrick Nickels, chargé de la Direction générale Promotion du commerce extérieur et des investissements, ministère de l'Économie; Maggy Nagel, commissaire générale du Luxembourg auprès de l'Expo 2020 Dubaï; Marc Scheer, secrétaire général du GIE Luxembourg@Expo 2020 Dubaï, conseiller, desk LTIO Abou Dhabi, Direction générale Promotion du commerce extérieur et des investissements, ministère de l'Économie; Jean Ries, consultant, Guardian Europe; Franz Fayot, ministre de l'Économie; Ferdinand Kayser, conseiller stratégique du CEO, SES; Jasmin Hodzic, directeur marketing et Product Manager, Guardian Industries Dubai; Maxim Straus, président de la commission « internationale » de la Chambre de commerce, CFO de Cargolux; Robert Lauer, ambassadeur du Grand-Duché de Luxembourg aux Émirats arabes unis; Marc Siuda, directeur adjoint du pavillon luxembourgeois à l'Expo 2020 Dubaï



GROSSHERZOGTUM LUXEMBURG
Botschaft in Deutschland

TOURISMUS UND GASTRONOMIE

Der Vater des Crémant de Luxembourg

Ohne ihn gäbe es zu Silvester wohl keinen Lëtzebuerger Schampes – Constant Infalt über den Beginn einer Trinkkultur

Interview: Marlene Brey

Constant Infalt hat über 30 Jahre die Winzergenossenschaft Domaines Vinsmoselle geleitet und gilt als Schöpfer des Crémant de Luxembourg. Seine Familie betreibt seit 300 Jahren Weinbau. Schon als Kind liebte er die Weinberge. Infalt ist aber kein Winzer, sondern Betriebswirt.

Constant Infalt, Silvester steht vor der Tür und auf unzähligen Einkaufslisten steht: Crémant. Das ist keine Selbstverständlichkeit, denn es gab eine Zeit vor dem Crémant de Luxembourg. Sie gelten als sein Vater.

Ja, das wird so gesagt. Ich war der Initiator einer enorm interessanten Idee. Aber ohne die Arbeit der Winzer wäre das alles nicht möglich gewesen. Es ist die Erfolgsgeschichte von uns allen.

Dieses Jahr feiern wir den 30. Geburtstag des Crémant de Luxembourg. Dabei ist die Geschichte des Luxemburger Weins ja sehr viel älter...

Sie ist rund 2 000 Jahre alt. Die römischen Soldaten tranken sehr gerne Wein und pflanzten die ersten Reben im Moseltal an. Allerdings exportierten die Luxemburger bis Ende des Ersten Weltkrieges nur Weinmost und zwar hauptsächlich nach Deutschland.

Und Crémant?

Ein kleiner Teil des Weins wurde zu Schaumwein verarbeitet. Wie man in Luxemburg sagt: „Komm, wir trinken ein Glas Schampes“, abgeleitet von Champagner.

Nur leider darf es keinen Champagner de Luxembourg geben.

Richtig. Zur Herstellung von Schaumwein gibt es zwei Verfahren. Bei Crémant ist es das gleiche Verfahren wie bei Champagner: die Flaschengärung – auf Französisch méthode champenoise. Aber 1985 wurde in Brüssel gesagt: Der Name Champagner ist nur noch für Weine aus der Region Champagne zu gebrauchen. Die anderen französischen Regionen, die nach einer ähnlichen Methode arbeiteten, hatten auf einmal keinen Namen mehr für ihren Schaumwein. So entstand ein zweiter Name: Crémant. Dann fragten wir uns in Luxemburg: „Was machen wir

denn nun?“. Da komme ich ins Spiel. Ich habe damals vorgeschlagen, dass auch wir den Namen Crémant nutzen.

Crémant ist heute eine Art nationales Kulturgut. War das schon damals so?

Früher schon wurde gern Schaumwein getrunken und als „Lëtzebuerger Schampes“ verkauft. Er war aber oft gar nicht aus Luxemburger Wein gemacht. Wir wollten klarstellen: Wenn der Name Luxemburg gebraucht wird, müssen die Weine zu 100 Prozent aus Luxemburg kommen. Handelt es sich um eine Flaschengärung, darf er sich Crémant nennen. Das wurde dann 1991 in ein Gesetz geschrieben. Seither haben wir ein Reglement, das die Produktion von Crémant genau beschreibt. Die erste Flasche kam am 15. November 1991 auf den Markt. Auf dem Etikett stand Poll-Fabaire nach dem Gründungsvater der ersten Winzergenossenschaft in Luxemburg.

Crémant ist das Getränk, um an Silvester anzustoßen. Wissen Sie noch, wie die Luxemburger 1991 auf das neue Produkt reagierten?

Das weiß ich noch genau. Wir haben damals mit Cactus diskutiert, um die neue Marke in die Supermarktgale zu bringen. Weil wir gute Beziehungen hatten, sagte man uns: Wir nehmen fünf Paletten, das sind ungefähr 2 500 Flaschen, aber ihr müsst uns eines garantieren: Sollte das Produkt nicht gekauft werden, können wir es zurückgeben.

Und? Mussten Sie viele Flaschen zurücknehmen?

Nach einer Woche wurden zehn Paletten nachbestellt. Vom 15. November bis zum 31. Dezember hatten wir über 100 000 Flaschen verkauft.

Was in Frankreich der Champagner ist oder in Deutschland das Bier, ist wohl in Luxemburg der Crémant: Wie wurde er zum nationalen Aushängeschild?

Was neu war: Wir hatten zum ersten Mal ein Werbebudget. Wein haben wir verkauft, weil die Nachfrage da war. Aber bei dieser neuen Marke hatten wir jeden

Tag systematisch Werbung auf RTL, in den Tageszeitungen und im Radio. Die Erfolgsgeschichte vom Luxemburger Crémant hat aber auch mit den Frauen zu tun.

Was meinen Sie?

Vor dem Essen wurde regelmäßig Apéro getrunken. Das war oft Hochprozentiges. Auf einmal haben die Männer erstaunt festgestellt, dass die Frauen nicht mehr den traditionellen Aperitif bestellten, sondern ihr eigenes Getränk hatten: eine Coupe Crémant.

Hatten Sie das so in der Werbung vorgelebt?

Nein, man muss ehrlich sagen: Das konnte man so nicht voraussehen. Es entstand eine regelrechte Welle. Sehr schnell haben sich die Männer angeschlossen. Ohne diese neue Trinkkultur bei den Frauen, davon bin ich überzeugt, wären wir nicht so schnell so erfolgreich gewesen. Diese Mode hält bis heute an. Pro Kopf und Jahr trinken die Menschen in Luxemburg sechs bis acht Flaschen Crémant.

Wie haben sich dementsprechend die Verkaufszahlen entwickelt?

Vor Corona sind sie jedes Jahr gestiegen. 1991 haben wir 100 000 Flaschen der Marke Poll-Fabaire verkauft, heute sind es 1,8 Millionen. Insgesamt werden drei Millionen Flaschen Crémant de Luxembourg produziert. Fast die gesamte Menge wird in Luxemburg verkauft. 1990 waren wir 300 000 Einwohner, heute 600 000. Die neuen Bewohner kommen aus dem Ausland, finden hier ein neues Zuhause und übernehmen die Mode. Weil der Markt hierzulande also immer gewachsen ist, sind wir bisher hier geblieben.

Dabei wird Luxemburg durchaus mit Luxus assoziiert. Warum nutzen Sie das nicht und erobern die Welt mit Ihrem Crémant so wie die Franzosen mit ihrem Champagner?

Ich bin überzeugt, dass wir in zehn Jahren bei vier oder fünf Millionen Flaschen sein werden. Aber Wein ist kein industrielles Produkt. Ab einem gewissen Niveau bräuchte es für mehr Crémant auch mehr Weinberge. Wir müssten Wein einkaufen und ihn

versekten. Aber wenn wir von Crémant de Luxembourg sprechen, dann muss der Wein zu 100 Prozent von hier kommen und diese Menge ist eben begrenzt.

Bei sprudelndem Wein ist die Marke größer als bei stillem. Warum?

Crémant muss mindestens neun Monate liegen. Die Winzer haben ein zusätzliches Investment, das zeigt sich auch im Preis.

War das damals auch ein Argument für den Crémant?

In den 1980ern mussten Winzer nach neuen Wegen suchen, weil sich die Rebsorten in Luxemburg änderten. Bis in die 70er hatten wir fast nur Elbling und Rivaner. Das waren sogenannte Konsumsorten, die Mengen waren sehr hoch, die Qualität dürftig. Der Ruf der Luxemburger Weine war nicht sehr gut. Dann wurden die Weinberge neu angepflanzt: Jetzt konnte man mit Maschinen im Weinberg arbeiten und es wurden neue Sorten mit niedrigeren Ertragsmengen angepflanzt. Das Problem war, zunächst gab es keine Nachfrage nach diesen neuen Edelsorten: Auxerrois, Pinot gris, Chardonnay, Pinot noir. Meine Überlegung war damals: Wir sollten in eine ganz neue Richtung gehen. Noch heute bin ich überzeugt, Luxemburg sollte sich nicht nur einen Namen als Weingebiet machen, sondern auch als Crémantgebiet.

Ist das realistisch?

Sämtliche Luxemburger Winzer verkaufen heute Crémant: Die drei Millionen Flaschen entsprechen 30 Prozent der Weinmenge Luxemburgs. In fast allen Betrieben macht Crémant aber 50 Prozent vom Umsatz aus. Er ist das hochwertigste Produkt, das Aushängeschild.

Wie wichtig ist Silvester für das Geschäft mit dem Crémant?

Ein Viertel der Produktion wird im Dezember verkauft. Aber drei Viertel eben im Rest des Jahres. Die Mode ist ganzjährig.

Was trinken Sie zu Silvester?

Natürlich Lëtzebuerger Crémant.



GROSSHERZOGTUM LUXEMBURG
Botschaft in Deutschland

VERSCHIEDENES

Air Rescue hilft in Deutschland

ÜBERLASTETE KRANKENHÄUSER Verlegung von Intensivpatienten

Die Luxembourg Air Rescue hilft in Deutschland bei der Verlegung von Corona-Patienten. Das schreibt die Air Rescue in einer Pressemitteilung am Freitag. Die Aktion wird gemeinsam mit der deutschen Luftrettung DFR organisiert. Mit dabei sind Mediziner der Air Rescue. Die Intensivpatienten würden mit Luxemburger Ambulanzjets aus „stark überlasteten Krankenhäusern in Kliniken anderer Bundesländer geflogen.“

Angeichts der Corona-Neuinfektionen geht die Sorge um, dass Kliniken an ihre Grenzen stoßen. „Wir fahren im Nebel ohne GPS“, warnt das Intensivregister der Deutschen Interdisziplinären Vereinigung für Intensiv- und Notfallmedizin laut der Nachrichtenagentur dpa.

Der deutsche Gesundheitsminister Jens Spahn sieht keine schnelle Trendwende in den Krankenhäusern. „Deutschland wird die Zahl von über 5.000 Covid-19-Patienten auf den Intensivstationen deutlich noch in den nächsten Tagen und Wochen übersteigen“, sagte er laut der Nachrichtenagentur AFP. Die Belastung für Ärzte und Pflegepersonal bleibe damit „weiter enorm und wächst auch weiter“.

6.000 Intensivpatienten bis Weihnachten

Deutschlands Intensivmediziner hatten am Mittwoch erklärt, dass die Lage in der Corona-Pandemie noch nie so bedrohlich wie im

Moment gewesen sei. „Schon vor Weihnachten werden wir mehr als 6.000 Patienten mit Covid-19 auf den Intensivstationen behandeln müssen“, teilte die Vereinigung für Intensiv- und Notfallmedizin (Divi) mit. Damit werde das bisherige Allzeithoch des vergangenen Jahres „mit Sicherheit deutlich überschritten“. Allein in der vergangenen Woche seien mehr als 2.300 intensivpflichtige Patientinnen und Patienten neu aufgenommen worden.

Seit Ende der vergangenen Woche setzt Deutschland die Luftwaffe ein, um Patienten aus besonders betroffenen Regionen in Krankenhäuser in anderen Landesteilen zu bringen.

(Red./sen/dpa)

Dänemark bringt Energie-Inseln voran

Luxemburg. Dänemark errichtet bis zum Jahr 2030 drei groß angelegte Offshore-Windparkprojekte mit Energieinseln in Nord- und Ostsee. An einer künstlichen Energieinsel mit einer Kapazität von drei Gigawatt in der Nordsee will sich

auch Luxemburg beteiligen. Das hatten im Juni die Energieminister Dan Jørgensen und Claude Turmes (Déi Gréng) bekanntgegeben. Letzte Woche stimmte das dänische Parlament dem Gesetzentwurf für die Umsetzung der Projekte zu. Gestern nun wurde der deutsche Energiekonzern RWE per Los aus der Offshore-Ausschreibung ausgewählt, wie die däni-

sche Energiebehörde mitteilt. Der Konzern soll mithelfen, den 1-Gigawatt-Windpark mit dem Namen Thor bis 2027 rund 22 Kilometer vor der Westküste Jütlands zu errichten. Der Energiebehörde zufolge wird RWE in den ersten Jahren der Produktion dem Staat einen Abschlag von umgerechnet rund 376 Millionen Euro zahlen. Für RWE ist es nach Unterneh-

mensangaben der zweite Windpark vor der dänischen Küste. Die Investitionskosten für Thor werden auf gut zwei Milliarden Euro geschätzt. Dänemark plant, bis 2030 seinen Kohlendioxid-Ausstoß im Vergleich zu 1990 um 70 Prozent zu senken.

MeM